LernenvorOrt
Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Stadt Leipzig

Demokratische Bildung in Leipzig
Bestandsaufnahme und Empfehlungen

5/13

Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule
Amt für Jugend, Familie und Bildung

Demokratische Bildung in Leipzig

Bestandsaufnahme und Empfehlungen

Herausgeber: Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung,
Stabsstelle „Lernen vor Ort“

1. Auflage 2013

V.i.S.d.P.: Thomas Schmidt

Redaktion: Tobias Habermann

Autoren: Ricardo Glaser, Volker Klotzsch (Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung)

Titelfoto: Mario Kühn

Verlag: Stadt Leipzig/Amt für Jugend, Familie und Bildung

Satz und Layout: wpunktw leipzig

Druck: Zentrale Vervielfältigung

Anschrift: Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung
Naumburger Straße 26, 04229 Leipzig

Telefon: 0341 123-4771

E-Mail: jugend-familie-bildung@leipzig.de

Internet: www.leipzig.de/jugendamt

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung und Anliegen ... 5

2. Zielsetzung und Design der Studie ... 6

2.1 Methoden- und Stichprobenbeschreibung ... 7

2.1.1 Befragung außerschulischer Bildungsakteure ... 7

2.1.2 Befragung schulischer Bildungsakteure ... 8

2.1.3 Experteninterviews mit Vertreter/-innen des Handlungsfelds ... 8

2.2 Aufbau des Berichts ... 8

3. Ergebnisse der Studie ... 8

3.1 Befragungsergebnisse im außerschulischen Bildungsbereich ... 8

3.1.1 Demokratische Bildung – eine Begriffsbestimmung aus Sicht der Befragten ... 9

3.1.2 Rechtsform und Status ... 10

3.1.3 Institutionelle Einordnung und Verortung der Angebote ... 10

3.1.4 Personelle Ressourcen ... 11

3.1.5 Finanzierungsquellen ... 11

3.1.6 Räumliche Ressourcen ... 12

3.1.7 Auswirkung auf die unmittelbaren Angebote ... 12

3.1.8 Angebote der demokratischen Bildung – Themen, Zielgruppen und Formate ... 13

3.1.9 Öffentlichkeitsarbeit und Informationswege ... 14

3.1.10 Kooperationen mit anderen Bildungsakteuren ... 15

3.1.11 Einschätzung der aktuellen Situation demokratischer Bildung in Leipzig ... 16

3.1.12 Handlungsbedarf in der Ausgestaltung demokratischer Bildungsarbeit in Leipzig ... 18

3.1.13 Herausforderungen in den kommenden Jahren ... 20

3.1.14 Erwartungen an das Zentrum demokratische Bildung (ZDB) ... 21

3.2 Befragungsergebnisse im schulischen Bildungsbereich ... 22

3.2.1 Schulen – Orte demokratischer Bildung ... 22

3.2.2 Schularten und Beteiligtengruppen ... 23

3.2.3 Selbsteinschätzung der Situation in den Schulen ... 24

3.2.4 Demokratische Schulkultur – Was bedeutet dies für die Befragten? ... 30

3.2.5 Schulische Aktivitäten im Handlungsfeld der demokratischen Bildung ... 30

3.2.6 Aktivitäten im Handlungsfeld der demokratischen Bildung in Zusammenarbeit mit Außenpartnern 31
3.2.7 Arbeit in den Vertretungsgremien 32
3.2.8 Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung der Schülerräte 32
3.2.9 Formen der Zusammenarbeit und Themen der Elternvertretung 34
3.2.10 Beteiligungsfelder der Schüler/-innen- und Elternvertretung im schulischen Alltag 35
3.2.11 Unterstützungswünsche für die Stärkung der Mitwirkungsgremien 36
3.2.12 Kooperationen mit Partnern der außerschulischen Bildung 36
3.2.13 Spezifische Bedarfe für demokratische Bildungsarbeit 39
3.2.14 Unterstützungswünsche für die Entwicklung der Schulen im und mit dem Quartier 40
4. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse 40
5. Handlungsempfehlungen für die Entwicklung des Arbeitsfelds demokratische Bildung durch die Stadt Leipzig 41
5.1 Kurzfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2013): 41
5.2 Mittelfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2014): 42
5.3 Langfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2016): 43
6. Erwartungen und Wünsche an bzw. aus dem System der formalen Bildung 43
7. Anlage 0 – Akteure und Expert/-innen in der Stichprobe 44
7.1 Befragungsteilnehmer/-innen außerschulische Bildungsakteure 44
7.2 Befragungsteilnehmer/-innen Schulen 44
7.3 Befragungsteilnehmer/-innen Experteninterviews 45
8. Anlage 1: Befragungsinstrument außerschulische Bildungsakteure 46
9. Anlage 2: Befragungsinstrument Schulleitung 56
10. Anlage 3: Befragungsinstrument Elternvertretung 59
11. Anlage 4: Befragungsinstrument Schülervertretung 62

1. Einführung und Anliegen

Dieser Studie liegt ein Verständnis demokratischer Bildung zugrunde, welches praktisch synonym an Auftrag und Inhalten politischer Bildung in der Demokratie anknüpft, das heißt die Vermittlung demokratischer Prinzipien, Toleranz und Kritikfähigkeit und die Befähigung zu aktiver Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Prozessen stehen im Zentrum der inhaltlichen Bemühungen. Die Begrifflichkeit der demokratischen Bildung hebt den Kern der demokratischen Wertevermittlung und das Ziel individueller Mündigkeit explizit hervor und hat sich aus der Praxis vor allem in der Kennzeichnung präventiver Bildungskonzepte gegen Extremismus und in zivilgesellschaftlichen Bildungsmaßnahmen zur Förderung der Partizipation und der gesellschaftlichen Vielfalt entwickelt.

Demokratische Bildung setzt auf allen erfahrbaren Ebenen der Demokratie[1] vermittelnd und gestaltend an und bezieht sich einerseits auf die Veränderbarkeit von Strukturen, Mechanismen und Prinzipien der Organisation des demokratischen Miteinanders in den gesellschaftlichen Teilsystemen im Sinne fortschreitender Demokratisierung und andererseits auf die Verantwortung des Individuums zur aktiven Teilhabe und demokratischen Initiative innerhalb seines sozialen Bezugsrahmens. Sie ist Resultat und Ausdruck der Erkenntnis, dass Demokratie als Struktur- und Organisationsprinzip unserer Gesellschaft nicht etwas quasi natürlich Wachsendes und alle Lebensbereiche immer stärker Durchdringendes ist, sondern vielmehr alltäglich hergestellt, erlebt, verteidigt und tradiert werden muss. In diesem Sinne ist demokratische Bildung eine gesamtgesellschaftliche, prozessuale Aufgabe mit einem institutionellen Schwerpunkt in den Sozialisationsphasen Kindheit und Jugend.

Demokratische Bildung umfasst methodische Ansätze von der reinen Wissensvermittlung über themenbezogene Projektarbeit bis zur lebensweltlich erfahrbaren Teilhabe und Mitwirkung und richtet sich an Personen jeden Alters, die sich vor Ort aufhalten. Sie ist Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie der Erziehungsarbeit in Kindertagesstätten und des Bildungsauftrags in den Schulen der Demokratie. Darüber hinaus existieren zahlreiche Initiativen, Stiftungen, Vereine und Institutionen, die sich der demokratischen Bildung verpflichtet fühlen und höchst differenzierte räumliche, fachspezifische und inhaltliche Ausrichtungen haben. Allen gemein sind die Zielsetzung, einen Beitrag zur Förderung und Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft und die Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung zu leisten und Kinder und Jugendliche in der Entwicklung einer selbstbewussten, mündigen und Persönlichkeit zu unterstützen.

Die Stadt Leipzig hat verwaltungsseitig im Zuge der Bildung des Amtes für Jugend, Familie und Bildung (AfJFB) den Bereich der „demokratischen Bildung“ gestärkt und die Zuständigkeiten im Sachgebiet „Zentrum für demokratische Bildung“ (ZDB) zusammengefasst. Dieser Schritt soll die qualitative Weiterentwicklung dieses wichtigen Aufgabenfeldes für die Stadt Leipzig institutionell absichern und die Bedeutung demokratischer Bildung in unserer Stadt unterstreichen.

Zentrales Anliegen des ZDB ist es, Akteure[2] und Beteiligte der schulischen und außerschulischen Bildung an der Konzeptentwicklung und Profilierung aktiv zu beteiligen und somit Erwartungen und Erfordernisse der Praxis unmittelbar in die Überlegungen und Handlungen der Verwaltung einzubeziehen. Die vorliegende Bestandsaufnahme ist somit als Startpunkt eines gemeinsamen, demokratischen Aushandlungsprozesses zu verstehen und markiert bereits zu diesem Zeitpunkt in ihren Ergebnissen zentrale Ansprüche und Herausforderungen aus der Perspektive der Praxis.

Welche zentrale Bedeutung demokratische Praxis, das heißt die aktive Förderung und Unterstützung sowie die direkte Einbindung junger Menschen in Prozesse der Teilhabe und Mitwirkung für die Persönlichkeitsent-

1 Demokratie als Herrschaftsform, Demokratie als Gesellschaftsform, Demokratie als Lebensform

2 In dieser Studie wird die Begrifflichkeit Akteur zur Kennzeichnung von Institutionen, Einrichtungen, Vereinen und Initiativen verwendet, die im definierten Sinne Bildungsprozesse organisieren und bezeichnet keine Einzelpersonen sondern Organisationen. Betroffene und Beteiligte bezeichnen hingegen stets Einzelpersonen bzw. Gruppen mit vergleichbaren Bezügen.

wicklung, das spätere Engagement in unserer Gesellschaft und damit für eine lebendige und funktionsfähige Demokratie haben, lässt sich aus den Ergebnissen der Jugendstudie der Stadt Leipzig ablesen. Die Autoren weisen darauf hin, dass „wer in jungen Jahren nicht schon selbst Projekte in der Freizeit organisiert, […] es mit hoher Wahrscheinlichkeit im späteren Lebensverlauf auch nicht [tut]. Oder anders ausgedrückt, bereits im Laufe der Pubertät, d.h. mit dem Erwachsenwerden kristallisiert sich heraus, wer aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt und wer eher nicht.“[3]

2. Zielsetzung und Design der Studie

Mit dieser Studie wurde das Ziel verfolgt, den aktuellen Stand der Bildungsarbeit für demokratische Teilhabe, Demokratieentwicklung und Extremismusprävention in öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, Einrichtungen und Initiativen in Leipzig zusammenzustellen. Daraus resultierten die methodischen Eckpfeiler der Befragung: Methodenmix aus standardisierten und offenen Fragen, Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche und Grade der Institutionalisierung von Akteuren, Erhebung der Sichtweisen unterschiedlicher Betroffenengruppen. Gemeinsam werden die Ergebnisse einen Ausgangspunkt für die strategische Ausrichtung des Arbeitsprogramms des Sachgebiets „Zentrum für demokratische Bildung“ bilden.

Wie eingangs erwähnt ist demokratische Bildung nicht nur institutionell und curricular gebunden, sondern kann potentiell in allen Lebensbereichen und Interaktionsprozessen stattfinden. Für den Zweck dieser Studie wurde in der Zusammenstellung der Stichprobe eine Eingrenzung auf Einrichtungen, Institutionen und Initiativen vorgenommen, die einerseits als Bestandteil ihrer (Selbst)Definition einen gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag und andererseits den Anspruch gesellschaftspolitischer Wirksamkeit formulieren. Dies umfasst Organisationen in kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen, und politischen Arbeitsfeldern ebenso wie Institutionen der formalen Bildung. Letztlich erfolgte die Begrenzung auf das System Schule, welches auf Basis des Bildungs- und Erziehungsauftrags[4] in besonderer Verantwortung steht und die de facto einzige gesellschaftliche Institution bereitstellt, die alle Menschen für mindestens 9 Jahre besuchen müssen, sowie den Bereich der außerschulischen Bildung mit den o.g. Arbeitsfeldern und der stetig wachsenden und aufgewerteten Bedeutung für Fragen der Demokratiebildung und Prävention innerhalb der vergangenen 20 Jahre.

Aus Sicht der Nachnutzung der Studienergebnisse durch die Stadt Leipzig standen im außerschulischen Bildungsbereich vor allem Fragen des derzeitigen organisatorischen und fachlich-inhaltlichen Bestands sowie antizipierter gesellschaftlicher Trends, fachlicher Herausforderungen und Schwierigkeiten in der alltagspraktischen Realisierung der Aufgaben im Mittelpunkt des Interesses. Für das kommunale Management von Bildungsprozessen und -angeboten bietet der außerschulische Bereich Möglichkeiten, Partner und Räume für eine gezielte Unterstützung und Weiterentwicklung bestehender Strukturen, Angebote und Initiativen einzubeziehen. Die bestehenden Potentiale zu erfassen, zielgenau aufeinander zu beziehen und Ressourcen für die demokratische Bildungsarbeit zu erschließen und zusammenzuführen, stellen die Motivlagen des Aktionsfelds Demokratie und Kultur der Stabsstelle „Lernen vor Ort“.

Der Bereich der schulischen Bildung wurde in Abstimmung mit der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig, in die Befragung einbezogen, um die Beteiligungspraxis in den Schulen zu hinterfragen und Aussagen zu Zusammenspiel und Unterstützungsbedarfen der Beteiligtengruppen zu erhalten. Insofern wurde auch hier ein Schwerpunkt auf die Erfassung der aktuellen Situation im Hinblick auf demokratische Bildung und Kultur in den Schulen aus Sicht der Beteiligten gelegt und darüber hinaus die Verknüpfung zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsakteuren genauer hinterfragt. Insbesondere für die inhaltliche Ausgestaltung der Unterstützungsangebote

3 Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen [Jugendstudie 2011], S. 87. 2011

4 §1 SächsSchulG

externer Partner der Leipziger Schulen und spezifischer Bedarfe hinsichtlich sozialräumlicher oder schulischer Problemlagen und Bildungsziele sollten planungsrelevante Erkenntnisse zusammengetragen werden.

Die forschungsleitenden Fragestellungen dieser Exploration waren inhaltlicher und struktureller Natur und zielten einerseits auf realisierte Ist-Stände, deren Bewertung und Einordnung und andererseits auf gewünschte Soll-Stände sowie damit verknüpfte Erwartungen.

- Welche Inhalte und Methoden werden in Angeboten der demokratischen Bildung durch außerschulische Bildungsträger vermittelt bzw. genutzt, wie werden welche Adressatengruppen angesprochen und erreicht und mit welchen Ressourcen wird diese Leistung erbracht? Wie wird die Situation in Leipzig eingeschätzt, welche Trends werden erkannt und welche Erwartungen richten sich an das Zentrum für demokratische Bildung?
- Wie äußert sich die Zusammenarbeit der schulischen Ebenen Schulleitung, Schülervertretung und Elternvertretung praktisch und wie werden diese und die Schulkultur eingeschätzt? Welche gemeinsamen Erfahrungen, Themen und Vorhaben werden bearbeitet? Arbeitet die Schule mit Außenpartnern im Themenfeld zusammen und welche strukturellen und inhaltlichen Unterstützungsbedarfe bestehen konkret?

2.1 Methoden- und Stichprobenbeschreibung

Die Studie bezieht sich auf Datenmaterial, welches zwischen Oktober 2011 und Mai 2012 erhoben wurde. In diesem Zeitraum wurden drei sich ergänzende Erhebungen durchgeführt. In einem ersten Arbeitsschritt erfolgte die Befragung von Akteuren der außerschulischen Bildungsarbeit mit einem teilstandardisierten Fragebogen. Im zweiten Erhebungsschritt wurde der Bereich Schule[5] ebenfalls mit einem teilstandardisierten Instrument befragt.[6] Auf Basis der Befragungsergebnisse aus den Erhebungswellen 1 und 2 wurden ergänzend Experteninterviews durchgeführt, um Erkenntnisse zu vertiefen und qualitativ aufzuladen sowie Wissens- und Interpretationslücken systematisch zu schließen. Die Studie wurde nicht mit dem Anspruch konzipiert, repräsentative Aussagen zu demokratischer Bildung in Leipzig zu formulieren, sondern es wurde vielmehr auf die spezifischen Sichtweisen, Erfahrungen und Perspektiven der beteiligten und engagierten Akteure in diesem Handlungsfeld abgestellt und das Feld erkundet. So gibt der Bericht einen fundierten Einblick in ein vielfältig ausdifferenziertes, gering formalisiertes und dem stetigen Wandel unterworfenes Handlungsfeld und ist ein Meilenstein in der beteiligungsorientierten Weiterentwicklung von Verantwortung, Zielen und Schwerpunkten in der Stadt Leipzig.

2.1.1 Befragung außerschulischer Bildungsakteure

Für die schriftliche Befragung der außerschulischen Bildungsakteure im Arbeitsfeld der demokratischen Bildung wurde ein Fragebogen auf Basis eines Office-Textdokuments verwendet. Dieser wurde einerseits auf der Seite der Stadt Leipzig zum Download zur Verfügung gestellt und andererseits gezielt an Vereine, Initiativen und Institutionen der Bildungsarbeit versandt. Die Befragung richtete sich grundsätzlich an die Gesamtheit der Akteure dieses Handlungsfelds und wurde mit dieser Intention durch die Stadt Leipzig medial bekannt und zugänglich gemacht. Der Versand erfolgte auf der Basis vorhandener Kontaktdaten der Verwaltung der Stadt, insbesondere aus den Fachbereichen des AfJFB sowie des Kulturamts. In die Auswertung konnten 16 Rückläufer[7] einbezogen werden, die ein breites Spektrum von der Bürgerinitiative im Quartier, über kommunale Institutionen mit städtischer Ausstrahlung bis hin zu thematisch spezialisierten Vereinen mit landesweiter Strahlkraft abbilden. Direkt kontaktiert und um Mitwirkung gebeten wurden über 79 Organisationen und Einrichtungen. Somit muss festgestellt werden, dass die Resonanz hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und ggf. Organisationen bzw. deren Vertreter/-innen die Befragung „demokratische Bildung“ auf Grund einer anderen Perspektive auf Bildung nicht unmittelbar mit ihrer Arbeit in Beziehung gesetzt haben. Eine fehlende Mitwirkungsbereitschaft kann auch aus or-

5 Auf den Ebenen Schulleitung, Schülervertretung, Elternvertretung
6 Die verwendeten Fragebögen finden sich in der Anlage

7 Übersicht in Anlage 0 - Befragungsteilnehmer außerschulische Bildungsakteure

ganisatorischen Belastungssituationen oder negativen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung resultieren.

2.1.2 Befragung schulischer Bildungsakteure

In dieser Erhebungsphase wurde die Gesamtheit der Schulen im Stadtgebiet Leipzig angesprochen. Dies umfasste in der Ansprache alle kommunalen und freien Grund- und Mittelschulen, die Gymnasien und kommunalen Berufsschulen. Unterschieden wurden in dieser Erhebungswelle verschiedene Beteiligtengruppen, so dass die Schülersprecher/-innen, die Elternsprecher/-innen sowie die Schulleitung jeweils als Vertreter/-innen der entsprechenden Beteiligtengruppe mit einem schriftlichen, teilstandardisierten Instrument befragt wurden. Die Verteilung und Ansprache erfolgte in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig, über die Stabsstelle „Lernen vor Ort“. Hierbei wurden die Schulleitungen direkt über die Kontakte der Schule erreicht, die Schülersprecher/-innen über den Stadtschülerrat und die Elternsprecher/-innen über den Stadtelternrat informiert und um Mitwirkung gebeten. Für die Auswertung können insgesamt 51 beantwortete Fragebögen aus 46 Schulen[8] verwendet werden. Die Befragtengruppe Schulleitung ist deutlich überrepräsentiert, die Elternvertreter/-innen stark unterrepräsentiert.

2.1.3 Experteninterviews mit Vertreter/-innen des Handlungsfelds

Für die qualitative Aufladung und Interpretation der schriftlichen Befragung wurden themenzentrierte Interviews mit Expertinnen und Experten durchgeführt. Unter Expert/-innen wurden hierbei Personen aus Organisationen und Vereinen verstanden, die im Feld der demokratischen Bildungsarbeit Angebote vorhalten und verantworten bzw. in Beteiligungsgremien im Sinne demokratischer Mitwirkung eingebunden sind. Insgesamt wurden auf diesem Weg Interviews mit neun Personen aus acht Organisationen/Gremien geführt[9]. Das Spektrum umfasste Vertretungsgremien der Schülerschaft und Student/-innen Leipzigs, die Jugendinitiativgruppe für die Gründung eines Jugendparlaments, einen Bürgerverein, zwei Bürger- und Kulturzentren sowie zwei etablierte Vereine im Bereich der außerschulischen, demokratischen Bildungsarbeit. Alle Gespräche wurden protokollarisch gesichert und anhand der thematischen Auseinandersetzung in den schriftlichen Befragungselementen dieser Studie vorbereitet, aufbereitet und ausgewertet.

2.2 Aufbau des Berichts

Der Bericht gliedert sich in drei inhaltliche Abschnitte. Im ersten Abschnitt werden die Ergebnisse der schriftlichen Befragung außerschulischer Bildungsakteure sowie der Experteninterviews zusammenfassend abgebildet und besprochen. Ein zweiter Abschnitt stellt die Ergebnisse der schulischen Befragungen vor und zeichnet hierbei auftretende Unterschiede zwischen Beteiligtengruppen und Schularten nach. Im dritten Abschnitt werden in Anknüpfung an die Befragungsergebnisse konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadt Leipzig in der Entwicklung des Zentrums für demokratische Bildung formuliert sowie Wünsche und Erwartungen im System der formalen Bildung zusammengestellt. In den Anhängen finden sich alle Befragungspartner nach den Studienphasen sowie die verwendeten Instrumente.

3. Ergebnisse der Studie

3.1 Befragungsergebnisse im außerschulischen Bildungsbereich

In der Auswertung der Befragungsergebnisse für den außerschulischen Bereichs fließen, wie bereits berichtet, schriftlich und mündlich gewonnene Daten ein. Diese sind nicht in jedem Fall deckungsgleich in der Fragestellung und Detailliertheit der Antworten, so dass im Folgenden die Aussagen, die ausschließlich auf die Beantwortung innerhalb einer der Erhebungsphasen zurückzuführen sind, in der Überschrift eine eindeutige Zuordnung erfahren. Alle Berichtselemente ohne diesen konkretisierenden Zusatz speisen sich aus den Daten beider Erhebungsphasen.

8 Übersicht in Anlage 0 – Befragungsteilnehmer Schulen
9 Übersicht in Anlage 0 – Befragungsteilnehmer Experteninterviews

3.1.1 Demokratische Bildung – eine Begriffsbestimmung aus Sicht der Befragten[10]

Das Verständnis von demokratischer Bildung ist bei den Befragten breit ausdifferenziert und integriert die Ebenen Theorie und Praxis bzw. Vermittlung und Erfahrung. Vor allem in den narrativen Interviews konnten die Befragten ihr eigenes Bild demokratischer Bildung zeichnen und entsprechend den Facettenreichtum vermitteln. Diese Vorstellungen bilden sich in der Ausgestaltung der spezifischen Angebote zur Förderung der Demokratieentwicklung ab. Für die Befragten spielen die Wahrnehmung, das Ernstnehmen und die Anerkennung sowie die Wertschätzung und Vermittlung der Bedürfnisse und Interessenlagen von anderen Menschen und der eigenen Person eine zentrale Rolle in den Bemühungen zur Demokratiebildung. Demokratische Bildung fußt aus Sicht der Befragten auf den folgenden Prinzipien.

- Ernstnehmen der Bedürfnisse der Zielgruppen – regelmäßige Abfrage der Bedürfnisse der Zielgruppen durch Pädagog/-innen, gemeinsamer Ausblick bzgl. aktueller individueller Problemstellungen sowie gemeinsame Lösungsfindung.
- Partizipation und Mitbestimmung – aktives Mitwirken in der eigenen Einrichtung, Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben, Mitspracherecht bei der Angebotsgestaltung, eigenverantwortliche Umsetzung von Kleinprojektmaßnahmen.
- Gewährleistung gleicher Voraussetzungen – möglichst kostenfreie Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten, Empowerment von Benachteiligten- und Opfergruppen, Stärkung der Zielgruppe in der Artikulation und Selbstwahrnehmung eigener Bedürfnisse sowie Interessen.
- Akzeptanz von Meinungsvielfalt – Ernstnehmen und Wertschätzen differenter, sachbezogener Meinungsbilder, Etablieren von Diskussionsrunden in der eigenen Einrichtung sowie in den eigenen Angeboten.
- Aktives Einbringen in die Gesellschaft – Umsetzung von Projekten sowie Angeboten, um einerseits Zielgruppen den Raum für die Formulierung eigener Interessen sowie Bedürfnislagen zu eröffnen, andererseits die Potentiale und Kompetenzen für Teilhabe aktiv zu entwickeln. Thematisieren von Missständen als weiteres Element.
- Demokratie als Lebensform – demokratische Werte und Normen als konstituierendes Element im Umgang zwischen Menschen sowie im Kontakt mit Institutionen betonen und vorleben.
- Vertrauen – Räume eröffnen, in denen eigene Befindlichkeiten geäußert und individuelle Problemlagen thematisiert werden können. Motivierende Settings schaffen, in denen eigene Ideen oder Anliegen vorgetragen und ernstgenommen werden. Professionelles Zutrauen in die Zielgruppe, konkrete Maßnahmen auch eigenverantwortlich umzusetzen.
- Keine autoritäre Erziehung – gemeinsame Erarbeitung von Umgangsregeln im eigenen Haus oder in Projekten. Gleichberechtigung in Projekten unabhängig des Alters oder der Profession.
- Solidarisches Miteinander – gegenseitige Unterstützung und Hilfestellung im Alltag sowie in Notlagen auf Basis eines wertschätzenden Umgangs.
- Keine akzeptierende Jugendarbeit – Projekte der demokratischen Bildung bieten keinen Raum für menschenfeindliche Ideologien und Verhaltensweisen.
- Stärkung des Selbstwertgefühls – unabhängig des individuellen Werdegangs werden Mitwirkende ernstgenommen, motiviert und in ihren Stärken betont.
- Transparenz – (bevorstehende) Entscheidungsprozesse werden öffentlich und mit den Betroffenen gemeinsam besprochen.

Durch eine Mehrheit der Befragten wird betont, dass demokratische Bildung in hohem Maße in der alltäglichen Arbeit mit (jungen) Menschen auf dem Faktor beruht, das Demokratie als Lebensform gelebt und praktiziert wird und dies sich einerseits im zwischenmenschlichen Umgang, andererseits in den Kulturen von Organisationen und Institutionen entsprechend abbilden muss. Ein ausschließlich auf die Vermittlung von Wissen ausgerichtetes, der Lebenspraxis entrücktes Bildungsverständnis wird hiervon kritisch abgegrenzt. Die zentrale Rolle der Pädagog/-innen im Prozess der Vermittlung demokratischer Werte und Normen, aber

10 Stützt sich im Wesentlichen auf die mündlichen Experteninterviews

auch dem Wissen um Abläufe, Prozesse und Spielregeln demokratischer Mitbestimmung als Personen und Vorbilder erfordert aus Sicht der Expert/-innen die Bereitschaft zur Selbstreflexion, zur Reflexion der eigenen pädagogischen Arbeit und der individuellen Anteile im Bildungsprozess.

Demokratiebildung sollte insbesondere in den Schulen nicht ausschließlich auf das politische System, den Parlamentarismus oder der Analyse von Parteiprogrammen beschränkt bleiben, sondern vielmehr den Raum für ein aktives demokratisches Miteinander bieten und dieses in der Zusammenarbeit mit anderen außerschulischen Institutionen leben. Die Akteure berichten von Lehrerinnen und Lehrern, die sich in diesem Sinne engagieren und die politische Debatte mit ihren Klassen kultivieren. Flächendeckend verankert oder eingefordert wird dies jedoch nicht.

Für die Debatte und den Mitwirkungsprozess im öffentlichen, kommunalpolitischen Raum betonen die Befragten die positive Wirkung unterschiedlicher Meinungen, Änderungswünsche und Kritik. „Kritisch sein gehört zur Demokratie. Kritik an den jetzigen Zuständen kann unbequem sein, sollte aber von allen Akteuren als Vorteil betrachtet werden“[11]. Gleichzeitig ist es eine städtische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das solidarische Miteinander und die Gerechtigkeit zu revitalisieren. „Wenn mich nicht die Gesellschaft auffängt, kann ich mich nicht in die Gesellschaft einbringen“[12].

Einig sind sich die Akteure in einer klaren Abgrenzung gegenüber menschenfeindlichen Einstellungen und Verhalten. In den Projekten wird keine akzeptierende Bildungsarbeit verfolgt. Eine konkrete Grenze für den pädagogischen Umgang mit Menschen mit rechtsextremen Einstellungen, jenseits der Einbindung in rechtsextremistische Organisationen, können die Befragten nicht formulieren.

11 Student/-in, Student/-innenrat der HTWK Leipzig

12 Sozialarbeiterin, Bürgerverein Messemagistrale e.V.

3.1.2 Rechtsform und Status[13]

An der schriftlichen Befragung beteiligten sich insgesamt 16 Institutionen und Organisationen, die Angebote im Bereich der demokratischen Bildung unterbreiten. Dies entspricht einer Rücklaufquote von knapp 20%, gemessen an den direkt schriftlich benachrichtigten Akteuren. Zwölf der 16 befragten Bildungsanbieter arbeiten mit der Rechtsform eines eingetragenen Vereins (75%), jeweils eine Nennung entfällt auf Stiftung, Initiative ohne juristische Rechtsform, öffentliche oder städtische Einrichtung und Parteifraktion. Durch 10 Organisationen (reichlich 60%) wird der Status der Gemeinnützigkeit ausgewiesen, fünf (reichlich 30%) arbeiten als anerkannte Träger der freien Jugendhilfe und eine Organisation gibt an, institutionell durch das Kulturamt gefördert zu werden.

3.1.3 Institutionelle Einordnung und Verortung der Angebote

In der schriftlichen Befragung wurden die Bildungsakteure um eine Selbstverortung gebeten. Im Ergebnis sind jugendkulturelle Zentren und Initiativen in der Stichprobe jeweils zweimal vertreten, Bürgervereine, Gewerkschaften, wissenschaftliche Einrichtungen, verschiedene Beratungsdienste, zielgruppenspezifische Anlaufstellen, Verbände und öffentliche Einrichtungen jeweils einmal. Dieses Spektrum wurde in den Experteninterviews durch soziokulturelle Einrichtungen, Bürger- und Bildungsvereine und Gremien der Interessensvertretung junger Menschen ergänzt. Die Breite und Diversität der Akteure innerhalb des Handlungsfelds der demokratischen Bildung wird hierin deutlich. Mit Blick auf die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Aufgabe sind systemische Lücken zu erkennen, deren Erwartungen und Wirken innerhalb dieser Studie nicht abgebildet werden kann. In diesen Lücken agieren Akteure aus der Wirtschaft (Ausbildung und Arbeit), dem Sport sowie die Sozialisationsinstanzen im Kindesalter. Etwa ein Drittel der befragten Bildungsakteure arbeiten stadtweit bzw. mit einer Ausstrahlung der Angebote über die Stadtgrenzen hinweg. Alle übrigen Organisationen und Initiativen bieten ihre Angebote stadtteilbezogen auf einer Nord-Süd-Achse von Schönefeld über

13 Ergebnisse auf Basis der schriftlichen Befragungen

das Zentrum bis Connewitz sowie auf einer Ost-West-Achse von Grünau über Plagwitz bis in den Leipziger Osten an. Den eigenen Wirkungskreis schätzen etwa zwei Drittel der befragten Akteure als gesamtstädtisch ein, ebenfalls etwa zwei Drittel konzipieren Angebote für eigene Nutzergruppen. Die zentrumsfernen Stadtgebiete auf diagonal gedachten Achsen durch das Zentrum Leipzigs sind zumindest mit Blick auf die Stichprobe nicht die Orte von Angeboten der demokratischen Bildungsarbeit. Dieses Indiz konnte durch die Einschätzungen der Expert/-innen verdichtet werden. Eine abschließende Einordnung dieses Befunds erlaubt die Datenlage nicht.

3.1.4 Personelle Ressourcen

Die Fragen zur personellen Situation wurden nicht durchgängig durch alle Akteure beantwortet, so dass sich die Aussagen zu den absoluten Mitarbeiterzahlen auf einen Response von 8, teilweise 10 Akteuren beziehen. Mit Blick auf die personelle Ausstattung der Organisationen ist festzustellen, dass bis auf zwei Ausnahmen (je öffentliche Einrichtungen) die durchschnittliche Anzahl vollzeitbeschäftigten Personals bei einer/m Mitarbeiter/-in (Schwankungsbreite 0-2) liegt, die im Schnitt durch zwei teilzeitbeschäftige Mitarbeiter/-innen (Schwankungsbreite 0-4) unterstützt werden. Der eigentliche Bedarf wird mit durchschnittlich 4 VZÄ im Bereich der Anstellungen (Schwankungsbreite 1-9) angegeben und liegt in der Einzelbetrachtung kontinuierlich etwa 100% über den vorhandenen personellen Ressourcen. Die Arbeit der Organisationen wird ergänzend durch Praktikant/-innen bzw. studentische Hilfskräfte (63%), ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen (56%), freie Mitarbeiter/-innen (50%), Beschäftigte des 2. Arbeitsmarkts (37%) und in einem Fall durch Mitarbeiter/-innen in Freiwilligendiensten unterstützt[14]. Bei der Frage nach dem Befristungsanteil der Anstellungsverhältnisse teilt sich die Stichprobe in zwei Hälften, auf der einen Seite stärker institutionalisierte Organisationen und Einrichtungen mit Befristungsanteilen von 0-25%, auf der anderen „Projektorganisationen“ mit Befristungsquoten von mehr als 75%. Abschließend wurden die Träger demokratischer Bildungsarbeit nach dem Anteil der Projekt- und Drittmittelfinanzierung ihres beschäftigten Personals befragt. Hier ergibt sich bei 10 gültigen Antworten (63%) ein hoher Anteil von 70% der Organisationen (deckungsgleich zu den hohen Befristungsquoten) die angeben, dass ihre Personalstellen zu 75-100% über Projekt- und Drittmittel finanziert werden. Eine fragile Situation, die bei einem Einbruch entsprechender Fördermittelquellen unmittelbar zu einem Wegfall der professionell untersetzten Angebote führen würde.

In den Interviews werden diese Angaben bestätigt und die bestehenden Stellen in ihrer Substanz zuweilen als prekarisierte Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Dies begründet sich stets daraus, dass für die Bearbeitung einer zivilgesellschaftlichen Aufgabe ein gewisses Maß an Arbeitszeit notwendig ist, die Förderung meist nur einen Anteil dieser Arbeitszeit umfasst. Somit liegen zwischen bezahlter und geleisteter Tätigkeit beachtliche Stundenkontingente im Bereich des Ehrenamts und führen die Befragten unter dem Strich zur Einschätzung, in einem prekären Beschäftigungsverhältnis (oftmals trotz entsprechender Hochschulbildung) tätig zu sein. Hieraus resultieren die Erwartungen an die Stadt, dass ausgehend von einem gemeinsamen Zielkatalog strategisch das Thema Unterfinanzierung bearbeitet wird und der Arbeitszeitbedarf sich in entsprechenden Zuschüssen abbildet. Eine Bearbeitung dieser zentralen gesellschaftlichen Herausforderung auf der Basis von Ehrenamtsstrukturen lehnen die Befragten ab. Vielmehr müssen hauptamtliche, professionelle Strukturen die Basis bilden, an denen Initiativen, Ehrenamt und temporäres Engagement andocken kann und von wo es unterstützt wird.

3.1.5 Finanzierungsquellen

Im Themenfeld der demokratischen Bildung werden Organisationen und Initiativen durch eine Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Fördermöglichkeiten in ihrem Engagement unterstützt. Dies schätzen die Befragten grundsätzlich positiv ein, wünschen sich allerdings für die bessere Orientierung eine zentrale Förderdatenbank, in der die wichtigsten Fördermittelgeber zusammengestellt und ggf. weitere Hilfestellung angeboten werden. Bei der Vergabe städtischer Mittel

14 Prozentangaben beziehen sich auf alle befragten Akteure

wird die Wahrnehmung geäußert, dass viele Stränge parallel verlaufen und nicht in jedem Fall eine Koordination oder Zusammenführung der Förderstrategien und Qualitätsanforderungen erfolgt.

Als Konsequenz knapper werdender Ressourcen bei tendenziell steigender Anzahl der Akteure wird die Gefahr einer Allianzbildung zwischen einzelnen Organisationen beschrieben, die bestehende Formen der Zusammenarbeit sowie das eigentliche Anliegen beschädigen können. Ebenfalls in diesem Kontext beschreiben die Interviewten ein Dilemma. Einerseits wird ein hohes Maß an Verantwortung und Solidarität im Sinne eines Erhalts der vielfältigen und kleinteiligen Trägerlandschaft empfunden und praktiziert, andererseits weisen kleine Organisationen Probleme in der Entwicklung und Stabilisierung einer angemessenen Qualität auf. Hier sehen die Akteure einzig die Option eines verbindlichen Qualitäts- und Anforderungsrahmens auf Ebene der Stadt.

Die fragile Finanzierung auf Seiten der befragten Organisationen führt zur Überlegung, woher bzw. von wem die entsprechenden Mittel zur Umsetzung demokratischer Bildungsarbeit eingeworben werden. Diese Fragestellung wurde in der schriftlichen Erhebungsphase formuliert und in 15 Fragebögen finden sich hierzu Antworten. Aufgrund der Anzahl der Nennungen – über die Höhe der Zuwendungen haben wir keine Auskunft erfragt – lässt sich sehr deutlich die wichtigste Fördermittelquelle für Organisationen und deren Projekte und Angebote im Feld der demokratischen Bildung erkennen. Mit sechs Nennungen geben rund 37% den Bund als Quelle für die Finanzierung von Projekten in diesem Themenfeld an. Im Finanzierungsquellenranking folgen das Land Sachsen, Stiftungsmittel, Mittel aus Programmen der Europäischen Union, der Jugend- und Kulturetat der Stadt Leipzig sowie Sponsoring- und Eigenmittel.[15] Die Akquise zusätzlicher Projektmittel bedeutet für die Organisationen ein Mehr an Arbeitsaufwand. Die befragten Personen sollten einschätzen, wie viel Prozent der durchschnittlichen Arbeitszeit in die Beschaffung und Verwaltung von Fördermitteln investiert werden müssen. Die Angaben[16] hierzu sind sehr breit gestreut (5-35%) und scheinen organisationsspezifisch auch nach den Kapazitäten im Verwaltungsbereich zu schwanken, mit Auswirkungen auf die Einschätzungen seitens der Befragten. Knapp 60% der Befragten geben an, dass für die Einwerbung und Administration entsprechender Finanzierungen 5-20% der Arbeitszeit aufgewendet werden, weitere 25% setzen den Aufwand höher, jedoch unter 30% an. Bei der Planung und Umsetzung entsprechender Fundraisingvorhaben werden 25% der Befragten durch Dritte (z.B. Quartiersmanagement, Vorstand, Dachverband) unterstützt.

3.1.6 Räumliche Ressourcen[17]

Von den befragten Akteuren verfügen 11 (knapp 70%) über eigene Räumlichkeiten, die für Veranstaltungen und Angebote im Themenfeld nutzbar sind und 10 Organisationen würden bzw. stellen diese Räumlichkeiten Dritten zur Verfügung. Von den Organisationen ohne eigene Räumlichkeiten werden Seminarräume nachgefragt, in denen auch längerfristige und umfangreiche Fortbildungen durchgeführt werden können. Ebenfalls wird Bedarf nach Sharingmodellen hinsichtlich des Büroraums sowie Nutzungsoptionen für Tagungs- und Kinoveranstaltungen geäußert. Mit Blick auf die Angaben derjenigen Organisationen, die Räumlichkeiten vorhalten, bestünde abstrakt die Möglichkeit der Bedarfsdeckung, insofern Angebot und Nachfrage konkret zusammenfänden.

3.1.7 Auswirkung auf die unmittelbaren Angebote[18]

Ob die personellen und räumlichen Rahmenbedingungen praktische Konsequenzen für die Umsetzung der demokratischen Bildungsarbeit der befragten Organisationen haben, wurde mittels der Fragestellung erhoben, inwiefern in der Vergangenheit Anfragen, Kooperationen und Veranstaltungen abgesagt werden mussten und wenn ja aus welchen Gründen. 79% der Befragten[19] bejahten diese Frage und benannten folgende Gründe für die Absagen: Personalkapazität (8), Finanzen (4), Raumkapazitäten (2).

15 mit jeweils drei Nennungen bzw. rund 19%

16 n = 12

17 Ergebnisse auf Basis der schriftlichen Befragungen

18 Ergebnisse auf Basis der schriftlichen Befragungen

19 n = 14

3.1.8 Angebote der demokratischen Bildung – Themen, Zielgruppen und Formate

Die befragten Akteure wurden in einem Themenkomplex gebeten, Angaben zu den zentralen Inhalten und Themen, zu spezifischen Zielgruppen sowie zu Formaten der demokratischen Bildung anzugeben. Zu diesen Fragestellungen wurden in allen verwendeten Fragebögen (n = 16) Aussagen getroffen. Alle Nennungen zu Inhalten und Themen der eigenen Bildungsarbeit wurden in Kategorien zusammengefasst, ausgezählt und werden in der Form einer Rangordnung nach Häufigkeit abgebildet.

- Mitwirkungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte – durch die befragten Akteure werden Aufklärungs- und Schulungsangebote für eine Verbesserung der Kompetenzen und Möglichkeiten zur demokratischen Mitwirkung in den Bereichen Kita und Schule sowie Kommune und Betrieb entwickelt und durchgeführt.
- Bürgerschaft in der demokratischen Gesellschaft – hierunter werden Angebote subsumiert, die einerseits die Rolle und Verantwortung des Einzelnen als demokratischer Akteur, andererseits sozialpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen als Gegenstand der Diskussion und Bildung nutzen.
- Diversity management und Toleranzentwicklung – eine Vielzahl von Angeboten beschäftigt sich mit den individuellen und kollektiven Chancen und Möglichkeiten eines gelingenden Umgangs mit Vielfalt und Differenz. Dies wird in interkulturellen und jugendkulturellen Settings ebenso wie durch Toleranztrainings umgesetzt.
- Antidiskriminierung – die Bemühungen zum Abbau gesellschaftlicher und sozialer Diskriminierung setzen sich in Angeboten um, die einerseits informativen und sensibilisierenden Charakter haben (anonyme Bewerbungsverfahren, AGG), andererseits dazu anregen, die eigene Rolle und individuelle Anteile zu reflektieren.
- Kompetenzentwicklung im frühkindlichen Bereich – demokratische Bildung als präventiver Ansatz der Kompetenzentwicklung wird verstärkt im frühkindlichen Segment (Kita) der Bildung eingesetzt und dient hier der Entwicklung von Kompetenzen im sprachlichen und sozialen Bereich sowie der Förderung gewaltfreier Konfliktlösungen.
- Soziale Kompetenzen und Medienkompetenzen – werden als Präventiv- und Entwicklungsangebote für verschiedene Altersgruppen konzipiert und im Bereich der Jugendarbeit wie der frei ausgeschriebenen Bildungsangebote zumeist in Projektform unterbreitet.
- Rechtsextremismus und Antirassismus – werden in der Regel im Rahmen von Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen im öffentlichen Raum oder als zielgruppenspezifische Angebote im schulischen und außerschulischen Jugendbildungsbereich durchgeführt.
- Historische Bildung und kritisches Geschichtsbewusstsein – die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte, der Geschichte der deutschen Teilung und der DDR spielen im Jugendbildungsbereich eine wichtige Rolle und sind darüber hinaus in Leipzig institutionell mit einem breiten gesellschaftlichen Bildungsanspruch (Zeitgeschichtliches Forum, „Runde Ecke“) vertreten.
- Gewaltprävention und Konfliktmanagement – sind ebenfalls primär im Jugendbildungsbereich verortet, allerdings wird in diesen Trainingsangeboten die Altersspanne deutlich breiter (im Sinne von jüngeren Teilnehmer/-innen) gefasst.

Durch 75% der Befragten werden spezifische Angebote für bestimmte Adressatengruppen konzipiert. Hierbei nehmen altersspezifische Formate eine dominante Stellung ein. Etwa zwei Drittel der Befragten geben an, das durch ihre Organisation spezifische Angebote für Altersgruppen bis 17 Jahren entwickelt und angeboten werden. Ebenfalls zwei Drittel konzipierten und setzten Angebote für Personen zwischen 18 und 27 Jahren um. Für die Altersgruppe über 27 Jahren werden durch ein Drittel der Befragten spezifische Formate entwickelt und umgesetzt. Weitere Aspekte, die durch die befragten Akteure mehrfach benannt wurden sind Geschlechtsspezifik, Herkunftsspezifik und Bildungsspezifik.

Die Teilnehmerdaten werden von 75% der befragten Akteure erfasst, in der Regel durch Teilnehmerlisten.

Diese Erfassung ist mit Nachweispflichten zur Verwendung eingeworbener Fördermittel bzw. organisationsinternen Evaluations- und Controllinganforderungen verknüpft.

Etwa 70% der befragten Organisationen halten ihre Angebote im Bereich der demokratischen Bildung dauerhaft vor und setzen diese im Rahmen von Projekten bzw. Aufträgen um, die i.d.R. mit einer Laufzeit zwischen 12 und 36 Monaten (75%) konzipiert und finanziert sind.

Die mit Abstand häufigsten Formate innerhalb dieser Stichprobe sind Seminare und Workshops, die sowohl als singuläre wie als regelhafte Angebote in etwa um den Faktor 10 häufiger als Diskussionsreihen und Lesungen, Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Qualifizierungsangeboten mit Zertifikaten und Konferenzen bzw. Tagungen durchgeführt werden. Durch die Initiativen und Organisationen[20] wurden im Betrachtungsjahr 2011 insgesamt 276 Veranstaltungen der eben benannten Kategorien, davon 49 als Bestandteil von Reihenveranstaltungen, durchgeführt. Die meisten befragten Organisationen gaben an, ihre Angebote in der eigenen Einrichtung/in eigenen Räumlichkeiten durchzuführen, gefolgt vom öffentlichen Raum und Kitas sowie Schulen.

In einer ergänzenden Frage wurden die Angebotsformate im Feld der demokratischen Bildung in Relation zur Erreichung von altersspezifischen/bildungsspezifischen Zielgruppen gesetzt. Hierbei konnten die befragten Akteure die Teilnahme von Zielgruppen bejahen oder verneinen. Ohne diese Aussage qualitativ oder quantitativ im Sinne von Teilnehmerzahlen bewerten zu können zeigt sich, dass die bestehenden Formate Erwachsene bzw. Student/-innen am Häufigsten erreichen, gefolgt von Jugendlichen im außerschulischen Bereich, Gymnasiast/-innen, Mittelschüler/-innen, Familien, Senior/-innen und Grundschüler/-innen[21].

3.1.9 Öffentlichkeitsarbeit und Informationswege

Um Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit[22] treffen zu können, wurden alle Akteure einerseits über ihr praktiziertes Verhalten und andererseits zu ihrer Einschätzung der wirksamsten ÖA-Interventionen befragt. Im Ergebnis stechen drei Wege der Kommunikation mit potentiellen Nutzer/-innen heraus. Alle Einrichtungen/Organisationen nutzen die direkte Ansprache und damit face-to-face Kontakte und schätzen diesen Weg als am Wirksamsten ein. Das Internet mit der eigenen Homepage wird ebenfalls durch alle befragten Akteure genutzt und als zweitwirksamstes Instrument bewertet. Immerhin 94% der Befragten produzieren und verteilen Flyer, ohne dieser Form der öffentlichen Kommunikation besondere Wirksamkeit zuzuschreiben. Diese wird durch die Akteure neben den bereits benannten noch den zielgruppenspezifischen Informationsveranstaltungen (von 50% praktiziert) und den sozialen Netzwerken zugeschrieben.

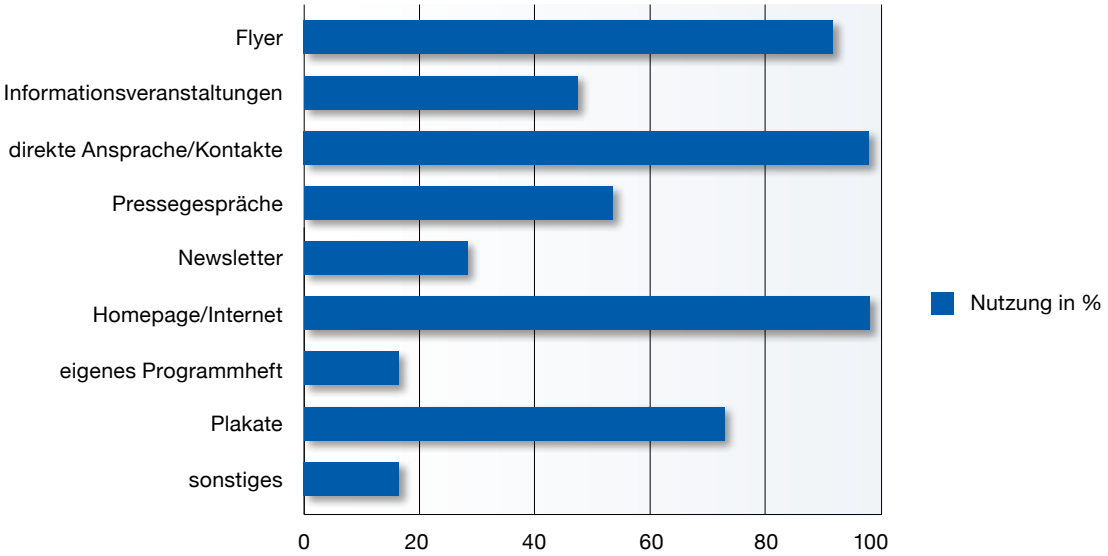
Über Angebote im Bereich der demokratischen Bildung informieren sich die Befragten persönlich primär über das Internet und soziale Netzwerke (81%), gefolgt von Newslettern und fachspezifischen Verteilern (38%), persönlichen Kontakten (31%), der Tagespresse sowie Fachzeitschriften (je 19%) (s. Grafik 1, S. 15).

Die Befragten wurden darüber hinaus nach ihren Vorschlägen zu einer übergreifenden Öffentlichkeitsarbeit für den Bereich der demokratischen Bildung in Leipzig befragt. Die Akteure wünschen sich einerseits ein funktionierendes Netzwerk mit eigenen, transparenten Kommunikationswegen sowie einen Newsletter, andererseits ein übergreifendes Onlineportal[23], welches aktuelle Veranstaltungen, Akteure, Fördermöglichkeiten, den Fachdiskurs und verfügbare Ressourcen bündelt, als zentraler Anlauf- und Informationspunkt wirksam wird und Brücken in die sozialen Netzwerke und andere web2.0 Dienste schlägt.

20 n = 7
21 Reihenfolge entspricht absteigender Häufigkeit der Nennung als erreichter Zielgruppe durch die Befragten

22 n = 16 in allen Aspekten
23 Vorschlag: www.demokratiezentrum-leipzig.de

1.) Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit



3.1.10 Kooperationen mit anderen Bildungsakteuren

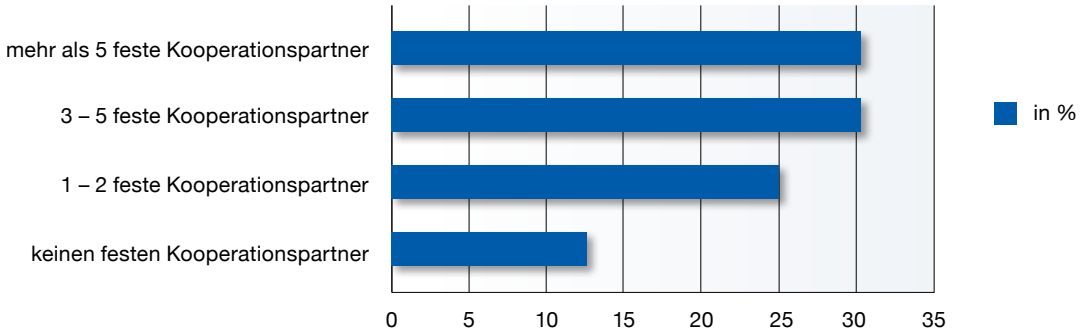
In diesem Themenkomplex bestand das Interesse zu erfassen, inwiefern die Akteure des Handlungsfelds in beständige Kooperationen eingebunden sind, wie viele Partner dies durchschnittlich umfasst, mit welchen Zielsetzungen und Erwartungen die Zusammenarbeit begründet wurde und ob formale Bildungseinrichtungen (Kita, Schule, Berufsschule) eine besondere Stellung einnehmen[24].

Langfristige Kooperationsbeziehungen mit formalen Bildungseinrichtungen pflegen 44% der befragten Organisationen. Hierbei stellen mögliche Synergieeffekte, verbesserte Zugänge zu Zielgruppen bzw. die Erschließung neuer Nutzergruppen und zielgruppenspezifische Projekte und Angebote, die eine Kooperation erfordern, die zentralen Motive der Zusammenarbeit dar. Die größten Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit formalen Bildungsinstitutionen identifizieren die Akteure in mangelnden Ressourcen (personell, zeitlich, räumlich) auf beiden Seiten, differenten Perspektiven und Selbstverständnissen im Prozess demokratischer Bildung, der zeitraubenden Überzeugungsarbeit von Leitung und Kollegium sowie dem engen zeitlichen Korsett im Rahmen der Lehrpläne an weiterführenden Schulen.
Weiterhin wurde nach dauerhaften Kooperationen im Handlungsfeld jenseits formaler Institutionen gefragt. 13% der Befragten pflegen keinerlei Kooperationsbeziehungen, 25% kooperieren mit 1-2 und mehr als 60% mit mehr als drei Partnern (s. Grafik 2, S. 16).

Die Motivlagen zur Begründung von Kooperationen sind zu etwa gleichen Anteilen die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung in bestehenden und/oder neu konzipierten Projekten sowie das Bedürfnis und der Wunsch nach fachlichem Austausch, Qualitätssicherung und -steigerung und die Partizipation an zusätzlicher Expertise. Ebenfalls häufig benannt werden die Option, in der Kooperation Synergien zu finden und gemeinsam zu heben sowie die Öffnung neuer Zugänge zu Nutzergruppen, das Gewinnen neuer Zielgruppen und das Erschließen neuer Themen.

24 n = 16 in allen Aspekten

2.) Anzahl der Kooperationspartner



3.1.11 Einschätzung der aktuellen Situation demokratischer Bildung in Leipzig

Die Herausbildung einer Vielzahl kleinerer Vereine und Initiativen, die sich für demokratische Bildung einsetzen und stark machen, wird als äußerst positiv und wertvoll eingeschätzt. Allerdings wünschen sich die Befragten, dass die Potentiale und Angebote der einzelnen Projekte und Organisationen besser in der Öffentlichkeit kommuniziert werden und eine repräsentative, finanzielle Wertschätzung der Arbeit stattfindet. Sie teilen den Eindruck, dass zuweilen viele Aktivitäten parallel stattfinden und keine wirkliche Koordination bzw. Abstimmung geleistet wird. Ebenfalls wird eine mangelnde Offenheit, Transparenz und Ausstrahlung festgestellt.

Generell sehen die Expert/-innen gute Ansätze und einen lebhaften politischen Diskurs in der Stadt Leipzig. Aus ihrer Sicht wird zivilgesellschaftliches Engagement stark durch junge Menschen bis etwa 30 Jahre getragen, wohingegen ältere Menschen zurückhaltender agieren und in den Initiativen und Gruppen klar unterrepräsentiert sind. Dies könnte unter Umständen durch eine aktivere Ausrichtung und Ansprache auf diese Zielgruppen sowie der Konzeption geeigneter Angebote verändert werden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen und Angebote im Themenfeld hat sich in der Innenstadt und angrenzenden Stadtteilen verfestigt, so dass eine zielgerichtete Einbeziehung und Ansprache von Randgemeinden und -gebieten vermisst wird.

Als grundlegend problematisch beschreiben die Befragten die gängige Praxis mit einem Bild der s.g. „green room meetings“. Entscheidungen werden nicht unmittelbar mit der Zielgruppe ausgehandelt, sondern stellvertretend für oder über Zielgruppen hinweg getroffen. Es wird ein echter Dialog zwischen Stadtrat, Stadtverwaltung sowie handelnden und betreffenden Akteuren vermisst. Hierbei wird sich eine Zusammenführung und aktuelle Darstellung von Diskussions- und Entscheidungsprozessen mit Hilfe moderner Kommunikationsmedien gewünscht. Sehr positiv wird das Bestreben und das Einstehen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Stadtrat und Verwaltung bewertet. Jedoch bemängeln die Befragten auch hier die Erfahrung, dass kein Dialog auf Augenhöhe stattfindet, sondern der Eindruck entsteht, dass die Zielgruppen ausschließlich als Teilnehmer/-innen wahrgenommen werden.

Die Internationale Demokratiekonferenz wurde zum Zeitpunkt der Durchführung von der Mehrheit der Teilnehmenden sehr positiv eingeschätzt, die Bemühungen um einen Dialog zwischen Politik und jungen Menschen anerkannt. Kritik findet allerdings der Umgang mit den Ergebnissen und Gedanken, der als nicht wertschätzend erlebt wird.

Das bürgerschaftliche Engagement in Leipzig wird primär anlassbezogen wahrgenommen. Ein fördernder

Grund hierfür wird in der Stärkung von Bürgerinitiativen gesehen, die Kristallisationskerne für Themen und Andockstellen für Bürger/-innen darstellen. Der Rückgang gesellschaftlicher Solidarität wird für die Abnahme langfristigen, uneigennützigen Engagements verantwortlich gemacht. Für eine Stärkung der Engagementkultur werden veränderte Rahmenbedingungen, insbesondere die öffentliche Anerkennung und Würdigung durch Bürgergesellschaft, Stadtrat und Verwaltung benannt. In der konkreten Ausgestaltung von demokratischen Mitbestimmungsgremien fühlen sich Jugendliche beobachtet und einer Rechenschaftspflicht ausgesetzt. Eine fehlende Sensibilität für offene Strukturen und jugendgemäße Engagementformen wird immer wieder thematisiert.

Einen enormen Handlungsbedarf sehen die Befragten in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen. Durch einen Befragten wird die Situation in der Form beschrieben, dass es Schulen gibt, die vor rechtsextremen Gesinnungen und Gruppen kapitulieren. So wurde berichtet, dass rechtsextremistische Äußerungen und Vorstellungen nicht problematisiert werden, sondern vielmehr als altersgemäße Floskeln oder Schulsprache eingeordnet und abgelegt werden. Die Befragten wünschen sich die Vereinbarung klarer Grenzen hinsichtlich dessen, was an einer demokratischen Schule erlaubt ist und toleriert werden muss bzw. ab welchem Punkt intern oder extern interveniert werden sollte. Eine Gesamtstrategie der Stadt könnte hierbei Klärung und Orientierung ermöglichen. Diese könnte innerhalb von Netzwerken und Arbeitskreisen beteiligungsorientiert formuliert werden, eine Koordinierung durch die Stadt wäre hierfür notwendig. Weiterhin erlaubt eine bessere Vernetzung und Koordination die Qualifizierung und den Austausch des pädagogischen Personals in schulischen und außerschulischen Bezügen und stellt verlässliche Diskurszusammenhänge bereit. Dies muss seitens der Stadt entsprechend angeregt und unterstützt werden.

In den Schulen ist demokratische Bildung aus der Erfahrung der Befragten oftmals auf die Qualifizierung der Schülervertretung beschränkt. Der notwendige Austausch über aktuelle Ereignisse, politische Kontroversen und gesellschaftliche Entwicklungen kommt in den Schulen zu kurz und wird nicht selten durch Lehrer/-innen gemieden. Aber gerade in der Auseinandersetzung mit lebensweltlichen Themen liegen die Potentiale für demokratische Bildungsarbeit. Hier könnte eine bessere Vernetzung und Kooperation mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit, Kultur, Wirtschaft, etc. in den Stadtgebieten neue Möglichkeiten eröffnen.

Mit Blick auf die städtische Verwaltung bemängeln die Befragten eine Reserviertheit gegenüber neuen Ideen und alternativen Handlungsansätzen. Dynamische Veränderungen in den Lebenswelten vor allem junger Menschen bilden sich in den Angeboten und Strukturen nicht hinreichend ab, die Realisierung von Alternativen ist neben dem gewachsenen Bestand schwierig.

Im Umgang mit dem Erbe der friedlichen Revolution sind die Befragten sehr gespalten. Von einigen wird der Eindruck geäußert, dass die Fokussierung auf die Geschehnisse der friedlichen Revolution in Leipzig in den Medien und durch die Veranstaltungen der Stadt Leipzig dem historischen Prozess nicht gerecht wird. Es wird die „Gefahr eines zentralen Happenings“ oder eine „rückblickende Idealisierung“ beschrieben und bspw. das Lichterfest in diesem Kontext benannt. So entsteht aus Sicht einiger Befragter der Eindruck, dass Repräsentationswillen und Symbolpolitik die Notwendigkeit überlagern, in historisch-politische Bildung und Kleinprojekte zur friedlichen Revolution in den Quartieren zu investieren. So sollte aus Sicht der Befragten ein dauerhafter Fond Projekte unterstützen, in denen mit Jugendlichen eine lebensweltliche, lokalhistorische Spurensuche betrieben und die Perspektiven von Zeitzeug/-innen erarbeitet werden.
In der schriftlichen Befragung wurden die Akteure anhand von 7 Dimensionen gebeten, den Ist-Zustand der demokratischen Bildungsangebote in Leipzig auf einer Schulnotenskala von 1-6 einzuschätzen[25]. Nahezu für alle Kriterien werden mehrheitlich die Schulnoten 2 und 3 vergeben, lediglich in der Einschätzung der öffentlichen Wirkung und Wahrnehmung bestehender Angebote wird deutlich schlechter benotet und ein

25 n = 13

Handlungsbedarf (siehe Vorschläge zur übergreifenden Öffentlichkeitsarbeit) formuliert (s. Grafik 3).

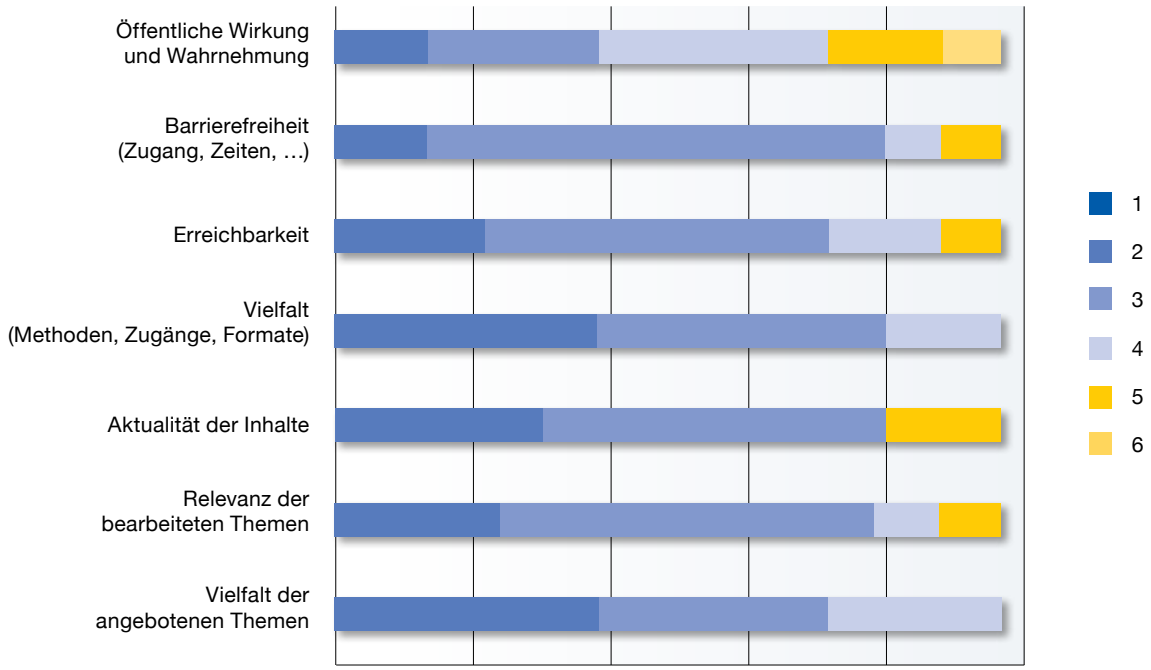
Neben der Einschätzung vorhandener Angebote sollten Einrichtungen und Initiativen, die als wichtigste inhaltliche Kapazitäten im Handlungsfeld wahrgenommen werden, benannt werden. Neben vielen Einzelnennungen von Vereinen und Initiativen in den Arbeitsfeldern Jugendarbeit, Historische Bildung, Demokratiebildung und Bürgerschaftliches Engagement wurden mit absteigender Häufigkeit das Netzwerk Demokratie und Courage (NDC), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sowie das Antidiskriminierungsbüro (ADB) mehrfach benannt.

3.1.12 Handlungsbedarf in der Ausgestaltung demokratischer Bildungsarbeit in Leipzig

In der städtischen Politik befürworten alle Befragten eine Stärkung der Stellung und Kompetenzen der Stadtbezirksbeiräte. Diese kennen in der Regel die Probleme und Erwartungen vor Ort, haben das Potential nah an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein und könnten hierdurch eine Scharnierfunktion in der Willensbildung und Vermittlung stadtpolitischer Diskussionen einnehmen. Die Bildung sachbezogener Arbeitsgruppen, die eng dem Stadtrat zuarbeiten und in einem Austausch stehen, könnte die Qualität und Vermittlung von kommunalpolitischen Entscheidungen ebenfalls verbessern.

An die Stadtverwaltung wird ein Reflexionsprozess zur eigenen demokratischen Praxis adressiert, indem einerseits interne Abläufe und Verfahren, andererseits externe Kontakte und Kooperationen hinsichtlich der Aspekte Kultur der Zusammenarbeit, Mitsprache Betroffener sowie Transparenz und Öffentlichkeit bewertet und ggf. neu ausgerichtet werden. Mit einer aktiven und ernstgemeinten Beteiligung der Menschen in den Stadtteilen können Bürgerinnen und Bürger für städtische Entwicklungen interessiert und diskursiv eingebunden werden, „wenn [es] konkret um sie oder Themen vor ihrer Haustür geht“[26].

3.) Ist-Zustand der demokratischen Bildungsangebote (Bewertung nach Schulnoten)



26 Geschäftsführer, Erich-Zeigner-Haus e.V.

Die Befragten sehen eine wichtige Aufgabe der Stadt Leipzig darin, Querschnitts- und Grundsatzthemen in entsprechenden Veranstaltungen zu vermitteln und zu bearbeiten, um somit eine Integration der fach- und zielgruppenspezifischen Ausrichtung der freien Träger und Initiativen in einem fachlichen Zusammenhang zu befördern. Die Veranstaltungen der Stadt sollten hierbei entgeltfrei angeboten werden. Ferner wird die Schaffung von Anlässen und Räumen für den Austausch und die Vernetzung der Anbieter erwartet. Hierfür sollte eine offene und moderierte Netzwerkstruktur etabliert und sukzessive am Bedarf ausgerichtet werden. Hiervon werden Verbesserungen der zeitlichen, inhaltlichen und räumlichen Streuung der Angebote in Leipzig sowie ein verbesserter Fachaustausch erhofft.

Zur Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung, des Bekanntheitsgrads bestehender Angebote und der Steigerung der Wirksamkeit wird die Erwartung formuliert, mit den vorhandenen Initiativen und Trägern auf Basis gemeinsamer Netzwerkarbeit eine gemeinsame Strategie für demokratische Bildung in Leipzig zu entwickeln. Diese Strategie muss in der Konsequenz vorhandene Bemühungen integrieren und entsprechende Mittel zur Umsetzung umfassen. Ebenso ist eine Schwerpunktsetzung in bestehenden Richtlinien (Förderbedingungen bzw. Zuschüsse im frühkindlichen Bereich, im Hort sowie in der Jugendarbeit und in der Kultur an Mindeststandards einer wertebasierten Erziehung/Bildung knüpfen) angeregt worden. Die Aufgabe der politischen Bildung sollte in den benannten Einrichtungen aufgewertet und mit einer Stärkung (i.S. von Qualifizierung und Unterstützung) des pädagogischen Personals flankiert werden.

Mit Blick auf Schulen und Kindertagesstätten formulieren die Befragten organisatorische Entwicklungsbedarfe (strukturelle und kulturelle Aspekte), die einerseits auf eine Sensibilisierung und Qualifizierung des pädagogischen Personals, andererseits auf eine konkrete demokratische Alltagspraxis von klein auf zielen. Die Einrichtungen sollten im Sinne konkreter demokratischer Entwicklungsprozesse angeregt und unterstützt werden, ihren institutionellen Alltag mit dem Ziel der Demokratisierung zu reflektieren und mit externer Unterstützung schrittweise geeignete und akzeptierte Neuerungen implementieren.

Für das System Schule wird die Vorstellung skizziert, dass eine größere Autonomie des einzelnen Standorts und ein freier Pool an Ressourcen den Schulen als soziale Organisationen den Freiraum gibt, partizipativ und sozialraumorientiert spezifische Akzente zu setzen und ein eigenständiges Profil zu erarbeiten. Dieses sollte und wird die Ressourcen des sozialen Umfelds in den Blick nehmen und somit einer engeren Verzahnung von schulischen und außerschulischen Bildungsakteuren Vorschub leisten.

Kinder und Jugendliche genießen das besondere Augenmerk der befragten Akteure. Es wird generell die Erwartung geäußert, die Bemühungen zur demokratischen Bildung zu stärken und lebensweltnah auszubauen. Die berechtigten Anliegen, Interessen und Bedürfnisse junger Menschen müssen über verlässliche Beteiligungsgremien bzw. -formen in einer anderen Qualität in stadtpolitischen Debatten Berücksichtigung finden. Dies benötigt Unterstützung und Begleitung, Zeit und Geduld und die Kompetenz, „wirklich etwas beeinflussen“ zu können[27]. Vielleicht können junge Menschen in diesem Sinne etwas anstoßen, was aus Sicht der Befragten Organisationen und städtischen Einrichtungen nur unzureichend gelingt, die zielgruppengerechte Ansprache vom Bildungssystem nicht erreichter und sozialschwacher Jugendlicher und die Einbindung in sinnstiftende Projekte und Vorhaben.

So fordern die Befragten auf der Angebotsebene thematisch, methodisch und organisatorisch gestaltete Formate, die geeignet sind, Jugendliche und vom Bildungssystem nicht erreichte Gruppen zur Teilhabe zu ermuntern und im Angebot zu halten. Eine Zusammenarbeit in Netzwerken mit sozialräumlichen Bezügen erhöht die Potentiale, spezifische Zielgruppen zu erreichen. In der Konzeption und Umsetzung wohnortnaher Angebote sollten Ergebnis- und Wirkungsorientierung für die Adressaten bzw. Betroffenengruppen im Vorder-

27 Jugendlicher, Initiativgruppe Jugendparlament

grund stehen. Im Hinblick auf die Zugänge und Themen demokratischer Bildung wird die Aktivierung und Vernetzung von engagierten Personen im Feld der (lokal) historischen Projektarbeit angeregt. Die Stadt Leipzig bietet hervorragende Orte und historische Bezüge, um Jugendliche in deren Lebenswelt auf entdeckende, forschende Weise abzuholen und aufzuschließen.

Bildungsarbeit in den Quartieren hat aus Sicht der Befragten große Potentiale und spielt im Angebotskanon Leipziger Initiativen derzeit eine untergeordnete Rolle. Obendrein erscheinen den Befragten die vorhandenen Angebote oftmals auf spezifische Ziel- und Problemgruppen fokussiert. Hier wird ein breiter gefasstes Verständnis für demokratische Bildung angemahnt, welches sich auch in einem erweiterten Adressatenkreis, bspw. Alleinerziehende, Erwerbslose, Arbeitnehmer/-innen, ausdrückt. Im Zuge der demografischen Entwicklung werden intergenerative und generationsübergreifende Angebote in ihrer Bedeutung an Gewicht gewinnen und Bürgervereine können für diese Aufgabe eine Schlüsselposition einnehmen.

3.1.13 Herausforderungen in den kommenden Jahren

Inhaltliche Aspekte: Nach Meinung der Befragten bedarf es einer allgemeinen Anstrengung, die Idee einer fortschreitenden Demokratisierung unserer Gesellschaft sowie des städtischen Raums am Leben zu erhalten und mit Leben zu füllen. Daher müssen in Maßnahmen der demokratischen Bildung und in Institutionen in der Demokratie Betroffene zu Beteiligten werden, müssen im Alltag, sei es ein schulischer oder beruflicher Kontext, demokratische Mitbestimmung (er)leben und an Entscheidungen partizipieren können. Die Demokratie als Lebensform sollte im Alltag der Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen und Senior/-innen noch stärker als bisher verankert werden und spürbar sein. Hierfür empfehlen die Akteure die Konzentration auf Strukturen und Maßnahmen auf Stadtteilebene, nah an den Bürger/-innen. Im kommunalen Raum sollte das bürgerschaftliche Engagement weiterhin unterstützt werden und mit einer attraktiven und ehrlichen Anerkennungskultur verknüpft werden. Für eine weltoffene, inklusive Stadt und eine Kultur der Differenz müssen antirassistische und interkulturelle Bildungsangebote unterstützt und Antidiskriminierung als Querschnittsaufgabe im schulischen, beruflichen und kommunalen Bereich gelebt werden.

Methodische Aspekte und Adressaten: In Anknüpfung an die inhaltlichen Aspekte wird durch die Akteure die Herausforderung beschrieben, für unterschiedliche Zielgruppen (Alter, Herkunft, Bildung etc.) wirksame und anschlussfähige didaktische Konzepte zu entwickeln, zu verbreiten und in den Institutionen der Bildung zu verankern. In der Bearbeitung dieser Aufgabe wird das Zentrum Demokratische Bildung als unterstützende Instanz gewünscht.

Die befragten Akteure legen den Schwerpunkt demokratischer Bildungsarbeit auf die Lebensphasen Kindheit, Jugend und junge Erwachsene. In diesen Lebensphasen sind Menschen in öffentliche Sozialisationskontexte eingebunden, können flächendeckend angesprochen und für die Demokratie gewonnen werden. So verwundert es nicht, dass die Befragten in der Demokratisierung von Schulen eine zentrale Herausforderung für die weitere Entwicklung feststellen. Es muss gelingen, den schulischen Alltag mit Elementen der Mitbestimmung und Mitsprache aufzuladen und somit lebensweltlich die Kompetenzen und Fertigkeiten für aktive demokratische Individuen aufzubauen. Die schulischen Erfahrungen junger Menschen sollten außerschulisch durch die konsequente Umsetzung der aktuellen Bemühungen zur Bildung eines Jugendparlaments ergänzt werden, um die Wünsche und Anliegen junger Menschen in die Öffentlichkeit und die Stadtpolitik kommuniziert zu bekommen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass dieses Gremium tatsächliche Kompetenzen und substanzielle Rechte zuerkannt bekommt, um die Ernsthaftigkeit und den Willen zum demokratischen Dialog herauszustellen.

In der Erwachsenenwelt sollte nach Meinung der befragten Akteure vordergründig eine Stärkung und Unterstützung von Bürgerinitiativen verfolgt werden, um demokratische Selbstorganisation und Kristallisationskerne des bürgerschaftlichen Engagements zu befördern. Der Förderung intergenerativer Projekte weisen

die Befragten auch mit Blick auf die demografische Entwicklung, auf Desintegrationstendenzen in der jüngeren und älteren Generation sowie einer schleichenden Entsolidarisierung eine hohe Priorität zu. Die Aspekte Mobilität und Barrierefreiheit sind hierbei im Speziellen zu beachten.

Sozialräumliche Aspekte: In den vergangenen Jahren ist es aus Sicht der Befragten verstärkt zu einer Konzentration von Angeboten in zentrumsnahen Stadtteilen gekommen. So wird der Wunsch geäußert, dass seitens der Stadt Anreize gesetzt werden, um die Tendenz des Rückzugs von Trägern aus den Stadtrandgebieten zu unterbrechen und wohnortnahe Bildungs- und Teilhabeangebote flächendeckend bereitzustellen. Stattdessen problematisieren die Befragten im Zuge der städtebaulichen Entwicklung Grünaus im kleinen Maßstab identische Trends der Konzentration sozialer Infrastruktur auf die Stuttgarter Allee. Die Freizeit- und Lebenskultur in abgekoppelten Gebieten zu stärken, muss trotz ungünstiger demografischer Situation auf der stadtpolitischen Agenda bleiben. Ein Weg, um mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort, deren Bedürfnisse und Anliegen besprechen zu können und gemeinsame Visionen für die Entwicklung des Wohnumfelds zu erarbeiten, kann nach Meinung der Befragten die Durchführung von bspw. Zukunftswerkstätten oder-konferenzen in den Stadtteilen sein. Hiermit würden Betroffene zu Beteiligten gemacht, die Expertensicht der Anwohner/-innen würde in Planungsprozesse einbezogen.

Finanzielle Aspekte: Aus Sicht der befragten Akteure muss es in Leipzig gelingen, dass (vergleichsweise) gute Niveau der Förderung außerschulischer Bildung in der Jugendarbeit zu verstetigen und alternative Neuentwicklungen zu befördern. Im Bereich der Kinder- und Jugendförderung sollten realistische Fachstandards zur demokratischen Bildung integriert und die freien wie städtischen Einrichtungen zu deren Umsetzung verpflichtet und hierin unterstützt werden. Eine gesamtstädtische Vernetzung von Trägern der demokratischen Bildung, Verwaltung und relevanten Akteuren ist für die Akzeptanz und Forcierung dieses Prozesses notwendig.

Die Blüten einer vielfältigen und weltoffenen Kultur in der Stadt Leipzig sind nicht zuletzt aus dem Kreativpotenzial der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden erwachsen. Daher sollte der Kulturetat diese Potentiale entsprechend abbilden und deren Entwicklung weiter befördern.

Diesen Zweck würde auch die Errichtung einer Stiftung, unter Einbezug der finanziellen Potentiale lokaler Unternehmen, Rechnung tragen. Mit der Idee verbinden die Befragten die Schaffung eines langfristig und unabhängig wirkenden Akteurs im Feld der demokratischen Bildung, durch dessen finanzielle Möglichkeiten auch „unorthodoxe“ Projekte und Vorhaben, die an den Bedingungen etablierter Förderinstrumente scheitern würden, realisiert werden könnten. Ebenso könnte mit den Ressourcen einer Stiftung ein fachliches Beratungsangebot etabliert werden, um Bürgervereine, Jugendinitiativen oder Organisationen hinsichtlich der Beantragung von Fördermitteln im öffentlichen wie privaten Bereich zu unterstützen und individuelle Strategien des Fundraising zu erarbeiten.

3.1.14 Erwartungen an das Zentrum demokratische Bildung (ZDB)

Für die Befragten bedarf es einer Konkretisierung der Idee eines Zentrums demokratische Bildung [ZDB] in Leipzig, viele haben im Rahmen der Befragungen die Begrifflichkeit erstmalig gehört. Damit einhergehend ist die Intention und Zielstellung des ZDK nicht geklärt. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich eine aktive und breite Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Themenfeld demokratische Bildung. Das ZDB soll alle aktiven Akteure für ein gemeinsames Engagement im Themenfeld motivieren. In dieser Hinsicht sollte ein transparenter Umgang mit allen Partnern gewährleistet werden. Seitens des ZDB aber auch seitens der Stadt Leipzig bedarf es zuvorderst eines aktiven Signals für die Kooperation und Zusammenarbeit im beschriebenen Sinn. Die Koordination eines Netzwerks, die strategische Ausrichtung in der Erarbeitung von „Leitplanken der demokratischen Bildung in Leipzig“ sowie ein gemeinsamer Qualitätsrahmen sind konkrete Erwartungen an das ZDB, eine Standardisierung von Angeboten der Träger wird nicht angestrebt. Das ZDB soll einen

aktiven und kritischen Dialog aller Akteure im Themenfeld demokratische Bildung initiieren und moderieren und dabei als Mittler und Vermittler wirken.

Die Befragten erhoffen sich Unterstützung und Verbesserung in der Bewerbung und Abstimmung von Angeboten, verbesserte Zugänge zu Zielgruppen bzw. Systemen, fachliche Anregung und Qualifizierung. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Vernetzung sind überjährige, verabredete Bildungsschwerpunkte vorstellbar, die seitens der Stadt finanziert und gegenüber den Kitas, Schulen etc. empfohlen werden. Vom ZDB werden für diese inhaltliche Ausrichtung der Bildungsangebote in Leipzig Impulse erwartet, die auf Basis kontinuierlicher Situationsanalysen (Adressatenbefragung, Angebotsanalysen etc.) gemeinsam gesetzt werden können. Hieran anknüpfend kann durch das ZDB in Teilen die wissenschaftliche Begleitung des Arbeitsbereichs demokratischer Bildung geleistet bzw. organisiert werden. Ergänzend sind Austauschprozesse mit anderen Städten und der Wissenschaft anzustreben, um fachliche und methodische Alternativen kennenzulernen und in Leipzig zu implementieren.

Eine gemeinsame inhaltliche Strategie sollte dabei stets mit einer berechenbaren Förderung für diesen Bereich einhergehen, um Schwerpunkte für einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten zu können und Wirkung sowie Nachhaltigkeit zu entfalten. Hierfür wird die Erarbeitung eines Marketingkonzepts für demokratische Bildung in der Messestadt angeregt, um politische und wirtschaftliche Stakeholder als Unterstützer zu gewinnen und einzubinden.

Die Befragten setzen auf die Erarbeitung von Standards (Fachstandard demokratische Bildung), die in städtischen bzw. geförderten freien Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie Stadtteilarbeit als Grundkonsens einer wertebasierten, demokratischen Erziehungs- und Bildungsarbeit gelebt und konzeptionell entsprechend vor Ort erarbeitet, diskutiert und umgesetzt werden müssen. Dies könnte, weitgehend aufwandsneutral, mittelfristig geleistet werden. Schlüsselbereiche der Stadtverwaltung und städtische Eigenbetriebe sollten ebenfalls in den Blick genommen und für entsprechende Sensibilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aufgeschlossen werden.

Unter dem Gesichtspunkt des gesamtstädtischen Raums wird die Erwartung formuliert, das durch das ZDB die Stadtrandbezirke ins Blickfeld genommen und zentrumsferne Akteure gleichermaßen einbezogen und unterstützt werden. In der strukturellen Ausgestaltung des ZDB gehen die Vorstellungen weit auseinander. Die Schaffung eines zentralen Demokratiezentrums mit vor allem koordinierender und vernetzender Funktion und der Stärkung von Initiativen und Vereinen in der Realisierung konkreter, stadtteilbezogener Orte der Bildungsarbeit würde die Mehrheit der Befragten befürworten. In diesem Sinne sollte in der Stadt Leipzig auf eine Vielzahl vorhandener Strukturen zurückgegriffen werden.

Letztlich richten sich an die Schaffung eines Zentrums demokratische Bildung auch materielle Erwartungen. Neben der Bereitstellung von Seminarräumen erhoffen sich die Befragten z.B. die Verfügbarkeit eines Transporters, einer Druckpresse sowie Bildungsmaterialien (Einrichtung einer Bibliothek für demokratische Bildung), die möglichst kostenfrei oder zumindest unbürokratisch zur Arbeit im Themenfeld genutzt werden können. Des Weiteren soll das ZDB aktiv bei der Projektentwicklung unterstützen und Kompetenzen in der Antragsberatung zur Verfügung stellen.

3.2 Befragungsergebnisse im schulischen Bildungsbereich

3.2.1 Schulen – Orte demokratischer Bildung

In Schulen sollen junge Menschen in ihrer Entwicklung zu einem selbst bestimmten und verantwortungsvollen Individuum und zu einem aktiven, mitgestaltenden Mitglied der demokratischen Gesellschaft begleitet und unterstützt werden. Insbesondere bedeutet dies unter der Anforderung „Demokratielernen in der Schule“ die Stärkung von „Selbstwirksamkeit und Autonomie“, den Erwerb „gesellschaftsförderliche[r] Fähigkeiten und Fertigkeiten […] und die Entwicklung demokratischer

Handlungskompetenzen“[28]. Aus den individuellen und kollektiven Erfahrungen gestaltbarer Rahmenbedingungen, den in Schulen besprochenen und reflektierten sozialen Veränderungen der Vergangenheit und Gegenwart und der aktiven Teilhabe am schulischen Alltag sollen persönliche Dispositionen erwachsen, auf deren Basis Mündigkeit, Gleichwertigkeit und Verantwortung als demokratische Werte erworben und gelebt werden.

Mit Wolfgang Edelstein spielen „Anerkennung, Überzeugung eigener Wirksamkeit und Verantwortungsbereitschaft als grundlegende Dispositionen des sozialen Handelns und Tugenden des zivilgesellschaftlichen Engagements, das der Demokratie als Lebensform ihre Kraft und ihren Bestand sichert“ eine entscheidende Rolle, denn die „Überzeugung eigener Wirksamkeit setzt Anerkennung voraus; ohne Überzeugung eigener Wirksamkeit gibt es keine Verantwortungsübernahme. Demokratie als Lebensform gründet in der Kooperation sozial verantwortlicher Individuen.“[29]

Schulen stellen neben den Familien, dem direkten Wohnumfeld und dessen peer-groups die zentrale Sozialisationsinstanz unserer Gesellschaft dar, in der die Werte- und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen maßgeblich gefördert und beeinflusst werden. Das enorme Potential und gleichzeitig die enorme Verantwortung der Schulen ergeben sich aus der Tatsache, dass alle jungen Menschen in einer Phase der Entwicklung erreicht werden, in der sich das Wertebewusstsein ausbildet und vertieft. Im Sinne Edelsteins können Schulen diesem Auftrag nicht nur durch die Vermittlung von Wissen und Informationen gerecht werden, sondern in der Gestaltung des schulischen Alltags als demokratische Schulkultur. In diesem Sinne ist demokratische Bildung an Schulen stets als Querschnittsaufgabe, die das gesamte schulische Lernen und Leben und dementsprechend alle an Schule Beteiligten berührt, zu verstehen.

Demokratische Bildung an Schulen umfasst nicht einzelne Lernbereiche oder Unterrichtsfächer, sondern läuft prozesshaft und kontinuierlich in der Organisation des schulischen Miteinanders und der Befassung mit Lerninhalten. Dies ist nur gelingend zu gestalten in einem kooperativen Zusammenwirken von Schule und Eltern sowie unter Einbeziehung außerschulischer Bildungsakteure.

Auf dieser Grundlage gewinnt das System Schule für die vorliegende Studie zu demokratischer Bildung in Leipzig seine Bedeutung und soll einerseits hinsichtlich der Wertigkeit und Ausprägung der demokratischen Schulkultur, andererseits hinsichtlich der Schnittstellen zwischen den Beteiligtengruppen sowie zu außerschulischen Unterstützungssystemen hin beleuchtet werden.

3.2.2 Schularten und Beteiligtengruppen

Insgesamt können für diesen Teil der Studie 51 Fragebögen in die Auswertung einbezogen werden, die zu 71% durch die Beteiligtengruppe Schulleitung (absolut 36), zu 23% durch die Schülerräte (absolut 12) und von 6% Elternvertreter/-innen (absolut 3) beantwortet wurden. Für die Grundgesamtheit der Befragung wurden alle kommunalen und freien Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien und Berufsschulen herangezogen und über die bereits geschilderten Kommunikationswege informiert. Die Verteilung der Schularten in der Stichprobe in Relation zur Grundgesamtheit[30] ist der Grafik zu entnehmen. Somit ist für den Grundschulbereich eine Rücklaufquote[31] von 23%, für die Mittelschulen 55%, für die Gymnasien 48% und im Bereich der Berufsschulzentren von 27% zu konstatieren. Hierbei ist zu beachten, dass der angegebene Wert Antworten auf allen Beteiligtenebenen einbezieht. Die Befragung bezog sich in weiten Teilen auf Beteiligungsaspekte der Schülerschaft und demokratische Bildung in Zusammenarbeit mit weiteren Bildungsakteuren, so dass die vergleichsweise geringere Rücklaufquote der Grundschulen hier eine inhaltliche Begründung erhält, da bspw. der gesetzliche Auftrag zur Bildung eines Schülerrats erst ab Klasse 5 greift und sich

28 Demokratieerziehung in der Schule. Unter: http://www.sachsen-macht-schule.de/schule/1961.htm, 18.06.2012
29 Wolfgang Edelstein/Susanne Frank/Anne Sliwka (Hrsg.). Praxisbuch Demokratiepädagogik. Sechs Bausteine für Unterrichtsgestaltung und Schulalltag. Beltz 2009, S. 9

30 Bildungsreport Leipzig 2010, S. 104
31 Zusammengefasst über alle Beteiligtengruppen

somit Grundschulen nur indirekt angesprochen gefühlt haben können (s. Grafik 4).

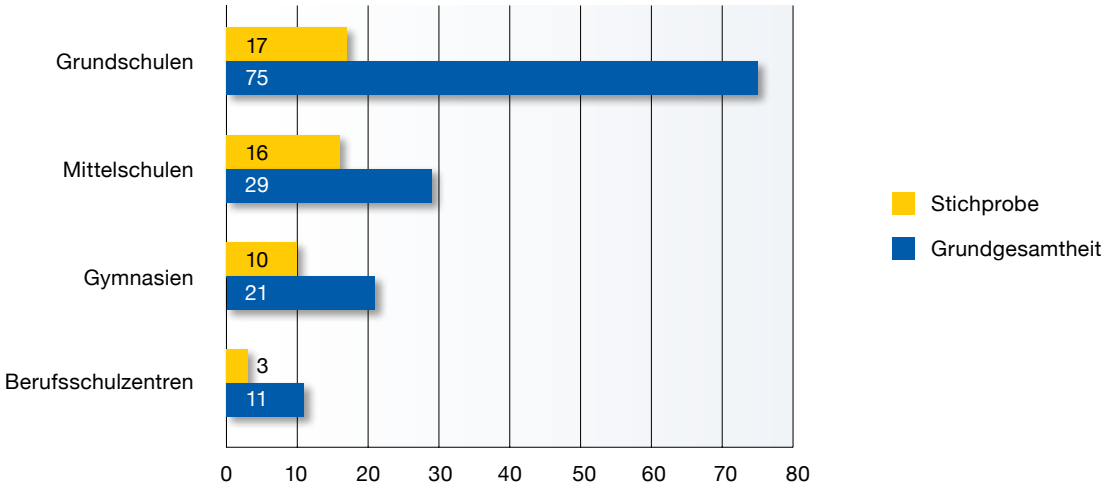
In der verwendeten Stichprobe sind zu 33% Rückläufer aus den Grundschulen, zu 37% Mittelschulen, zu 22% Gymnasien und zu 8% Berufsschulen vertreten, die Mittelschulen und Gymnasien sind leicht überrepräsentiert, die Grund- und Berufsschulen unterrepräsentiert.

Die Befragten wurden gebeten, das spezifische Profil ihrer Schule zu benennen bzw. zu beschreiben, um einen Einblick in die grundsätzliche Ausrichtung zu erhalten. Sieben der befragten Grundschulen äußerten sich in diesem Sinne und benannten insbesondere die Profile „Leseförderung/LRS“, „Europaorientierung“ sowie „Gesund leben - Gesunder Planet“. Von 4 Mittelschulen wurden spezifische Schulprofile angegeben. Dies waren „Sportschule“, „freie Alternativschule“, „Schule mit Orientierungsfunktion“ und Schule mit „Schwerpunkt WTH“. Seitens der Gymnasien (9 Angaben) bildet sich in der Stichprobe das breite Spektrum möglicher Profilbildung mit sprachlichen, künstlerischen, mathematischen, naturwissenschaftlichen, musischen, sportlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Vertiefungsgebieten in verschiedenen Kombinationen ab. Die Berufsschulen benennen Wirtschaft-Verwaltung, Hauswirtschaft-Ernährung-Gastbetreuung sowie Berufsförderschule als spezifische Ausrichtung ihrer Bildungsstätten.

3.2.3 Selbsteinschätzung der Situation in den Schulen

Anhand von sieben Items wurden alle Beteiligtengruppen gebeten, den Ist-Stand zu Mitbestimmung in Unterricht und Schulalltag, Schulklima, Engagement und demokratischer Bildung einzuschätzen. In der Untersuchung wurden die aktuelle Situation und der Stellenwert demokratischer Prozesse und der Wertevermittlung in den Schulen erhoben. Die Ergebnisse sind in den Kreisdiagrammen 5–11 dargestellt. Vorhandene Intergruppenunterschiede in der Bewertung einzelner Aspekte werden auf Basis von Mittelwertunterschieden berichtet und abschließend grafisch nach Beteiligtengruppen und Schularten zusammengestellt.[32] Zur Einschätzung der Ist-Situation stand eine sechsstufige Skala (1-vollkommen zutreffend bis 6-gar nicht zutreffend) zur Einordnung von sieben Statements zur Verfügung. Wenn im Text von „eher zutreffend“ gesprochen

4.) Schularten in der Stichprobe und in der Grundgesamtheit



32 Hierbei sind die absoluten Rücklaufzahlen in der Bewertung der Ergebnisse zu beachten, da insbesondere die Gruppe der Eltern mit 3 Fällen deutlich unterrepräsentiert und statistisch anfällig ist.

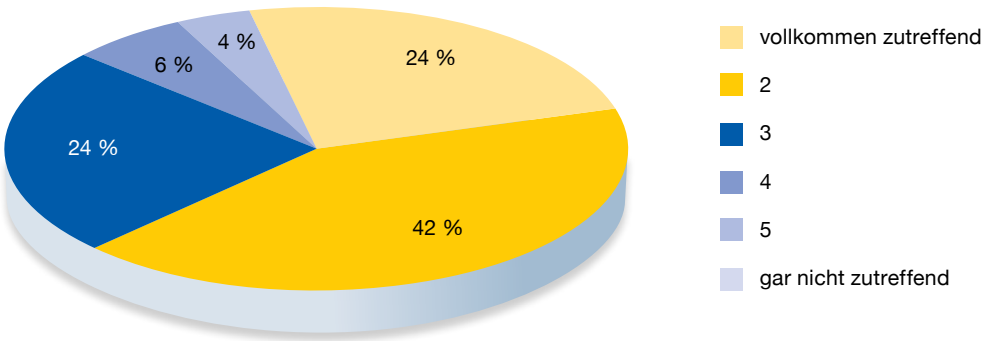
wird, dann bezieht sich die Einschätzung auf Antworten zwischen 1 und 3, „eher nicht zutreffend“ beschreibt zusammengefasst Antworten zwischen 4 und 6 (s. Grafik 5).

Insgesamt 88% der Befragten beantworten die Aussage zur Mitbestimmung im Schulalltag mit Nennungen zwischen 1 und 3, das heißt dieser Aussage wird mit großer Mehrheit eher zugestimmt. Der Mittelwert aller Antworten liegt in dieser Fragestellung bei M = 2.31. In der Detailbetrachtung sind klare Unterschiede in der Einschätzung durch die Schulleitung (M = 2.03), den Schülervertreter/-innen (M = 2.92) sowie den Elternvertreter/-innen (M = 3.33) erkennbar.

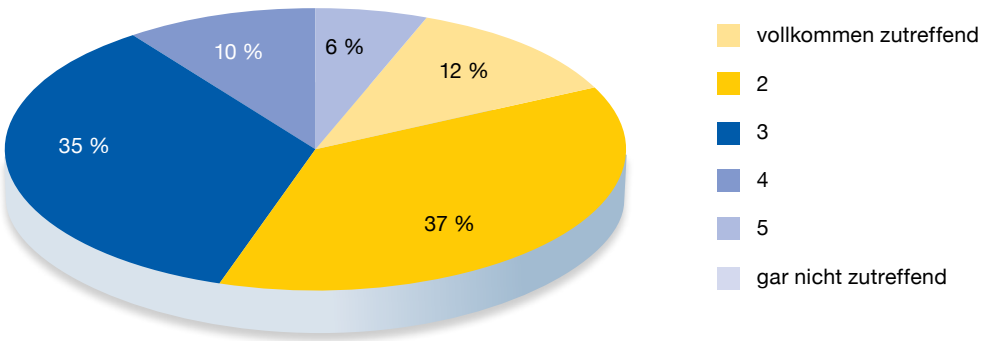
Ergänzend zum Schulalltag wurden alle Befragten gebeten, die Mitbestimmungsmöglichkeiten im Unterricht einzuschätzen. Hier zeigt sich eine generell bessere Einschätzung der Situation durch die Gruppe der Schulleitung (M = 2.47), gefolgt von den Vertreter/-innen der Elternschaft (M = 2.67) sowie den Schülersprecher/-innen (M = 3.00) der befragten Schulen. Insgesamt bewerten 84% der Befragten diese Aussage eher zustimmend (M = 2.61) (s. Grafik 6).

Mitbestimmungsrechte werden seitens der Schulen nicht nur passiv gewährt, sondern können und müssen durch Schüler/-innen und Eltern aktiv genutzt, mit Leben gefüllt und im Zweifel eingefordert werden. Der

5.) Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Schulalltag sind den Schüler/-innen bekannt und werden genutzt.



6.) Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Unterricht sind den Schüler/-innen bekannt und werden genutzt.



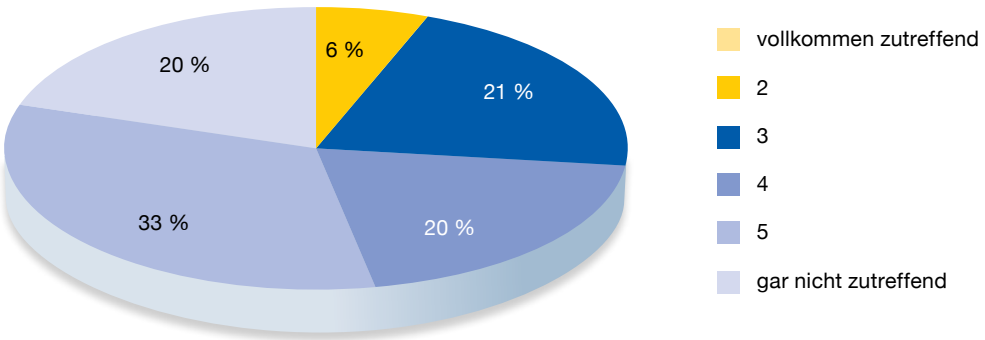
Beteiligungsrealität bzw. dem Engagement an den Schulen widmeten sich drei weitere Fragen (s. Grafik 7).

Dieses bewusst negativ formulierte Item wird mit einem Mittelwert von M = 4.39 durch die Befragten mehrheitlich (72%) als eher nicht zutreffend eingeschätzt. Hierbei ist die bereits vertraute Abstufung zwischen den Beteiligtengruppen ebenfalls vorzufinden, so dass die Schulleitung diese Aussage insgesamt deutlich stärker ablehnt (M = 4.58), als Schülersprecher/-innen (M = 4.08) und Elternvertretung (M = 3.33), welche die Situation etwas kritischer einschätzen (s. Grafik 8).

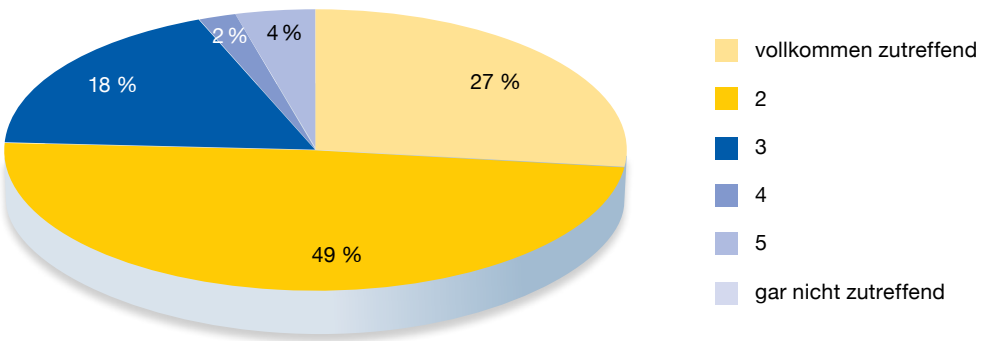
Fast spiegelbildlich, jedoch stärker auf die Rolle der Beteiligungsgremien ausgerichtet, attestieren 94% der Befragten den Schülerräte und Elternräten eine aktiv, gestaltende Rolle im Schulleben (M = 2.06). Dieser Aussage stimmen Eltern und Schulleitung in etwa mit gleichen Werten zu, währenddessen die Vertreter/-innen der Schülerschaft diesen Punkt negativer bewerten (M = 2.58).

Schließlich wurden die Befragten zu einer Einschätzung gebeten, inwiefern sie sich mehr Initiative von Schüler/-innen und Eltern wünschen, wenn es an die Ausgestaltung schulischer Angebote, etwa Projekttage, GTA oder Exkursionen geht. 75% der Befragten stimmen der Aussage eher zu und wünschen sich mehr Initiative seitens der angesprochenen Gruppen, um Beteiligungs- und Anregungsspielräume entspre-

7.) Eltern und Schüler/-innen bringen sich nicht aktiv in die Belange des schulischen Alltags ein.



8.) Die Mitwirkungsgremien von Eltern und Schüler/-innen wirken an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit.



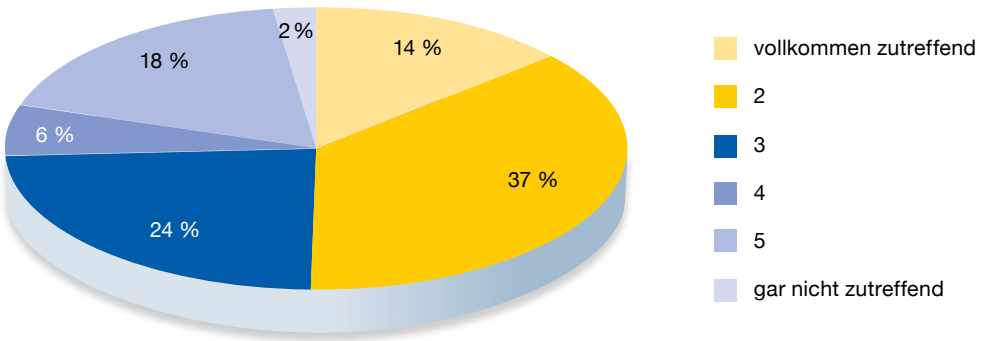
chend auszuschöpfen und die Schule zu bereichern. Ein Blick auf die Beteiligtengruppen macht deutlich, dass die Schülervertreter/-innen hier einen besonderen Leidensdruck hinsichtlich ihrer Mitschüler/-innen zu verspüren scheinen, denn mit M = 2.08 stimmen sie der Aussage deutlich stärker zu als Schulleitung (M = 3.00) und Elternvertreter/-innen (M = 3.67), die wiederum aus ihrer Perspektive und dem Wissen um begrenzte zeitliche Ressourcen und Möglichkeiten mehr Initiative zurückhaltender einfordern (s. Grafik 9).

Mit den zwei verbliebenen Fragen wurden Einschätzungen zum Schulklima sowie zum Stellenwert demokratischer Bildung eingefordert. In den Antworten auf beide Fragen finden sich keine signifikanten Mittelwertunterschiede zwischen den Beteiligtengruppen (s. Grafik 10).

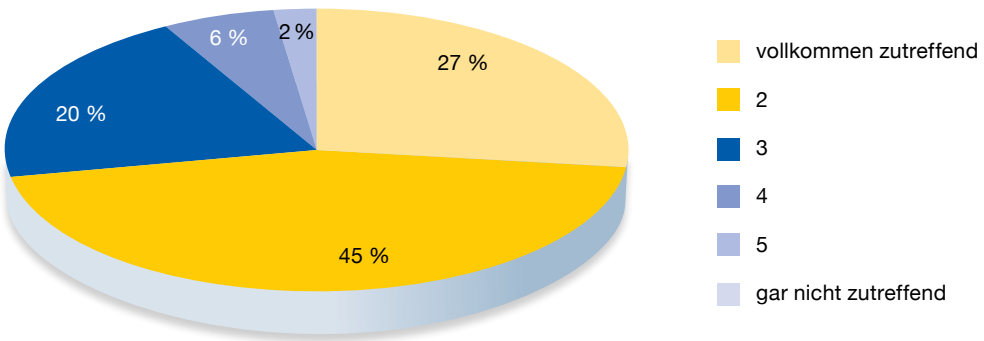
92% aller Befragten bezeichnen diese Aussage als eher zutreffend und damit die erlebte Realität an ihren Schulen als durch ein demokratisches Miteinander geprägt. Die Schulleitungen stimmen dieser Aussage in der Tendenz deutlicher zu (M = 1.97) als Elternvertreter/-innen (M = 2.33) und Schülersprecher/-innen (M = 2.42).

Die Aussage eines herausragenden Stellenwerts demokratischer Bildung an den Schulen wird durch die Befragten als eher zutreffend eingeschätzt und auffallend an diesem Item ist, dass die Einstufungen 5 und 6 keinerlei Nennung erhalten. Auch zwischen den Betei-

9.) Bei der Ausgestaltung schulischer Angebote wünschen wir mehr Initiative von Schüler/-innen und Eltern.



10.) Das Klima an unserer Schule ist alles in allem durch ein demokratisches Miteinander gekennzeichnet.

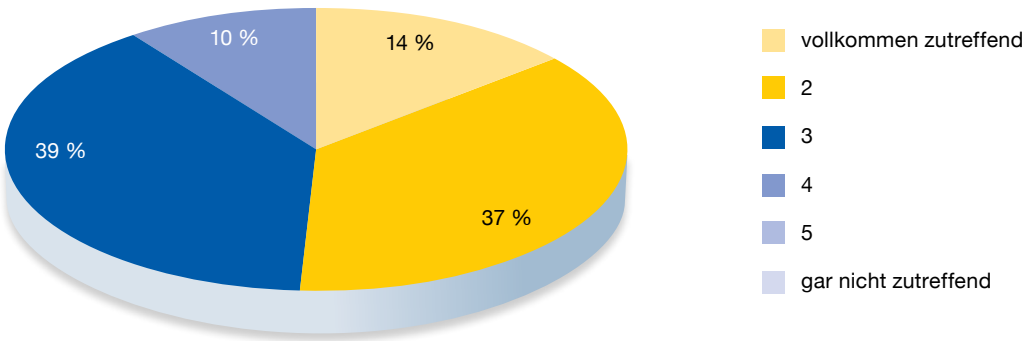


ligtengruppen wird der Stellenwert der demokratischen Bildung an der konkreten Schule kaum unterschiedlich eingeordnet (zwischen Elternvertretung mit M = 2.33 und Schülervertretung mit M = 2.67) (s. Grafik 11).

Die nähere Betrachtung des Antwortverhaltens zwischen den einzelnen Variablen zeigt signifikante Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zu den Aussagen nach Möglichkeiten der Mitbestimmung von Schüler/-innen im Schulalltag (1) und Unterricht (2) mit der Wahrnehmung des schulischen Klimas als demokratisches Miteinander (6) und der Anerkennung eines herausragenden Stellenwerts demokratischer Bildung an der Schule (7)[33]. Ebenfalls deutlich wird, dass die Erfahrung einer aktiven Mitgestaltung des Schullebens durch Gremien der Beteiligtengruppen (4) zu einer Wahrnehmung des Schulalltags als demokratisches Miteinander (6)[34] führt, in dem der Wunsch nach stärkerer Initiative von Schüler/-innen und Eltern (5) auf Grund alltäglicher Erfahrungen schwächer ausgeprägt ist[35].

In der vergleichenden Darstellung der Mittelwerte nach Beteiligtengruppen fällt die Gruppe der Schulleitung und deren Überrepräsentanz gut dadurch auf, dass deren Antwortverhalten fast identisch die Gesamtmittelwertkurve nachzieht. Insofern soll erneut Vorsicht in der Bewertung der Intergruppenunterschiede angemahnt werden, da die statistische Basis[36] nicht hinreichend für belastbare Aussagen ist. Die sichtbaren Trends können vielmehr den Ausgangspunkt für einen Diskurs zum Stellenwert einer demokratischen Wertevermittlung an den Schulen und zwischen den Beteiligtengruppen markieren. Unterschiede werden in der Aussage 5 sichtbar, wenn Schülervertreter/-innen sich deutlich stärker mehr Initiative seitens anderer Schüler/-innen wünschen, als dies aus Sicht der Erwachsenen (Schulleitung und Eltern) notwendig bzw. wünschenswert wäre. Hier müsste im direkten Gespräch untersucht werden, inwiefern Schülersprecher/-innen als greifbare Repräsentant/-innen und Ansprechpartner/-innen überlastet und

11.) Demokratische Bildung genießt an unserer Schule einen herausragenden Stellenwert.



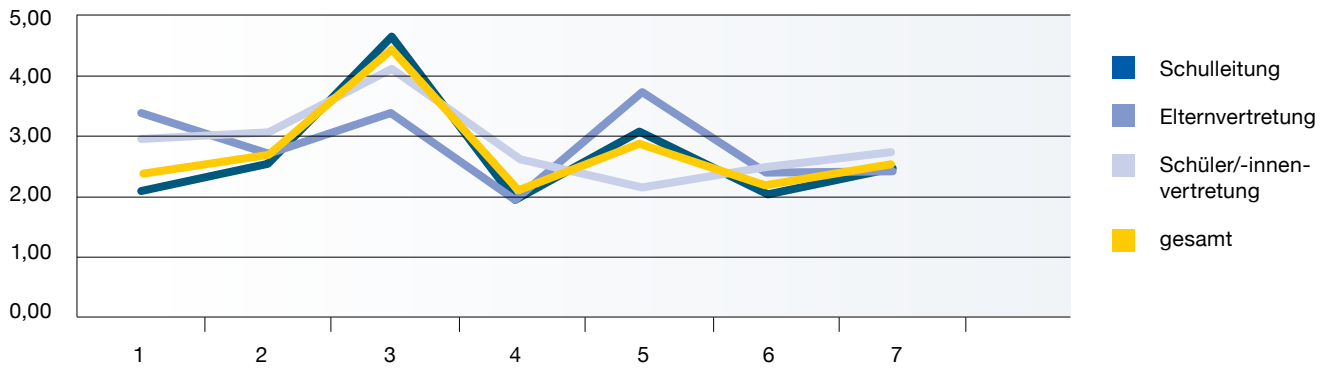
33 Alle Zusammenhänge zwischen r = .45 und r = 59, p < .001
34 r = 374, p < .01
35 r = -285, p < .05

36 Insbesondere in den Gruppen Elternvertretung und Berufsschule

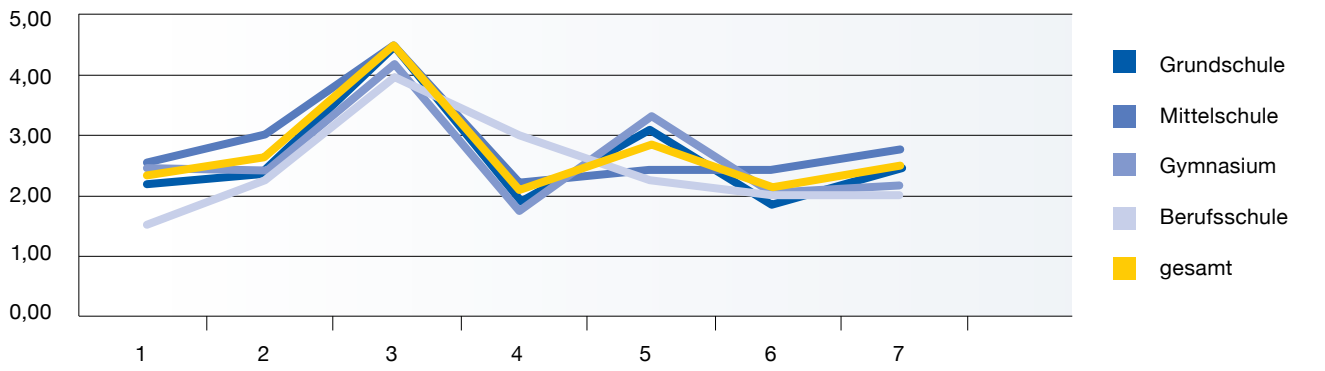
überfordert werden und wenig Unterstützung seitens der breiten Schülerschaft erhalten (s. Grafik 12).

Die befragten Vertreter/-innen aus Grund- (M = 2.18) und Berufsschule (M = 1.50) schätzen die (altersgemäßen) Mitbestimmungsmöglichkeiten hinsichtlich des Schulalltags an ihren Einrichtungen positiver ein als Mittelschule (M = 2,53) und Gymnasium (M = 2.45). Die Nutzung und Kenntnis von Mitbestimmungsoptionen im Unterricht wird seitens der Mittelschule (M = 3.00) negativer eingeschätzt als von allen anderen Schulen (zwischen M = 2.25 und 2.45), die hier in etwa gleiche Zustimmungswerte aufweisen. Der Aussage: „Die Mitwirkungsgremien der Schüler/-innen und Eltern wirken an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit“ stimmen die Befragten aus Grundschule (M = 1,88) und Gymnasium (M = 1,73) in deutlicherem Maße als diejenigen aus Mittelschule (M = 2,21) und Berufsschulzentrum (M = 3,00) zu (s. Grafik 13).

12.) Mittelwerte nach Beteiligtengruppen



13.) Mittelwerte nach Beteiligtengruppen



Mehr Initiative von Schüler/-innen und Eltern ist an Mittelschulen (M = 2.42) und Berufsschulzentren (M = 2.25) ein Wunsch, der deutlich stärker als zutreffend benannt wird als in Grundschulen (M = 3.06) und Gymnasien (M = 3.36), die hier möglicherweise bessere Beteiligungsquoten aufweisen. Auch hinsichtlich der Wahrnehmung des Schulklimas als demokratisches Miteinander weisen die Mittelschulen (M = 2.42) etwas schlechtere Werte auf als die anderen Schularten (zwischen M = 1.82 und 2.00).

3.2.4 Demokratische Schulkultur – Was bedeutet dies für die Befragten?

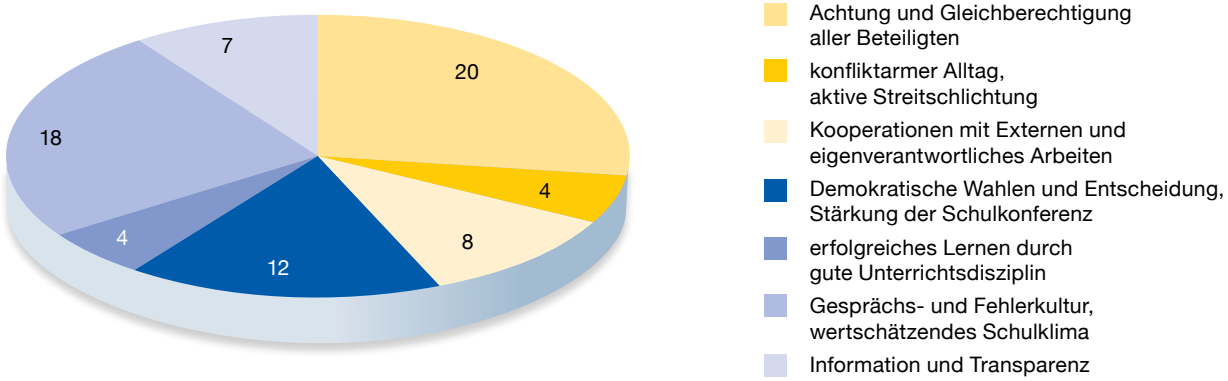
Damit die Einordnung der Selbsteinschätzung, der benannten Bedarfe sowie der Arbeit in den Vertretungsgremien einen entsprechenden Referenzrahmen erhält, um Schlüsse und Ableitungen ziehen zu können, wurden alle Befragten gebeten, drei zentrale Punkte zu benennen, an denen sie eine demokratische Schulkultur festmachen und erkennen würden. Alle Nennungen wurden auf ihren Bedeutungsgehalt hin überprüft, in übergeordnete Kategorien überführt und sind im Kreisdiagramm mit den absoluten Häufigkeiten in Relation zueinander abgebildet (s. Grafik 14).

Ein Blick auf die Anteile der einzelnen Rubriken markiert die wesentlichen Bereiche aus Sicht der Akteure. Als grundsätzliche Standards einer demokratischen Schule, die zur Ermöglichung aller weiteren Punkte die Basis bilden, wurden ein gleichberechtigter, achtungsvoller Umgang miteinander und ein gutes Eltern-Lehrer-Schüler-Verhältnis beschrieben, welches in einem wertschätzenden Schulklima, in dem Fehler möglich sind, Kritik positiv erlebt wird und Gespräche auf Augenhöhe geführt werden, eingebettet sein muss. Das Miteinander an der Schule wird dann unterstützt durch Information und Transparenz sowie die Implementierung demokratischer Wahl- und Entscheidungsverfahren für vielfältige Fragen des schulischen Alltags. Eine Stärkung der alltagspraktischen Stellung der Schulkonferenz für schulische Grundsatzfragen, eine Öffnung ins Gemeinwesen und die Zusammenarbeit mit Dritten rundet für die Mehrheit der Befragten das Bild einer demokratischen Schule ab.

3.2.5 Schulische Aktivitäten im Handlungsfeld der demokratischen Bildung

Zur Stärkung demokratischer Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern und zur Förderung einer demo-

14.) Demokratische Schulkultur – zentrale Punkte aus Sicht der Akteure



Anzahl der Nennungen je Kategorie

kratischen Schulkultur setzen die befragten Schulen eigenständig zahlreiche Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen um. Das Spektrum umfasst u. a:

- aktive Teilnahme an Wettbewerben des Freistaats Sachsen bzw. der Stadt Leipzig (Schule der Toleranz, Wettbewerb politische Bildung),
- Stärkung schulischer Beteiligungsgremien und -formen (Schulkonferenzen und Schülerversammlungen, Schulprogrammarbeit und Schülergerichte),
- spezifische Fortbildungen und Schulungen (Schülerrat, Lehrerschaft),
- fächerverbindende und -übergreifende Angeboten im Rahmen des Unterrichts,
- zivilgesellschaftliche Aktivitäten (Unterschriftssammlungen, Sozialer Tag)
- thematische Veranstaltungen (Lesungen, Foren mit Politiker/-innen) und
- Projekttage bzw. -wochen.

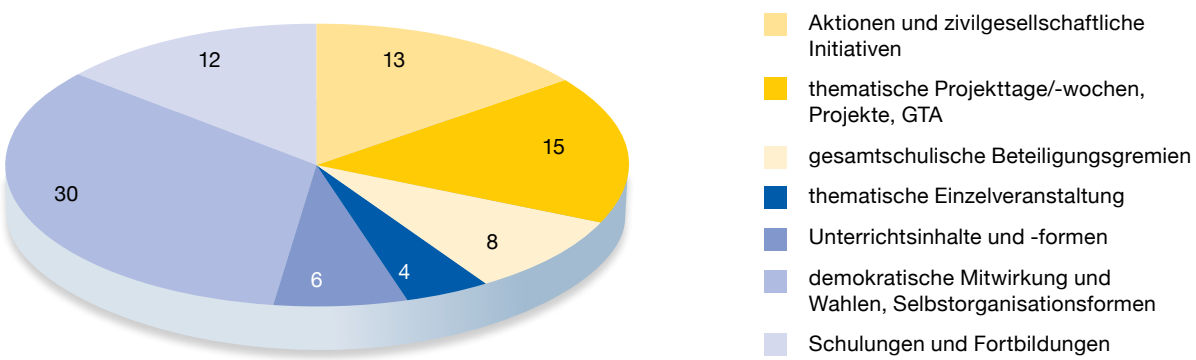
Die absoluten Häufigkeiten der benannten Aktivitäten innerhalb der vorliegenden Stichprobe sind dem folgenden Kreisdiagramm zu entnehmen (s. Grafik 15).

Die befragten Akteure sehen den Schwerpunkt in der unmittelbaren Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung in Form von Schülerräten, Kinderräten, Befragungen, Abstimmungen zu aktuellen Frage- oder Problemstellungen oder auch bspw. der Einführung von Schülergerichten. Weiterhin bilden thematische Auseinandersetzungen im Rahmen von Projekttagen, Ganztagsangeboten oder Projekten, zivilgesellschaftliche Initiativen zu aktuellen Sachverhalten (schulische Belange, politische Themen, Solidaritäts- und Hilfsaktionen) und die Qualifizierung der gewählten Schülervertreter/-innen Schwerpunkte der schulischen Aktivitäten im Bereich der demokratischen Bildung.

3.2.6 Aktivitäten im Handlungsfeld der demokratischen Bildung in Zusammenarbeit mit Außenpartnern

Ergänzend zur Fragestellung, welche Aktivitäten die Schulen selbständig umsetzen, wurden die Akteure befragt, inwiefern Maßnahmen und Vorhaben der demokratischen Bildung gemeinsam mit Außenpartnern umgesetzt werden und welchen Inhalt diese haben. Hierbei zeigt sich deutlich, dass das Spektrum der Aktivitäten durch die Kooperation mit Partnern der außer-

15.) Spezifische Aktivitäten im Handlungsfeld demokratische Bildung



Anzahl der Nennungen je Kategorie

schulischen Bildung ergänzt und bereichert wird. Durch die Befragten werden einerseits Handlungsfelder benannt, die mutmaßlich an anderen Schulen eigenständig umgesetzt werden bzw. punktuell Unterstützung erfahren und andererseits wird auf weitere Formen und Angebote der demokratischen Bildung verwiesen, die offensichtlich primär in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern realisiert werden (können). Insbesondere Bildungsprozesse im interkulturellen und internationalen Kontext (internationale Schülerprojekte, Comenius-Projekt), historische Projektarbeiten (Stolpersteine, Denkmal aktiv, Zeitensprünge) sowie projektartige Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung (Polis, Jugend debattiert, Betzavta-Training, Exkursionen) werden auf Anregung und in Kooperation mit Außenpartnern umgesetzt (s. Grafik 16).

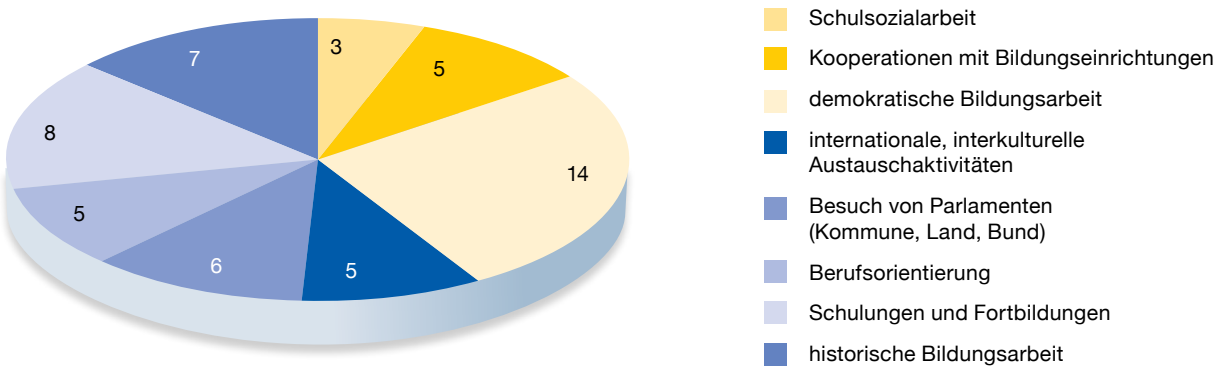
3.2.7 Arbeit in den Vertretungsgremien

Den Befragtengruppen wurden Bögen vorgelegt, die im Wesentlichen identische Fragestellungen enthielten, in der Abfrage zu den Mitbestimmungsgremien an den Schulen zwischen Eltern und Schüler/-innen variierten. So wurden die Schulleitung sowie die Schülersprecher/-innen um eine Einschätzung der Arbeit des Schüler/-innenrats, die Elternvertreter/-innen um eine Bewertung der Arbeit des Elternrats gebeten, die jeweils anhand von Schulnoten vorgenommen wurde. Für die grafische Auswertung wurden die Angaben der Elternvertreter/-innen aufgrund des geringen und ausschließlich auf eine Schulform[37] begrenzten Rücklaufs nicht genutzt. Die Arbeit der Schülerräte wird im Mittel mit gut bewertet. Hierbei fällt auf, dass die Schüler/-innen in der Rolle von (stellv.) Schülersprecher/-innen tendenziell die Arbeit im Schülerrat schlechter benoten als die Schulleitung, die eine entferntere Position einnimmt. Beispielsweise wird an anderer Stelle durch die Berufsschulen die selbständige Arbeit der Schüler/-innenvertretung seitens der Schulleitung gelobt, seitens der Schüler/-innen stellt mangelnde Mitwirkungsbereitschaft der Gleichaltrigen jedoch eine Schwierigkeit dar. Absolut bewerten etwa 17% der Befragten die Arbeit der Mitwirkungsgremien als sehr gut, weitere 57% schätzen sie als gut, 23% als befriedigend und 3% als ausreichend ein (s. Grafik 17).

3.2.8 Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung der Schülerräte

Um Aussagen darüber treffen zu können, mit welchen Maßnahmen Schüler/-innen für ihre Arbeit im Schüler/-innenrat befähigt und qualifiziert werden und wie die Zusammenarbeit organisiert ist, wurden mehrere Fragen in teils geschlossener und teils offener Form gestellt (s. Grafik 18).

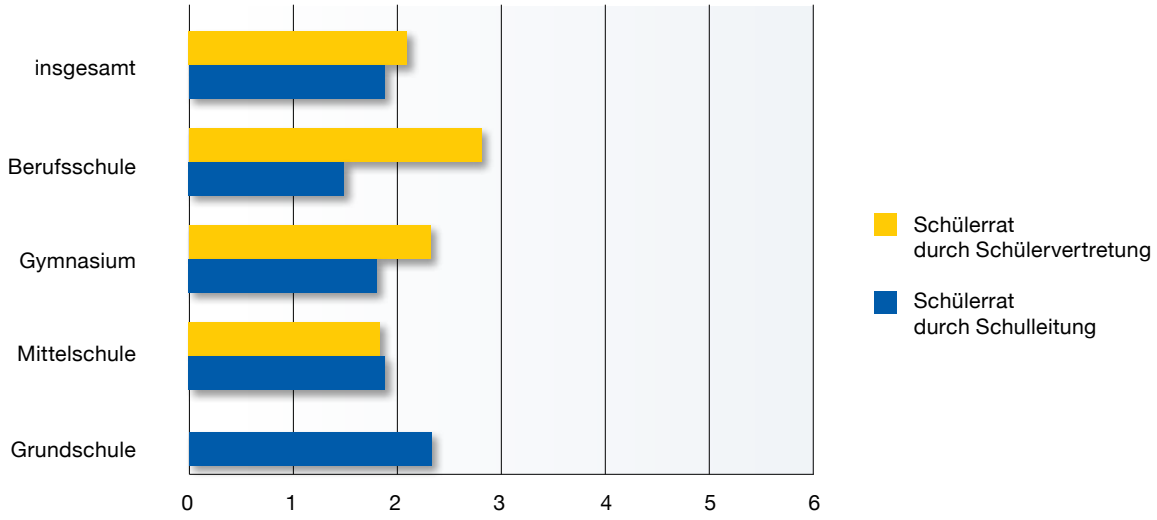
16.) Gemeinsame Aktivitäten mit Außenpartnern



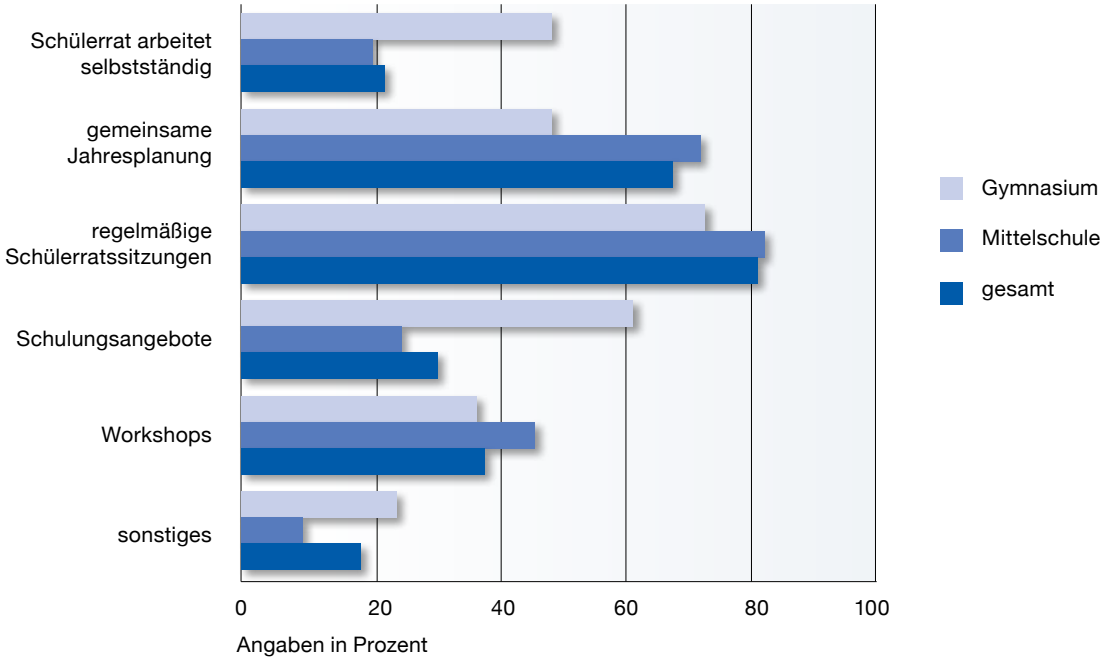
Anzahl der Nennungen je Kategorie

37 Gymnasium

17.) Einschätzung der Arbeit des Schülerrats (Mittelwerte)



18.) Arbeitsformen der Schülerräte



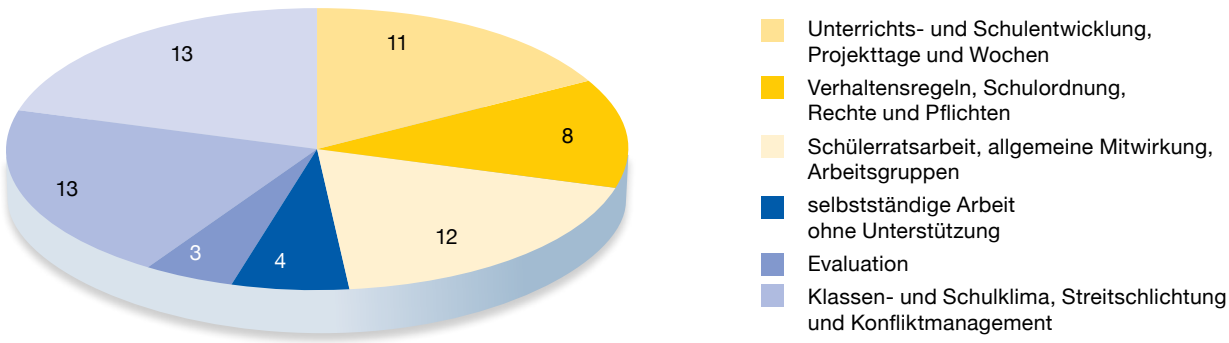
Etwa 80% aller Schülerräte arbeiten demnach in Form regelmäßiger Schülerratssitzungen, die durch erwachsene Personen begleitet und unterstützt werden, an den Themen und Problemlagen der Schülerschaft. Ebenfalls üblich und in den Mittelschulen konsequenter umgesetzt ist die Erstellung von Jahresarbeitsplänen, in denen konkrete Ziele und Maßnahmen vereinbart werden. Schulungsangebote mit externen Partnern gehören für 30% aller Schülerräte zum Qualifizierungsangebot hinzu, wobei die Gymnasien diese Möglichkeiten etwa doppelt so stark in Anspruch nehmen wie die Mittelschulen. Etwa mit gleichen Anteilen von 40% wird berichtet, dass die Schüler/-innen in Workshops an ihren Themen arbeiten bzw. für die Vertretungsarbeit fit gemacht werden. Weitgehend selbständig arbeiten 50% der Schülerräte in Gymnasien und etwa 20% in den Mittelschulen. Sonstige Maßnahmen bestehen aus jährlichen Seminarfahrten, Umfragen der Schüler/-innen und Lehrer/-innen, regelmäßigen Treffen mit der Schulleitung, der Teilnahme an pädagogischen Tagen sowie die Einladung von Mitschüler/-innen in die Schülerratssitzung.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit den Themen- und Problemstellungen, die an den Schülerrat herangetragen werden und bei deren Bearbeitung eine Unterstützung durch Lehrkräfte gegeben ist. Hierbei wurde ein enormes Spektrum an Sachthemen und sozialen Problemstellungen deutlich, in deren Lösungsbemühungen die Schülerinnen und Schüler über das Vertretungsgremium eingebunden werden. So geben die Befragten an, dass die Schüler/-innen in Projekte und Diskurse zur Verbesserung des Klassen- und Schulklimas, zur Konfliktprävention und Streitschlichtung aktiv eingebunden sind. Weitere Schwerpunkte sind die Entwicklung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen, allgemeine Bemühungen zur Verbesserung der Schülermitwirkung und Schülerratsarbeit sowie Prozesse der Schul- und Unterrichtsentwicklung und die Organisation von Projekttagen und -wochen. Die Mitwirkung bei der Erarbeitung von Verhaltensregeln und Hausordnungen, die Beteiligung an Evaluationen sowie die Aussage, keine Unterstützung durch Erwachsene zu erhalten, sind weitere Nennungen. Das Schaubild zeigt die zu Kategorien zusammengefassten Themenstellungen in ihrer relativen Nennhäufigkeit in der Stichprobe (s. Grafik 19).

3.2.9 Formen der Zusammenarbeit und Themen der Elternvertretung

Die befragten Eltern gaben an, dass sie regelmäßige Arbeitstreffen gemeinsam mit der Schulleitung durchführen und zu diesen Anlässen die relevanten Themen besprechen. Darüber hinaus wird sich zu Elternstamm-

19.) Anteile der Themen- und Fragestellung in der Schülerratsarbeit, bei deren Bearbeitung Lehrkräfte unterstützen



Anzahl der Nennungen je Kategorie

tischen bzw. unregelmäßigen Abstimmungen nach Bedarf verabredet. Fortbildungsangebote erreichen die Elternvertreter/-innen i.d.R. über den Stadt- und Landeselternrat. Gemeinsam mit Schüler/-innen und Lehrer/-innen arbeiten die Eltern an Frage- und Problemstellungen, wie bspw. dem Sanierungsbedarf der Gebäude, dem Lehrermangel, den hohen Ausfallzeiten an einigen Schulen sowie der Novellierung und Umsetzung der Hausordnung.

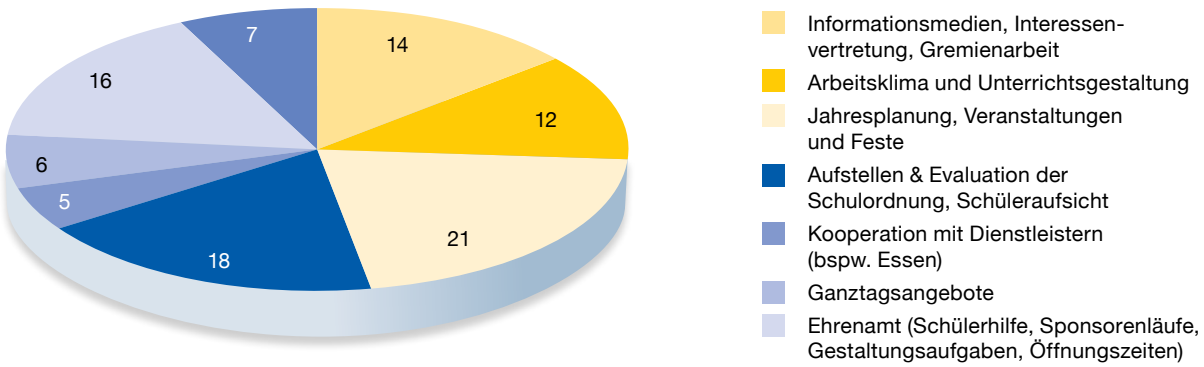
3.2.10 Beteiligungsfelder der Schüler- und Elternvertretung im schulischen Alltag

Alle Beteiligtengruppen wurden nach der tatsächlichen Beteiligung und Mitwirkung im schulischen Alltag gefragt. Hierbei wurde der Referenzrahmen einerseits zeitlich begrenzt, indem die konkrete Benennung gemeinsamer Projekte (Schüler/-innen, Lehrer/-innen und Eltern) innerhalb der letzten drei Jahre gewünscht war, andererseits thematisch und strukturell geöffnet, indem ausschließlich der Beteiligungsaspekt im Zentrum der Betrachtung stand. Mit welchen Themen und Fragen beschäftigen sich Eltern- und Schülerräte bzw. in welche Problem- und Themendiskurse werden diese Beteiligtengruppen automatisch eingebunden oder binden sie sich ein? Die Anzahl und Fülle der Antworten erzwang die Bildung von 9 Kategorien, die im folgenden Kreisdiagramm in ihrer relativen Häufigkeit abgebildet wurden. Dabei wird ein Spektrum sichtbar, welches von der Auswahl bzw. dem Wechsel des Essensanbieters, der Gestaltung und Festlegung von Fragen rings um die Ganztagsangebote, der ehrenamtlichen Mitarbeit an Schule bzw. bei schulischen Aktivitäten, dem Erarbeiten einer Hausordnung und Regelungen für die Schüleraufsicht bis hin zu Informationsmedien wie die Schülerzeitung oder Entscheidungsgremien wie die Schulkonferenz reicht (s. Grafik 20).

Die Schwerpunkte bilden hierbei die Entwicklung, Durchsetzung und Evaluation von Hausordnung, Diensten und Verhaltensregeln, die Mitwirkung an Planung und Umsetzung der Jahreshöhepunkte wie Jubiläen, Feste und Tage der offenen Tür sowie die Unterstützung schulischer Aktivitäten im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten wie die Absicherung von Öffnungszeiten der Schulbibliothek, das Renovieren von Räumen oder die Organisation von Spendenveranstaltungen und sozialen Projekten.

Mit der Frage, welche konkreten Projekte beteiligungsorientiert in den vergangenen drei Jahren an der Schule unter Mitwirkung von Lehrer/-innen, Eltern und Schüler/-innen umgesetzt wurden, sollten die Beteiligungsfelder mit Maßnahmen konkretisiert und an der Realität gemessen werden. Außerdem wurde hiermit

20.) Beteiligungsfelder der Schüler- und Elternräte



Anzahl der Nennungen je Kategorie

eine Abschätzung der Schwerpunkte gemeinsamer Aktivität möglich. Diese liegen im Bereich der schulischen Veranstaltungen, Jubiläen und Festlichkeiten, in konkreten Gestaltungsmaßnahmen sowie in der partizipativen Schulprogramm- und Unterrichtsgestaltung (s. Grafik 21).

3.2.11 Unterstützungswünsche für die Stärkung der Mitwirkungsgremien

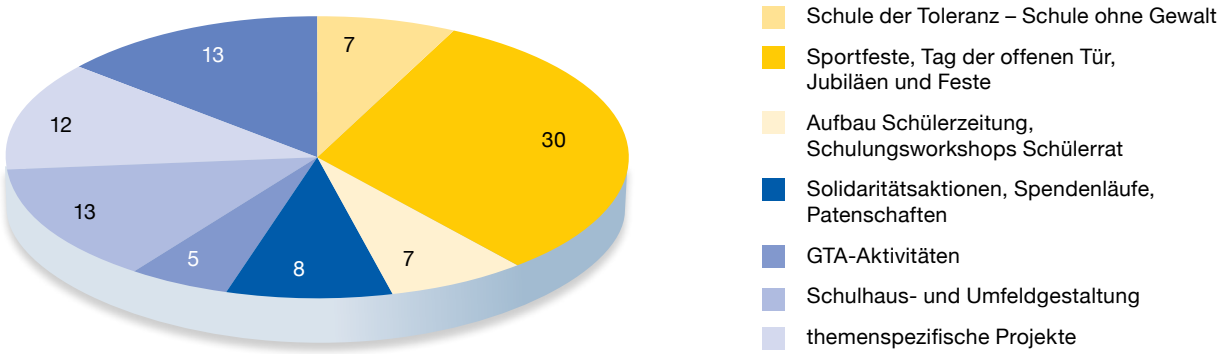
In der Befragung wurden hinsichtlich des erreichten Stands der Zusammenarbeit zahlreiche kooperative Prozesse und Projekte sowie etablierte Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung beschrieben. Für eine Abschätzung des weiteren Unterstützungsbedarfs demokratischer Schulentwicklung wurden alle Personen nach ihren Wünschen und Erwartungen gefragt. Die Antworten lassen sich sechs Kategorien zuordnen und behandeln die Punkte:

- einer ausreichenden und sicheren Finanzierung und Ausstattung von Schulen und außerschulischen Partnern,
- der Anerkennung und Wertschätzung geleisteter Arbeit,
- der Schulung, Qualifizierung und Begleitung der Schülersprecher/-innen in ihrer Tätigkeit als Interessensvertreter/-innen,
- dem Wunsch nach Workshops und Angeboten der demokratischen Bildungsarbeit (Streitschlichtung, Rhetorik, Entscheidungswege in der Stadt),
- dem Wissen um mangelhafte Motivation und Mitwirkungsbereitschaft von Schülerinnen und Schülern und der Hoffnung diese erhöhen zu können, sowie
- dem Bedarf nach Formen und Angeboten, um demokratische Mitbestimmung und Gremienarbeit in der Grundschule schrittweise mit Unterstützung aufbauen zu können.

3.2.12 Kooperationen mit Partnern der außerschulischen Bildung

Die Elternvertreter/-innen und die Schulleitung wurden ferner gefragt, inwiefern verbindliche Kooperationen mit Partnern der außerschulischen Bildung bestehen. Hierbei wurde verbindlich als Zusammenarbeit auf der Basis schriftlicher Kooperationsvereinbarungen und klarer Zielstellungen konkretisiert. In 69% der Fälle wurde diese Frage mit Ja beantwortet. Ein Blick auf die einzelnen Schularten offenbart Unterschiede. Durch die befragten Mittelschulen wird zu 100% eine Zusammenarbeit auf dieser Basis angegeben, bei den Gymnasien liegt dieser Wert lediglich bei reichlich 40%. Eventuell bildet sich in diesem krassen Unterschied der hohe Ausbaustandard der Schulsozialarbeit an Mittelschulen ab, durch den per se schriftliche Kontrakte

21.) Beteiligungsprojekte in den vergangenen drei Jahren



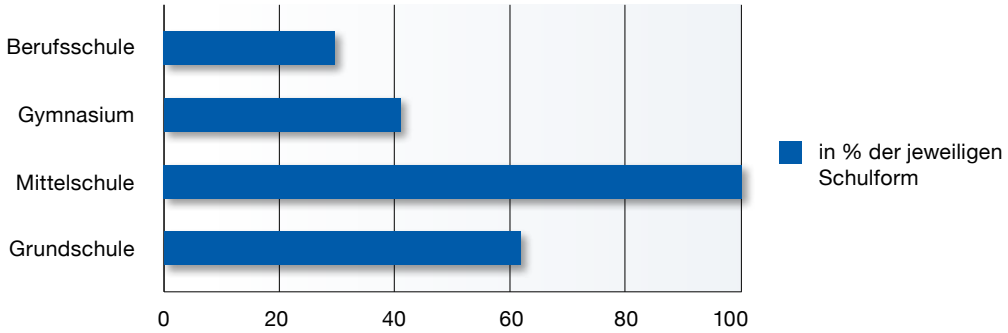
Anzahl der Nennungen je Kategorie

mit außerschulischen Partnern notwendig sind (s. Grafik 22).

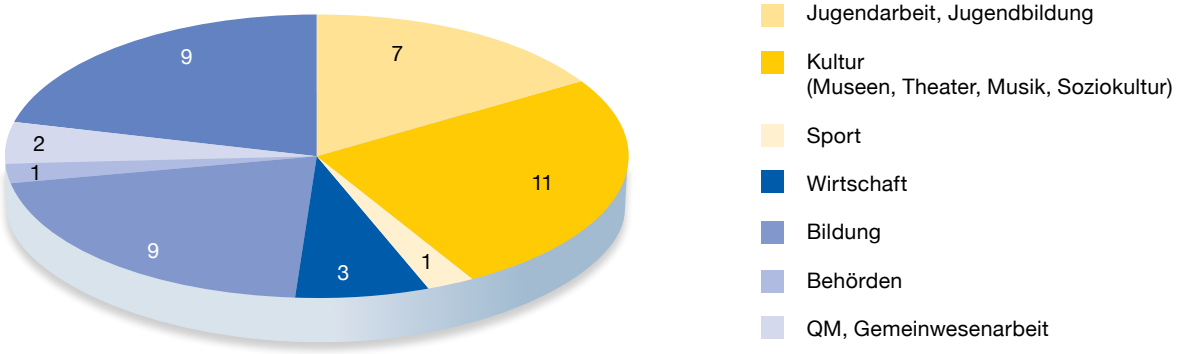
Im Fragebogen wurde weiterhin dazu aufgefordert, die konkreten Kooperationspartner zu benennen. Wie erwartet wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit i.d.R. aufgrund räumlicher, personeller und inhaltlicher Überschneidungen bzw. Nähe begründet wird und daher eine Vielzahl unterschiedlicher außerschulischer Organisationen und Initiativen die Schulen unterstützen und begleiten. Inwiefern es sich bei den Nennungen ausschließlich um Partner im Handlungsfeld demokratische Bildung handelt oder ob die Frage darüber hinaus durch die Befragten allgemein auf Vertragspartner bezogen wurde, lässt sich auf Basis des eingesetzten Instrument nicht restlos aufklären (s. Grafik 23).

Das Kreisdiagramm beschreibt die Verteilung übergeordneter Kategorien innerhalb der vorliegenden Antworten und zeigt die Schwerpunkte Bildung, Kultur, Soziales und Jugend deutlich auf.

22.) Existenz vertraglicher Kooperationen mit außerschulischen Partnern



23.) Vertragliche Kooperationspartner nach Kategorien



Anzahl der Nennungen je Kategorie

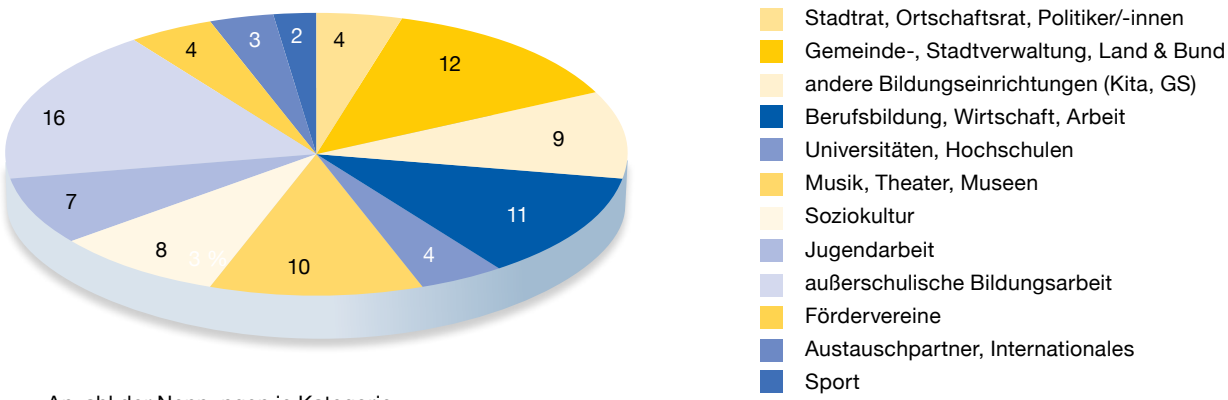
Den Schülervertreter/-innen wurde diese Frage in abgewandelter Form gestellt. Hier wurde danach gefragt, inwiefern regelmäßig außerschulische Angebote und Einrichtungen im Rahmen des Unterrichts oder der Ganztagsangebote aufgesucht und genutzt werden. Diese Fragestellung wurde durch 91% der Schüler/-innen bejaht. Ergänzend konnten die aufgesuchten Orte benannt werden. In absteigender Häufigkeit wurden hierbei Museen und Theater sowie Angebote der Jugendbildung benannt. Weiterhin nennen die Schüler/-innen Konzerte, Kunstausstellungen, Bibliotheken sowie Kirche, Sport und Kino.

Jenseits der vertraglichen Fundierung einer Zusammenarbeit pflegen Schulen als System und die beteiligten Gruppen und Personen Beziehungen zu anderen Organisationen und Initiativen und arbeiten regelmäßig mit weiteren Partnern zusammen. Dies kann im Rahmen konkreter Projekte, Exkursionen, schulischer Veranstaltungen, Fachberatung bzw. kollegialem Austausch usw. stattfinden. Im Kreisdiagramm werden wieder die relativen Anteile der benannten Außenpartner abgebildet. Um eine gewisse Übersichtlichkeit und Aussagekraft zu gewährleisten, mussten wiederum Rubriken gebildet werden. Mehrfachnennung konnten Kitas, Grundschulen und Horte, die Arbeitsagentur, Lions Quest, der Geyserhaus e.V., das Amt für Jugend, Familie und Bildung, die Gewerkschaft und deren Bildungsarbeit, Haus Steinstraße, Haus Anker, das Zeitgeschichtliche Forum sowie pokubi e.V. auf sich vereinen (s. Grafik 24).

Ausgehend von der benannten Vielfalt und dem Interesse an der spezifischen Wahrnehmung von Schüler/-innen, Eltern und Lehrer/-innen im Hinblick auf außerschulische Akteure wurde die Frage gestellt, welche Institutionen und Einrichtungen seitens des Systems Schule als zentrale und wichtige Akteure für das Feld der demokratischen Bildung wahrgenommen werden. Auch hier zwingt die Vielfalt der benannten Organisationen zur Bildung übergeordneter Kategorien. Durch eine Person wurde obendrein bemerkt, dass den Eltern hierzu keine Informationen vorliegen und eine Einschätzung bzw. Information seitens der Stadt hierzu dankbar angenommen würde. Im Kreisdiagramm sind in der Rubrik Stadt(-verwaltung) alle benannten Verwaltungseinheiten und politischen Gremien der Stadt Leipzig zusammengefasst. Bei den städtischen Einrichtungen wurden Bibliotheken, das Stadtgeschichtliche Museum und das Schulmuseum benannt (s. Grafik 25).

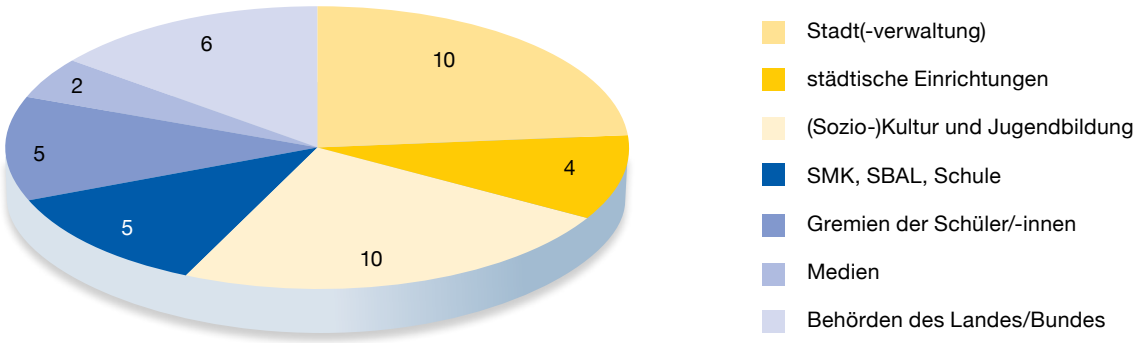
In die Kategorie (Sozio-)Kultur und Jugendbildung fließen Nennungen wie Zeitgeschichtliches Forum, Haus Steinstraße, Geyserhaus e.V., RAA e.V. und andere ein. Der Rubrik Gremien der Schüler/-innen wurden

24.) Außenpartner (kategorisiert), mit denen Schulen regelmäßig zusammenarbeiten



Anzahl der Nennungen je Kategorie

25.) Wichtige Organisationen (kategorisiert) im Themenfeld „Demokratische Bildung“



Anzahl der Nennungen je Kategorie

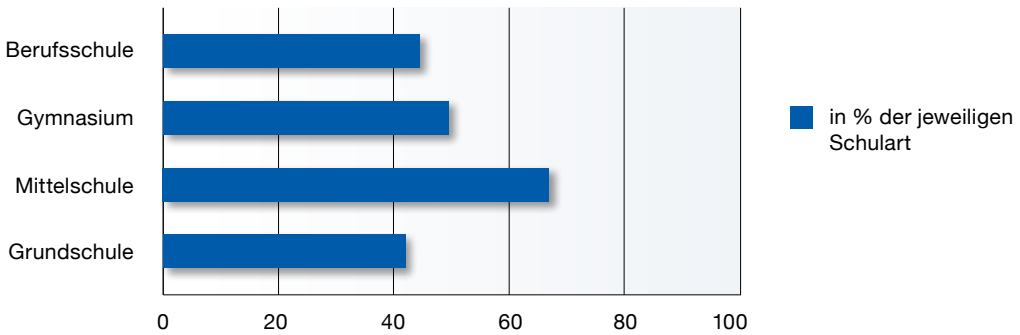
auch Unterstützungssysteme wie bspw. „Mitwirkung mit Wirkung“ zugeordnet. Unter die Kategorie Behörden des Bundes/Landes wurden Arbeitsagenturen, Polizei, Bundeswehr und ähnliche Nennungen subsumiert.

3.2.13 Spezifische Bedarfe für demokratische Bildungsarbeit

Schulen stellen zentrale Orte im Quartier dar, kommen mit zahlreichen Menschen unterschiedlichen Alters in Kontakt und halten stabile Beziehungen zu Einrichtungen in der Umwelt aufrecht, um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Auf Grundlage dieser Überlegungen wurden alle Beteiligtengruppen befragt, ob sie im Umfeld oder an der Schule selbst spezifische Bedarfe erkennen, auf die mit Angeboten der demokratischen Bildung reagiert werden sollte. Durch 58% der Befragten wird diese Frage bejaht und themenspezifische Unterstützung eingefordert. Die Antworten lassen den Schluss zu, dass die entsprechenden Problemlagen an Mittelschulen stärker vorhanden sind bzw. wahrgenommen werden.

Durch die Grundschulen werden verstärkt Bedarfe in den Handlungsfeldern Medienerziehung, Förderung des sozialen Miteinanders und Gewaltprävention sowie Umwelterziehung und nachhaltiges Zusammenleben benannt (s. Grafik 26).

26.) Bedarfsanzeige für demokratische Bildungsarbeit



Die Mittelschulen melden mit absteigender Häufigkeit Cybermobbing, Gewaltprävention, Mobbing und Medienerziehung sowie mit größerem Abstand Rechtsextremismus, Drogenprävention sowie Soziale Trainingskurse als Bedarfe an. Ähnlich lesen sich die Zahlen für die Gymnasien, zumindest in den Schwerpunkten neue Medien/Internet. In absteigender Häufigkeit wird Bedarf hinsichtlich Cybermobbing und Medienerziehung angezeigt, benannt werden ferner Rechtsextremismus, Mobbing und Gewaltprävention. Die Berufsschulen konkretisieren ihren Bedarf hinsichtlich Cybermobbing und Mobbing sowie Antidiskriminierungsarbeit.

3.2.14 Unterstützungswünsche für die Entwicklung der Schulen im und mit dem Quartier

Ausgehend von der Erhebung spezifischer Bedarfe wurden die Befragungspartner gebeten, konkrete Unterstützungswünsche für die weitere Entwicklung im und mit dem Quartier zu formulieren. Etwa ein Drittel der Befragten antwortete auf diese Frage und benannte deutlich den Bedarf an Workshops und Projektangeboten der Demokratiebildung, der Medienkompetenzbildung sowie der Prävention und Sensibilisierung für alle Formen des Mobbing. Ebenfalls mehrfach wurden konkrete Unterstützungsleistungen für die Schülergremien (Schulungen, Unterstützung und Erarbeitung klarer Wahlgrundlagen, Öffentlichkeit) angemahnt. Mit Abstand folgen die Wünsche nach Unterstützung für Expertengespräche an den Schulen (bspw. aus der Politik), Diskussionsrunden und Exkursionen, nach Präventionsprojekten (Gewalt, Drogen, Extremismus) im Unterricht, nach einem Ausbau der Schulsozialarbeit und einer besseren Zusammenarbeit der Unterstützungssysteme an der Schwelle zum Beruf.

4. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

In Leipzig gestaltet ein breit ausdifferenziertes Spektrum an Organisationen, Initiativen und Einrichtungen Angebote zur Demokratieentwicklung und demokratischen Bildung und richtet sich hierbei zumeist an Kinder und Jugendliche als Hauptzielgruppe.

Die befragten Organisationen bieten ihre Leistungen im Themenfeld mehrheitlich auf der Grundlage projektfinanzierter Vorhaben an und setzen diese i.d.R. mit befristetem Personal und ehrenamtlicher Unterstützung in Kleinteams (1-2 VZÄ) um. Aus Bundes- und Landesprogrammen sowie durch Stiftungen werden die Hauptanteile der verfügbaren Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Die Organisationen und Initiativen konzipieren ihre Angebote überwiegend in Seminarform bzw. als Workshops und setzen diese mehrheitlich als Bestandteile von befristeten Projekten um. Die Angebote haben präventiven Charakter und werden mit dem Ziel der Unterstützung und Ausprägung einer (selbst)verantwortlichen, solidarischen, reflexiven und autonomen Lebensführung als Grundlage einer gelingenden demokratischen Partizipation konzipiert.

Die Formen variieren hierbei je nach Anbindung und Zielgruppenzugang von der reinen Wissensvermittlung, über Kompetenztrainings bis hin zu praktischen Erlebnissen im Zuge von Beteiligungs- und Gestaltungsprojekten im sozialen Nahraum.

Die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen und die Stärkung von Vielfalt werden zumeist in Angeboten für Kinder und Jugendliche thematisiert, in öffentlichen Veranstaltungen und Kampagnen der appellative Zugang zur gesamten Bürgerschaft gesucht.

Erwachsene und Senioren stellen stärker als Mitstreiter/-innen in Initiativen und Bündnissen die Zielgruppe für demokratische Bildungsarbeit dar, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die für ehrenamtliches und couragiertes Engagement zu gewinnen und darin zu unterstützen sind.

In Leipzig existiert auf gesamtstädtischer Ebene kein Arbeitskreis oder eine vergleichbare Vernetzungsstruktur, die Akteure der demokratischen Bildung in kontinuierlicher Form zusammenführt. Hieraus resultiert die Problemlage, das keine umfassende Übersicht über Organisationen und Initiativen, deren Kompetenzen, Angebote und Vertiefungsfelder vorhanden ist, auf die Nutzer/-innen, potentielle Projektpartner oder Untersuchungen zurückgreifen können.

Durch die Befragten wird die Notwendigkeit zur fachlichen Vernetzung in der Stadt Leipzig mit der Erwartung

formuliert, dass sich Akteure im Handlungsfeld aktiv einbringen können und kontinuierlich an Anforderungen, Themen und Bedarfen gearbeitet wird.
Bedingt durch das fehlende „Fachforum“ auf städtischer Ebene bestehen kein Austausch und keine Klarheit zur Notwendigkeit und Dringlichkeit spezifischer Angebotsformen und -inhalte. Eine bedarfs- bzw. belastungsorientierte sozialräumliche Perspektive sowie das mittelfristige Bearbeiten konkreter Problemlagen im städtischen Raum konnten sich daher bisher nicht ausprägen.
Bildung für Demokratie ist, wie in dieser Studie beschrieben, ein potentiell nicht abgrenzbares Arbeitsfeld, da sämtliche kompetenzfördernden, wissensvermittelnden und erfahrungsorientierten Maßnahmen die Teilhabemöglichkeiten und Perspektiven einer Person in der demokratischen Gesellschaft verbessern helfen. Der soziale Bezugsraum mit den handelnden Akteuren bietet die Option zur Aushandlung eines Orientierungsrahmens, in dem Angebotsinhalte und –formen sowie Arbeitsweisen und die fachlichen Grundlagen dessen, was vor Ort unter demokratischer Bildung verstanden wird, beschrieben werden.
In den Schulen der Stadt Leipzig geniest demokratische Bildung sowie das Leben einer demokratischen Schulkultur einen hohen Stellenwert. Zur Unterstützung werden gemeinsame Vorhaben mit Schüler/-innen, Eltern und Lehrer/-innen geplant und umgesetzt, thematische Projekttage und -wochen organisiert sowie spezifische Angebote der Schulung und Fortbildung für die gesetzlichen Vertretungsgremien durchgeführt.
Beteiligungsvorhaben in den Schulen setzen primär an Themen des Zusammenlebens, der Gestaltung schulischer Objekte und Räume, der Veranstaltungs- und Festorganisation, der Aufstellung von Regeln und Normen an und widmen sich eher selten den Kernbereichen von Schule wie bspw. der Schulprogrammarbeit und der Unterrichtsgestaltung.
Unterrichtsergänzende Angebote und Maßnahmen werden häufig in Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern, bei etwa 70% auf der Basis schriftlicher Vereinbarungen, durchgeführt. Dies beginnt in der Zusammenarbeit bei Ganztagsangeboten und der Ausgestaltung des Schulclubs, führt über die Organisation von Projektschultagen und thematischen Veranstaltungen bis zu konkreten Ausbildungen, Trainings und Fortbildungen (Streitschlichter, Anti-Aggression, Schülerratsschulung).
Durch die Schulen (Schüler/-innen, Eltern, Schulleitung) wird kontinuierlich und anlassbezogen ein Unterstützungsbedarf (Informationsabende, Fortbildung, Projekte) in den Themen Medienerziehung, Mobbing und Cybermobbing, sozialer Umgang in Gruppen und Gewaltprävention angezeigt. Vor allem in Bezug auf neue Medien, Nutzung sozialer Netzwerke sowie Mobbing im Internet wünschen sich Eltern Informations- und Unterstützungsangebote, die seitens der Schulen in dieser Form nicht realisiert werden können.
Von Seiten der Grundschulen werden Unterstützungsangebote und Konzepte nachgefragt, wie demokratische Beteiligung und Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern frühzeitig angeregt, aufgebaut und institutionell verankert werden kann.

5. Handlungsempfehlungen für die Entwicklung des Arbeitsfelds demokratische Bildung durch die Stadt Leipzig

Für die Ausrichtung und Entwicklung des Handlungsfelds der demokratischen Bildung in Leipzig und die Formulierung des Auftrags für das Zentrum für demokratische Bildung [ZDB] können auf Basis dieser Ist-Stands-Analyse sowie der geäußerten Erwartungen und Bedarfe die folgenden Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Hierbei wurde auf Basis des Materials einerseits der Versuch unternommen, eine Priorisierung anhand von Dringlichkeiten vorzunehmen sowie andererseits notwendige Entwicklungsschritte im Zeitverlauf abzubilden und dem Prozesscharakter gerecht zu werden.

5.1 Kurzfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2013):

Diese Studie bildete den Auftakt zu einer Beteiligung der Adressaten und Akteure im Handlungsfeld der demokratischen Bildung. Das Beteiligungsniveau sollte qualitativ verbessert und als Standard der Zusammen-

arbeit ausgebaut werden. Primär in der schriftlichen und mündlichen Befragung außerschulischer Bildungsakteure wurde die ***Schaffung einer tragfähigen Vernetzungsebene*** in der Stadt Leipzig eingefordert. Der Auftakt hierzu sollte mit der transparenten Kommunikation der Zielstellungen, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten des Zentrums für demokratische Bildung und mit der Bildung eines Initiativkreises „Demokratische Bildung“ gesetzt werden. Innerhalb dieses Gremiums sollten in einem Aushandlungsprozess die Erwartungen und Zielsetzungen für die gemeinsame Arbeit verbindlich definiert werden. Der Initiativkreis ist mit den Akteuren, die sich beteiligen und einbringen, arbeitsfähig, gibt sich Programm, Struktur und Sinnkonstruktion.
Das ZDB sollte in diesem Prozess eine moderierende, ermöglichende Rolle einnehmen und für das entstehende Netzwerk die ***Funktion einer Geschäftsstelle*** wahrnehmen. Dies umfasst nach innen gerichtet insbesondere notwendige Servicefunktionen (Einladung, Räume, Agendaplanung, Protokoll, Kommunikationsschnittstelle etc.), nach außen gerichtet den Aufbau und die Gewährleistung einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit sowie die Ansprechbarkeit für Adressaten und interessierte Dritte.
Ferner werden für das ZDB der Aufbau und der Betrieb einer ***Onlineplattform*** empfohlen, die Adressaten und Akteuren gleichermaßen Informationen zur Verfügung stellt. In einer ersten Ausbauphase sollte die Webpräsenz Kontaktinformationen, Trägerprofile, Referentendatenbank, Förderinformationen und Veranstaltungshinweise enthalten, über eine Schnittstelle zu sozialen Netzwerken verfügen und mittels eines regelmäßig erscheinenden Newsletters in die (Fach)Öffentlichkeit kommunizieren. Ergänzend sollte dieses Portal den Austausch im Netzwerk bündeln und interne Bereiche zur gemeinsamen Arbeit und Diskussion zur Verfügung stellen.
Die Onlineplattform stellt für das Themen- und Aufgabenfeld den zentralen und eindeutigen Kommunikationsweg dar. Um in diesem Sinne strategisch das Thema transportieren sowie die Bürgerschaft der Stadt erreichen und einbinden zu können, ist es zeitgleich dringend notwendig, dass seitens der Verwaltung bisher parallel laufende Prozesse und Maßnahmen im ***ZDB als Kompetenzzentrum*** gebündelt und über diesen Zugangsweg verfügbar gemacht werden. Hierzu müssen Kompetenzen und Verantwortungsbereiche klar gekennzeichnet und Ansprechpartner/-innen zugeordnet werden. Eine ***zentrale Antrags- und Fördermittelberatung*** für Projekte und Maßnahmen im Themenfeld, beginnend mit den städtischen Programmen und stetig steigender Beratungskompetenz, stellt die logisch folgende Ausbaustufe eines ZDB dar.
Die Stärkung der Demokratie in der Gesellschaft und der Nachbarschaft, die Demokratieentwicklung in Institutionen und Organisationen ist eine beständige Aufgabe und Herausforderung, die Engagement, Hingabe und zuweilen auch Zivilcourage erfordert. Als gesamtgesellschaftliches Gut sollten zentrale Meilensteine, individuelles Engagement und organisatorische Veränderungsprozesse mit einer ***öffentlichen Anerkennungskultur*** verknüpft werden. Die Rahmenbedingungen und die konkrete Ausgestaltung sollten beteiligungsorientiert abgestimmt werden.

5.2 Mittelfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2014):

Das ZDB sollte als Geschäftsstelle das Netzwerks für den ***Wissens- und Erfahrungstransfer aus Wissenschaft und Praxis*** anderer Regionen und Länder in den Diskurs- und Kommunikationszusammenhang vor Ort die Verantwortung übernehmen und somit die Fachdiskussion zu didaktischen Konzepten, Adressatengerechtigkeit, Partizipation usw. befördern und qualifizieren. Hierzu ist einerseits die regelmäßige Analyse des Arbeitsstands und des Bedarfs in der Stadt Leipzig notwendig (Evaluation, Praxisreflektion im Netzwerk etc.), andererseits das Monitoring aktueller Entwicklungen in Wissenschaft und Praxis sowie die Teilnahme an Fachveranstaltungen und einschlägigen Vernetzungsgremien.
Auf Grundlage der fachlichen Zusammenarbeit im städtischen Netzwerk „Demokratische Bildung“ sollte frühzeitig ein zielorientierter Diskussionsprozess zur Entwicklung und Konkretisierung eines ***Fachkonzepts „Demokratische Bildung“ als Säule der kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“*** im Handlungsfeld begonnen werden. Dieses sollte in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden und sich systematisch und durchgängig im Verwaltungshandeln

der Stadt sowie in den konzeptionellen Grundlagen und deren Umsetzung von Trägern abbilden, die kommunal gefördert werden.

Darauf aufbauend sollte sich die kommunale Gesamtstrategie auf die ***Förderbestimmungen und -verfahren*** der Stadt Leipzig auswirken. Dies kann bspw. in der Form konkreter Mindestanforderungen zur Demokratiebildung oder Jahresthemen und Schwerpunktsetzungen als Fördervoraussetzung erfolgen. Auf der Basis bestehender Haushaltsverpflichtungen könnte hierbei ein maximaler Steuerungs- und Lenkungseffekt erzielt werden.

In der Bestandsanalyse sind Angebotslücken in zentrumsfernen Stadtteilen außerhalb der Nord-Süd- und Ost-West-Achsen deutlich erkennbar. Diese Gebiete werden weder durch kommunale Einrichtungen noch nichtstaatliche Initiativen und Vereine in nennenswertem Ausmaß in der Angebotsplanung berücksichtigt. Das ZDB sollte im Diskurs mit Bildungsakteuren nach Wegen und Möglichkeiten suchen, eine ***bessere sozialräumliche Ausgewogenheit*** zu erreichen und dieses Kriterium stärker zu berücksichtigen.

Für die demokratische Bildungsarbeit wird der soziale Nahraum als große Ressource wahrgenommen, so dass seitens der Akteure ein Bedarf der ***Initiierung, Unterstützung und Vernetzung von Bildungsprozessen in den Quartieren*** angezeigt wird. Auf dieser Ebene können weitere Erwartungen eingelöst werden, so z.B. die Einbeziehung breiterer Bevölkerungsgruppen in die Bildungsarbeit (Senior/-innen, Bürger/-innen, Alleinerziehende, etc.), die erlebbare Mitwirkung insbesondere von Jugendlichen an städtischen bzw. sozialräumlichen Entwicklungsprozessen, die Nutzung der vorhandenen Potentiale der lokalhistorischen Spurensuche sowie die Zusammenführung von Adressaten in intergenerativen Projekten. Das Amt für Jugend, Familie und Bildung verfügt mit den ***Koordinatoren für Jugend und Bildung*** über personelle Ressourcen und Zugänge, die entsprechend multiplizierend und unterstützend wirken können.

5.3 Langfristige Handlungsempfehlungen (Implementierung bis Ende 2016):

Als ein Element des Fachkonzepts „Demokratische Bildung“ sollten Qualitätsstandards bzw. konkrete Aussagen zur Qualität demokratischer Bildungsprozesse entwickelt und verankert werden. Im Rahmen eines ***kommunalen Qualitätsentwicklungsprozesses*** können einerseits Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikator/-innen auf Basis eines Curriculums umgesetzt, andererseits außerschulische Bildungsakteure im Handlungsfeld „zertifiziert“ werden. Diese „Zertifizierung“ sollte in der Praxis genutzt werden, um seitens der Stadt Leipzig die Zugänge in formale Bildungseinrichtungen zu erleichtern und zu befördern. Weiterhin würde die Mitwirkung am Qualitätsentwicklungsprozess für Nutzer/-innen und Adressaten ebenso wie für Eltern, Lehrer/-innen und andere Interessierte eine wichtige Orientierungsfunktion übernehmen können.

Zur Sicherung von ***Kontinuität und Expertise in Schlüsselbereichen*** der demokratischen Bildung sollte auf Basis des erarbeiteten Fachkonzepts ein Prüfverfahren periodisch vollzogen werden, mit welchem erstens notwendige Leistungsfelder und Angebote definiert und nach Prioritäten gewichtet, zweitens die bestehende Angebots- und Akteurslandschaft anhand der Leistungsbereiche und deren Finanzierungsquellen analysiert und drittens auf Grundlage der Prioritätensetzung Schwerpunkte in der Kommune verstetigt und entsprechend kommunal finanziert werden, um Kompetenzverluste in der Stadt aufgrund auslaufender Förderung Dritter zu vermeiden.

6. Erwartungen und Wünsche an bzw. aus dem System der formalen Bildung

In der Erhebung und in Gesprächen mit einzelnen Akteuren im Feld sind Erwartungen und Wünsche sowie Hinweise und Empfehlungen für den bzw. aus dem Bereich der formalen Bildung formuliert worden, die unmittelbar nach den abschließenden Handlungsempfehlungen dargestellt werden sollen. Insbesondere für außerschulische Bildungsakteure und Unterstützungssysteme des Lernorts Schule finden sich zahlreiche inhaltliche und strukturelle Wünsche und Erwartungen, die vor Ort in der konkreten Konzeption und Ausgestaltung eigener Bildungsvorhaben eingelöst und durch die

Stadt Leipzig befördert und unterstützt werden können. Auf Basis einer unbürokratischen Anzeige von Unterstützungsbedarfen in Kindertagesstätten und Schulen sollten entsprechende Angebote (Beratung, Fortbildung, Coaching, Moderation, Mediation) angefordert werden können, die kostenfrei, zeitlich befristet und auf Basis einer konkreten Zielvereinbarung mit den Einrichtungen Prozesse der Demokratieentwicklung bzw. als anlassbezogene Krisenintervention eine externe Begleitung sicherstellen. Hierzu könnte beim ZDB ein Budget gebildet sowie die Auftragsklärung angebunden werden.

Die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, mit Fragen der Zukunft und gesellschaftlichen Diskursen kommt aus Sicht der Interviewpartner/-innen in den Schulen häufig zu kurz. Dies hat zahlreiche, jenseits des Einflussbereichs der konkreten Schule liegende Ursachen und soll hier nicht monokausal eingeordnet und delegiert werden. Es soll hier lediglich die Verantwortung des Systems Schule für die lebensweltliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Diskursen und Streitfragen sowie das enorme Potential dieses Lernorts für die Wertevermittlung unterstrichen werden.

Von den Gesprächspartnern in den Schulen wird eine mangelnde Übersicht und Orientierung zu den Angeboten externer Bildungsakteure, deren Qualität und Inhalten beklagt und ein städtischer Qualitätsrahmen als Hilfestellung vorgeschlagen. Dies schließt an die Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung im Handlungsfeld „Demokratische Bildung“ an.

Leipziger Schulen nehmen bereits umfangreiche Unterstützungsangebote zur Stärkung der Arbeit der Schülervertretung wahr und kooperieren in diesem Feld mit außerschulischen Bildungsakteuren. Über den Ist-Stand hinaus besteht Bedarf nach verlässlichen Unterstützungsangeboten für die Schulung und Qualifizierung der Schülervertretungsgremien.

Für das Engagement in den Schülerräten werden die Entwicklung einer übergeordneten Anerkennungskultur sowie die Einbeziehung des Stadtschülerrats in kommunale Prozesse und damit dessen Aufwertung angeregt. Die aktuell geringe Strahlkraft der Schülervertretungsarbeit führt dazu, dass durch engagierte Schüler/-innen mangelnde Unterstützung aus der breiten Schülerschaft und ein „Alleinkämpferdasein“ beklagt wird.

Für den ausdifferenzierten und attraktiven Hochschulstandort Leipzig, der für mehr als 35.000 Student/-innen den Bildungs- und Lebensmittelpunkt bildet, wird die Schaffung eines Studierendenbeirats angeregt, um der Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe für die Entwicklung der Stadt sowie den spezifischen Bedürfnissen und Lebenslagen Studierender vor Ort stärker Rechnung tragen zu können.

7. Anlage 0 – Akteure und Expert/-innen in der Stichprobe

7.1 Befragungsteilnehmer/-innen außerschulische Bildungsakteure

- Volkshochschule Leipzig
- Leipziger Kinderbüro des Deutschen Kinderschutzbund OV Leipzig e.V.
- Deutscher Familienverband Kreisverband Leipzig e.V.
- Förderverein pro Kinder- und Jugendliche e.V.
- IBIZ e.V.
- Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bund e.V.
- Fraktion des Stadtrats
- Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.
- Haus der Demokratie Leipzig e.V.
- Theatrium Leipzig des großstadtKINDER e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Leipzig-Nordsachsen
- Antidiskriminierungsbüro e.V.
- Zeitgeschichtliches Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
- Verein zur Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Arbeitswelt in Sachsen e. V. (KOWA Leipzig)
- Sowie zwei weitere Organisationen ohne Angabe der Trägerbezeichnung

7.2 Befragungsteilnehmer/-innen Schulen

- Immanuel-Kant-Schule - Gymnasium der Stadt Leipzig
- Susanna-Eger-Schule - Berufliches Schulzentrum der Stadt Leipzig
- Alfred-Kästner-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Lessingschule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 66. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Marienbrunner Grundschule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Friedrich-Schiller-Schule - Gymnasium der Stadt Leipzig
- Gustav-Hertz-Schule - Gymnasium der Stadt Leipzig
- 35. Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- BSZ 1 Leipzig - Berufliches Schulzentrum der Stadt Leipzig
- Wilhelm-Busch-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 60. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 16. Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- 68. Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Schule Portitz - Grundschule der Stadt Leipzig
- Heinrich-Mann-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Karl-Liebknecht-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 120. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 33. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 39. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Thomasschule zu Leipzig - Gymnasium der Stadt Leipzig
- Theodor-Körner-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- 84. Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Astrid-Lindgren-Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Heinrich-Pestalozzi-Schule - Schule zur Lernförderung
- 90. Schule - Grundschule der Stadt Leipzig
- Schule am Adler - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Sportmittelschule Leipzig - Mittelschule der Stadt Leipzig
- 56. Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Mittelschule Liebertwolkwitz - Mittelschule der Stadt Leipzig
- 20. Mittelschule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Leipzig Kolleg
- Wladimir-Filatow-Schule - Förderschule für Blinde und Sehbehinderte
- Wilhelm-Ostwald-Schule - Gymnasium der Stadt Leipzig
- Sportgymnasium Leipzig
- Grundschule Holzhausen - Grundschule der Stadt Leipzig
- BSZ 12 Leipzig - Berufliches Schulzentrum der Stadt Leipzig
- Mittelschule Wiederitzsch - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Apollonia-von-Wiedebach-Schule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Lene-Voigt-Mittelschule - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Mittelschule Mölkau - Mittelschule der Stadt Leipzig
- Freie Schule Leipzig
- Werner-Heisenberg-Gymnasium Leipzig
- Johannes-Kepler-Gymnasium Leipzig
- Sowie zwei nicht namentlich zuordenbare Rückläufer

7.3 Befragungsteilnehmer/-innen Experteninterviews

- Erich-Zeigner-Haus e.V.
- Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.
- Initiativgruppe Jugendparlament
- Bürgerverein Messemagistrale e.V.
- Haus und Kunst Wiederitzsch e.V.
- Komm-Haus, Kultureinrichtung der Stadt Leipzig
- Student/-innenrat der HTWK Leipzig
- Stadtschülerrat Leipzig

8. Anlage 1: Befragungsinstrument außerschulische Bildungsakteure

Fragebogen zum Thema: demokratische Bildung in Leipzig

Dieser Fragebogen wurde gemeinsam vom Sachgebiet „Zentrum für demokratische Bildung“ (Im Amt für Jugend, Familie und Bildung) und der Stabsstelle Lernen vor Ort Leipzig erarbeitet. Mit dieser Erhebung verfolgen wir die Zielsetzung, den aktuellen Stand der Bildungsarbeit für demokratische Teilhabe und Demokratieentwicklung in öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Initiativen zu erfassen. Die Erhebung wird durch eine zweite Phase, qualitativ strukturierte Experteninterviews, im ersten Quartal 2012 ergänzt. Gemeinsam bilden die Ergebnisse die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Arbeitsprogramms des Sachgebiets „Zentrum für demokratische Bildung“ und die Formulierung eines Fachkonzepts „Demokratische Bildung in Leipzig“. Ziel ist es somit, einen Überblick über die bereits bestehenden umfangreichen Angebote zu geben, Herausforderungen zu benennen und Veränderungsvorschläge zur Diskussion zu stellen.

Dieser Fragebogen enthält geschlossene, standardisierte sowie offene Fragen. Wir möchten Sie bitten und ermuntern, insbesondere die offenen Fragen zu nutzen, um uns Ihre Einschätzungen und Wahrnehmungen mitzuteilen.

Die Beantwortung kostet Sie max. 60 Minuten ihrer Zeit. Bitte lesen Sie sich jede Frage sorgfältig durch und beantworten Sie sie soweit es Ihrem Kenntnisstand bzw. Ihrer Einschätzung entspricht.

Bei vielen Fragen ist Ihre persönliche Einschätzung von Interesse, es geht nicht darum ob sie 100% mit den objektiven Gegebenheiten übereinstimmt.

Alle Antworten werden absolut vertraulich und anonym ausgewertet.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen an die „Stabsstelle Lernen vor Ort“ der Stadt Leipzig zurück. Hier ist das Aktionsfeld Demokratie und Kultur für die Befragung zuständig und Herr Tobias Habermann Ihr Ansprechpartner:

- ➔ Per E-Mail: tobias.habermann@leipzig.de
- ➔ Per Post: Stadt Leipzig
Stabsstelle „Lernen vor Ort“
04092 Leipzig
- ➔ Per Fax: 123 47 75
- ➔ Haben Sie Rückfragen zur Erhebung? Sie können Herrn Habermann unter 0341 / 123 4780 kontaktieren.

Die elektronische Erfassung und Auswertung der Befragung können Sie durch einen Rückversand per E-Mail unterstützen.

Teil I „Demokratische Bildung“ in Leipzig

1. Bitte schätzen Sie die vorhandenen Angebote (Veranstaltungen, Projekte, Maßnahmen) im Themenfeld „demokratische Bildung“ in der Stadt Leipzig anhand folgender Kriterien nach Schulnoten (1 sehr gut, 6 ungenügend) ein! Bitte tragen Sie Ihre Einschätzung in das entsprechende Feld ein.

   Vielfalt der angebotenen Themen

   Relevanz der bearbeiteten Themen

   Aktualität der Inhalte und Ansätze

   Vielfalt der gewählten Formate, Zugänge und Methoden

   Erreichbarkeit für Interessierte

   Barrierefreiheit hinsichtlich des Zugangs, Tageszeiten, Räumlichkeiten

   Öffentliche Wirkung und Wahrnehmung

2. Welchen konkreten Handlungsbedarf sehen Sie in der Ausgestaltung demokratischer Bildungsangebote in der Stadt Leipzig?

3. Welche Erwartungen haben Sie an das Sachgebiet „Zentrum für demokratische Bildung“ des Amtes für Jugend Familie und Bildung der Stadt Leipzig in der Profilierung und Entwicklung dieses Arbeitsfelds?

4. Wie informieren Sie sich über Angebote der demokratischen Bildung? Bitte beschränken Sie sich auf die wichtigsten zwei Informationsquellen!

5. Welche Einrichtungen/ Initiativen nehmen Sie als die wichtigsten inhaltlichen Kapazitäten/ Ressourcen im Arbeitsfeld wahr? Bitte beschränken Sie sich auf die Nennung von max. 3.

6. Welche inhaltlichen Schwerpunkte und Herausforderungen für die Stadt Leipzig sehen Sie persönlich in der Ausgestaltung demokratischer Bildungsarbeit in den kommenden Jahren?

Teil II Fragen zu Angeboten/Aktionen ihrer Organisation

7. Beschreiben Sie bitte in wenigen Worten das **Selbstverständnis** Ihrer Einrichtung/Institution?

8. **Welche Zielsetzungen** verfolgen Sie mit den Angeboten im Bereich der demokratischen Bildungsarbeit?

9. Bitte kreuzen Sie an, **welchen Wirkungskreis** ihre Organisation mit den Angeboten der demokratischen Bildung im Regelfall entfaltet? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ geschlossene Angebote für unsere Zielgruppe/ NutzerInnen
- ☐ Stadtweiter Wirkungskreis
- ☐ sachsenweiter Wirkungskreise
- ☐ Quartier/ Stadtviertel
- ☐ Stadt und angrenzende Region/ Landkreise
- ☐ bundesweiter Wirkungskreis

10. **Welche Inhalte und Themen** werden in den Programmen und Angeboten (Workshops, etc.) aufgegriffen und vermittelt? Bitte nennen Sie die wichtigsten Drei!

- ☐ Speziell für die Altersgruppe bis 17 Jahren
- ☐ Speziell für die Altersgruppe zwischen 18 und 27 Jahren
- ☐ Speziell für die Altersgruppen ab 27 Jahren

11. a) **Wie viele** Veranstaltungen/Angebote der demokratischen Bildung haben Sie in Ihrer Einrichtung innerhalb eines Jahres durchgeführt und **welcher Angebotskategorie** lassen sich diese zuordnen? (Nutzen Sie bei stark schwankender Angebotszahl bitte zur Orientierung das laufende Kalenderjahr 2011)
b) Wo finden Ihre Veranstaltungen/Angebote statt? **Bitte führen Sie die gleiche Veranstaltung nicht unter verschiedenen Rubriken auf.**

Achtung: Uns ist bewusst, dass die Angebotskategorien in den verschiedenen Institutionen unterschiedlich benannt werden. Bitte nutzen Sie daher die Kategorie „Andere“, wenn Sie sich innerhalb der benannten Kategorien mit Ihren Angeboten nicht wiederfinden. Nutzen Sie auch die Möglichkeit, dieses Feld zu vervielfältigen, sollte es mehrere Angebote in der Kategorie „Andere“ geben. Sie haben außerdem die Möglichkeit „Erläuterungen“ am Ende der Tabelle einzutragen.

Angebotskategorien	**Durchschnittl. Zeitumfang pro Angebot in Stunden** (ohne Vor- u. Nachbereitung)	**Anzahl Insgesamt (in absoluten Zahlen)**	**davon Reihenveranstaltungen** (regelmäßig) **(in absoluten Zahlen)**	**in eigner Einrichtung (in absoluten Zahlen)**	**in Schule/ Kita (in absoluten Zahlen)**	**Öffentlicher Raum (in absoluten Zahlen)**
Workshops und Seminare						
Tagungen, Kongresse, Konferenzen						
Diskussionsreihen, Lesungen, Vorträge						
Qualifizierungsangebot mit TN- Bescheinigung						
Andere Kategorien, wie zum Beispiel Bürgerforen, Zukunftswerkstätten,...						
Gesamt						

12. Bitte benennen Sie die aus ihrer Sicht **drei wichtigsten Inhalte** ihrer Angebote zur demokratischen Bildung!

13. Haben Sie Angebote in ihrer Organisation **die Dauerhaft vorgehalten werden**?

☐ Nein

☐ Ja, bei einer Gesamtprojektlaufzeit von: ☐ unter 6 Monaten ☐ zwischen 6 und 12 Monaten ☐ zwischen 12 und 24 Monaten ☐ mehr als 24 Monaten

14. Welche **Methoden** nutzen Sie hauptsächlich in der Gestaltung Ihrer Angebote?

15. Erfassen Sie die Teilnehmerdaten?

☐ Nein

☐ Ja, und zwar mit folgenden Instrumenten:

16. Von **welchen Zielgruppen** wurden (bzw. werden) die Angebote Ihrer Einrichtung im Bereich demokratische Bildung im Jahr 2011 genutzt?

Angebotskategorie	**KITA** KINDER (0-6)	**GRUNDSCHULE** KINDER (7-10)	**MITTELSCHULE** JUGENDLICHE (11-18)	**GYMNASIUM** JUGENDLICHE (11-18)	Jugendliche 18-27	**ERWACHSENE** (INKLUSIVE STUDENTEN, BERUFSSCHÜLER)	**FAMILIEN/ GEMISCHTE GRUPPEN**	**SENIOREN**
Workshops und Seminare	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Tagungen, Kongresse, Konferenzen	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Diskussionsreihen, Lesungen, Vorträge	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Qualifizierungsangebot mit TN- Bescheinigung	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Qualifizierungsangebot mit Abschluss	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Andere Kategorien, wie zum Beispiel Bürgerforen, Zukunftswerkstätten,...	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐	Ja / Nein ☐ / ☐
Gesamtanzahl der Teilnehmenden								

17. Welche **Zugänge** zur Zielgruppe nutzen Sie hauptsächlich für Ihre Angebote?

18. Konzipieren Sie **spezifische Angebote** für bestimmte Adressatengruppen an? (Bsp. geschlechtsspezifisch, herkunftsspezifisch, …)

☐ Nein

☐ Ja, und zwar:

19. Bestanden im vergangenen Schuljahr (2010/2011) **langfristige Kooperationen** (unabhängig von einem schriftlichen Vertrag) mit formellen Bildungsinstitutionen (insbesondere Kita, Schule, Berufsschule, Universität)?

☐ Nein

☐ Ja, diese Kooperationen wurden eingegangen, weil

20. Mit wie vielen Kooperationspartnern arbeiten Sie im Arbeitsfeld der demokratischen Bildung darüber hinaus zusammen?

☐ Wir haben keinen Kooperationspartner.
☐ Wir haben 1-2 feste Kooperationspartner.
☐ Wir haben 3-5 feste Kooperationspartner.
☐ Wir haben mehr als 5 feste Kooperationspartner.

Welche Ziele verbinden Sie mit dieser Zusammenarbeit? Was ist ihre Ergebniserwartung an die Kooperationen? (Bitte nennen Sie Ihre wichtigsten Drei.)

21. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten, Schulen und Berufsschulen?

Teil III Öffentlichkeitsarbeit

22. Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit nutzen Sie im Bereich demokratischer Bildung? (Mehrfachnennung möglich)

- ☐ Flyer
- ☐ Plakate
- ☐ Eigenes Programmheft
- ☐ Homepage
- ☐ Newsletter
- ☐ Pressegespräche
- ☐ direkte Ansprache/ Kontakte
- ☐ Zielgruppenspezifische Informationsveranstaltung
- ☐ Sonstiges, und zwar

23. Was ist aus Ihrer Sicht der wirksamste Weg, um Interessent/innen und Teilnehmer/innen zu erreichen? (Bitte nur zwei Nennungen)

- ☐ Flyer
- ☐ Plakate
- ☐ Eigenes Programmheft
- ☐ Homepage
- ☐ Newsletter
- ☐ Pressegespräche
- ☐ direkte Ansprache/ Kontakte
- ☐ Zielgruppenspezifische Informationsveranstaltung
- ☐ Sonstiges, und zwar

24. Haben Sie Vorschläge für eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit für den Bereich der demokratischen Bildung?

25. Wir informieren Sie sich persönlich über Angebote der demokratischen Bildung?

Teil IV Fragen zur Finanzierung Ihrer Einrichtung

26. Wie werden die Angebote und Maßnahmen im Themenfeld „demokratische Bildung“ in Ihrer Einrichtung „überwiegend“ finanziert?

- ☐ Kulturetat Stadt Leipzig
- ☐ Jugendetat Stadt Leipzig
- ☐ Sozialetat Stadt Leipzig
- ☐ Landesmittel
- ☐ Bundesmittel
- ☐ EU-Mittel
- ☐ sonstige Projektmittel, welche

27. Zusätzliche Projekte werden finanziert über:

- ☐ Kulturetat Stadt Leipzig
- ☐ Jugendetat Stadt Leipzig
- ☐ Sozialetat Stadt Leipzig
- ☐ Landesmittel, welche
- ☐ Bundesmittel, welche
- ☐ EU-Mittel, welche
- ☐ sonstige Fördermittel, welche

28. a) Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Arbeitszeit, den Sie durchschnittlich in die Verwaltungsarbeit (Beantragung, Controlling und Abrechnung) von Projekten im Bereich der demokratischen Bildung investieren?

b) Werden Sie bei der Konzeptionsarbeit bzw. bei der Fördermittelakquise unterstützt?

- ☐ Nein
- ☐ Ja, und zwar von:

Teil V Fragen zu Ihrer Organisation

29. a) Welche Rechtsform und Anerkennungen hat Ihre Institution? (Bitte jeweils Zutreffendes ankreuzen!)

- ☐ eingetragener Verein
- ☐ GmbH
- ☐ Stiftung
- ☐ öffentliche Einrichtung
- ☐ Initiative/ Zusammenschluss ohne juristische Form
- ☐ Sonstiges, und zwar
- ☐ Status Gemeinnützigkeit
- ☐ Status anerkannter Träger der Jugendhilfe
- ☐ Institutionelle Förderung des Kulturamtes
- ☐ Sonstiges, und zwar

b) In welchem Stadtteil(en) sind Ihre Angebote verortet?

30. Bitte ordnen Sie ihre Organisation/ Einrichtung in der folgenden Auswahl ein! (Bitte nur eine Zuordnung auswählen)

- ☐ Initiative
- ☐ Jugendkulturelles Zentrum
- ☐ Kulturpädagogische Einrichtung
- ☐ Medienpädagogische Einrichtung
- ☐ Soziokulturelles Zentrum
- ☐ Bürgerverein
- ☐ Aktionsbündnis
- ☐ Stiftung
- ☐ Andere und zwar,

31. Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrer Institution insgesamt in Leipzig beschäftigt?

	Anzahl	Davon befristet	davon Projektfinanziert/ Drittmittelfinanziert	Eigentlicher Bedarf
Fest Vollzeit				
Fest Teilzeit				
Freie Mitarbeiter/ Honorarkräfte				
Praktikanten				
Freiwillige (FSJ u. ä.)				
Ehrenamtliche				
II. Arbeitsmarkt				
Sonstige, und zwar				

32. Mussten bereits Anfragen (z.B. Kooperationen, Workshops, …) abgelehnt werden? (z.B. aus Gründen der Personalkapazitäten, Räumlichkeiten etc.)?

☐ Nein

☐ Ja, und zwar weil:

33. Halten Sie eigene Räume mit der notwendigen Ausstattung für Bildungsangebote im Themenfeld „demokratische Bildung“ vor? Wenn nein, welchen Bedarf sehen Sie?

☐ Nein, wir benötigen regelmäßig:

☐ Ja

34. Gibt es die für Dritte Möglichkeiten, Räume oder Ressourcen ihrer Organisation für Projekte der demokratischen Bildung anzumieten oder zu nutzen?

☐ Nein

☐ Ja, und zwar:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Rückfragen zum Fragebogen?

Tobias Habermann, Lernen vor Ort Leipzig, Tel.: 03 41/1 23 47 80; tobias.habermann@leipzig.de

9. Anlage 2: Befragungsinstrument Schulleitung

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil I „Demokratische Bildung“ an unserer Schule

1. *Name der Schule* *Schulform* ☐ Grundschule ☐ Mittelschule ☐ Gymnasium ☐ Berufsschule

2. *Profil der Schule*

3. *Wir möchten Sie bitten, die folgenden Aussagen in Bezug auf Ihre Schule einzuschätzen. Hierfür verwenden Sie bitte die* ***Skala von 1-6*** *und kreuzen den entsprechenden Wert an. (1 = vollkommen zutreffend; 6 = gar nicht zutreffend)*

	1	2	3	4	5	6
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Schulalltag sind den Schüler/innen bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Unterricht sind den Schüler/innen bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Eltern und Schüler/innen bringen sich nicht aktiv in die Belange des schulischen Alltags ein.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Mitwirkungsgremien von Eltern und Schüler/innen wirken an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Das Klima an unserer Schule ist alles in allem durch ein demokratisches Miteinander gekennzeichnet.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bei der Ausgestaltung schulischer Angebote wünschen wir mehr Initiative von Schüler/innen und Eltern.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Demokratische Bildung genießt an unserer Schule einen herausragenden Stellenwert.	☐	☐	☐	☐	☐	☐

4. *Welche spezifischen Aktivitäten werden an Ihrer Schule im Handlungsfeld der demokratischen Bildung durchgeführt? Beschränken Sie sich bitte auf die* ***drei Wichtigsten*** *Angebote und Maßnahmen, die selbständig (ohne Außenpartner) durchgeführt werden.*

5. *Welche Aktivitäten führen Sie im Handlungsfeld der demokratischen Bildung gemeinsam mit Außenpartnern durch? Bitte beschränken Sie sich erneut auf die* ***drei Wichtigsten****.*

6. *Mit welchen Außenpartnern arbeiten Sie regelmäßig zusammen (****Max. 3 Nennungen****)?*

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil II: Mitwirkungsmöglichkeiten und Gremien an unserer Schule

(ggf. für Grundschulen in Teilen nicht relevant)

7. *Der Schüler/innenrat unserer Schule arbeitet alles in allem . (Bitte **Schulnote** analog deren Bedeutung eintragen)*

8. *Zur Qualifizierung der Schüler/innenratsarbeit setzen wir an unserer Schule folgende Instrumente ein.*
   - ☐ Workshop zur Vermittlung wichtiger Grundkenntnisse und Fähigkeiten nach der Wahl
   - ☐ Schulungsangebote spezifischer Außenpartner (bspw. MitWirkung Seminare)
   - ☐ regelmäßige Schülerratssitzungen mit Unterstützung durch Erwachsene
   - ☐ gemeinsame Jahresplanung und die Vereinbarung konkreter Ziele und Termine
   - ☐ keine spezifischen Angebote, der Schülerrat arbeitet selbständig
   - ☐ sonstiges, und zwar

9. *Die Schülervertreter/innen werden regelmäßig bei folgenden Frage- und Problemstellungen bzw. Tätigkeiten durch Lehrkräfte unterstützt (**max. drei Nennungen**).*

10. *In der Ausgestaltung des Schulalltags ist der Schülerrat regelmäßig an folgenden Themen- und Fragestellungen beteiligt (**max. drei Nennungen**).*

11. *Zur Unterstützung der Schülerratsarbeit wünschen wir uns die folgende Unterstützung durch Außenpartner bzw. das Zentrum für demokratische Bildung der Stadt Leipzig (**max. drei Nennungen**).*

12. **Gemeinsam** mit Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern wurden in den letzten drei Jahren folgende wichtige Aktivitäten und Projekte an der Schule geplant und umgesetzt (**max. drei Nennungen**).

13. *Benennen Sie bitte die für Sie zentralen Punkte, an denen Sie eine gelingende demokratische Schulkultur festmachen würden (**max. drei Nennungen**).*

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil III: Schule im sozialen Raum

14. *Bestehen verbindliche Kooperationen (Vertragsform mit Zielen!) zwischen Ihrer Schule und Partnern der außerschulischen Bildung (Kultur, Jugendarbeit, VHS, …) im Quartier?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar mit:

15. *Sehen Sie spezifische Bedarfe an bzw. im Umfeld der Schule, auf die im Sinne einer demokratischen Bildung reagiert werden muss (Rechtsextremismus, Mobbing, Cybermobbing, Gewaltphänomene, Medienerziehung, …)?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar hinsichtlich folgender Themen:

16. *Für die Entwicklung unserer Schule im und mit dem Quartier wünschen wir uns folgende Unterstützung durch das Zentrum für demokratische Bildung bzw. beauftragte Partner (**max. drei Nennungen**).*

17. *Aus unserer Sicht sind für Leipziger Schulen im Themenfeld „Demokratische Bildung" die folgenden Einrichtungen/ Organisationen die wichtigsten Partner (**max. drei Nennungen**).*

18. *Aus unserer Sicht sind im Themen- und Arbeitsfeld noch die folgenden Anregungen, Ausführungen, Wünsche, Potentiale bzw. Probleme zu benennen!*

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Mitwirkung!

10. Anlage 3: Befragungsinstrument Elternvertretung

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil I „Demokratische Bildung“ an unserer Schule

1. *Name der Schule* *Schulform* ☐ Grundschule ☐ Mittelschule ☐ Gymnasium ☐ Berufsschule

2. *Profil der Schule*

3. *Wir möchten Sie bitten, die folgenden Aussagen in Bezug auf Ihre Schule einzuschätzen. Hierfür verwenden Sie bitte die* ***Skala von 1-6*** *und kreuzen den entsprechenden Wert an. (1 = vollkommen zutreffend; 6 = gar nicht zutreffend)*

	1	2	3	4	5	6
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Schulalltag sind den Eltern bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Unterricht sind den Schüler/innen bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Eltern und Schüler/innen bringen sich nicht aktiv in die Belange des schulischen Alltags ein.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Mitwirkungsgremien von Eltern und Schüler/innen wirken an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Das Klima an unserer Schule ist alles in allem durch ein demokratisches Miteinander gekennzeichnet.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bei der Ausgestaltung schulischer Angebote wünschen wir mehr Initiative von Schüler/innen und Eltern.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Demokratische Bildung genießt an unserer Schule einen herausragenden Stellenwert.	☐	☐	☐	☐	☐	☐

4. *Welche spezifischen Aktivitäten werden an Ihrer Schule im Handlungsfeld der demokratischen Bildung durchgeführt? Beschränken Sie sich bitte auf die* ***drei Wichtigsten*** *Angebote und Maßnahmen, die selbständig (ohne Außenpartner) durchgeführt werden.*

5. *Welche Aktivitäten werden im Handlungsfeld der demokratischen Bildung gemeinsam mit Außenpartnern durchgeführt? Bitte beschränken Sie sich erneut auf die* ***drei Wichtigsten****.*

6. *Mit welchen Außenpartnern arbeitet die Schule regelmäßig zusammen (****die drei aus Ihrer Sicht Wichtigsten****)?*

Elternvertreter/in der Schule

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil II: Mitwirkungsmöglichkeiten und Gremien an unserer Schule

(ggf. für Grundschulen in Teilen nicht relevant)

7. *Der Elternrat an unserer Schule arbeitet alles in allem . (Bitte **Schulnote** analog deren Bedeutung eintragen)*

8. *In der Arbeit des Elternrats setzen wir auf die folgenden Instrumente/ Formen.*
   - ☐ Wir organisieren Fortbildungen für den Elternrat und interessierte Eltern.
   - ☐ Unsere Treffen finden in der Regel gemeinsam mit der Schulleitung statt.
   - ☐ Wir stellen eine gemeinsame Jahresplanung auf und vereinbaren konkrete Ziele und Termine.
   - ☐ Wir treffen uns unregelmäßig nach Bedarf.
   - ☐ Wir treffen uns im Rahmen eines offenen Elternstammtischs, an dem alle Interessierten teilnehmen können.
   - ☐ sonstiges, und zwar

9. *Gemeinsam mit Schülervertreter/innen und Lehrkräften arbeiten wir an folgenden Frage- und Problemstellungen (**die aus Ihrer Sicht drei wichtigsten Punkte**).*

10. *In der Ausgestaltung des Schulalltags ist der Elternrat regelmäßig an folgenden Themen- und Fragestellungen beteiligt (**max. drei Nennungen**).*

11. *Zur Unterstützung unserer Arbeit wünschen wir uns Unterstützung durch Außenpartner bzw. das Zentrum für demokratische Bildung der Stadt Leipzig in folgenden Punkten (**die drei wichtigsten Nennungen**).*

12. **Gemeinsam** mit Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern wurden in den letzten drei Jahren folgende wichtige Aktivitäten und Projekte an der Schule geplant und umgesetzt (**max. drei Nennungen**).

13. *Benennen Sie bitte die für Sie zentralen Punkte, an denen Sie eine gelingende demokratische Schulkultur festmachen würden (**max. drei Nennungen**).*

Elternvertreter/in der Schule

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil III: Schule im sozialen Raum

14. *Bestehen verbindliche Kooperationen (Vertragsform mit Zielen!) zwischen Ihrer Schule und Partnern der außerschulischen Bildung (Kultur, Jugendarbeit, VHS, …) im Quartier?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar mit:

15. *Sehen Sie spezifische Bedarfe an bzw. im Umfeld der Schule, auf die im Sinne einer demokratischen Bildung reagiert werden muss (Rechtsextremismus, Mobbing, Cybermobbing, Gewaltphänomene, Medienerziehung, …)?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar hinsichtlich folgender Themen:

16. *Für die Entwicklung unserer Schule im und mit dem Quartier wünschen wir uns folgende Unterstützung durch das Zentrum für demokratische Bildung bzw. beauftragte Partner (**max. drei thematische Nennungen**).*

17. *Aus unserer Sicht sind für Leipziger Schulen im Themenfeld „Demokratische Bildung" die folgenden Einrichtungen/ Organisationen die wichtigsten Partner (**max. drei Nennungen**).*

18. *Aus unserer Sicht sind im Themen- und Arbeitsfeld noch die folgenden Anregungen, Ausführungen, Wünsche, Potentiale bzw. Probleme zu benennen!*

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Mitwirkung!

Elternvertreter/in der Schule

11. Anlage 4: Befragungsinstrument Schülervertretung

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil I „Demokratische Bildung“ an unserer Schule

1. *Name der Schule* *Schulform* ☐ Grundschule ☐ Mittelschule ☐ Gymnasium ☐ Berufsschule

2. *Profil der Schule*

3. *Wir möchten Dich bitten, die folgenden Aussagen in Bezug auf eure Schule einzuschätzen. Hierfür verwendet bitte die* ***Skala von 1-6*** *und kreuzt den entsprechenden Wert an. (1 = vollkommen zutreffend; 6 = gar nicht zutreffend)*

	1	2	3	4	5	6
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Schulalltag sind den Schüler/innen bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Unterricht sind den Schüler/innen bekannt und werden genutzt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Eltern und Schüler/innen bringen sich nicht aktiv in die Belange des schulischen Alltags ein.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Mitwirkungsgremien von Eltern und Schüler/innen wirken an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Das Klima an unserer Schule ist alles in allem durch ein demokratisches Miteinander gekennzeichnet.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bei der Ausgestaltung schulischer Angebote wünschen wir mehr Initiative von Schüler/innen und Eltern.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Demokratische Bildung genießt an unserer Schule einen herausragenden Stellenwert.	☐	☐	☐	☐	☐	☐

4. *Welche spezifischen Aktivitäten werden an Eurer Schule im Handlungsfeld der demokratischen Bildung durchgeführt? Beschränke Dich bitte auf die* ***drei Wichtigsten*** *Angebote und Maßnahmen, die selbständig (ohne Dritte aus Vereinen und Initiativen) durchgeführt werden.*

5. *Welche Aktivitäten werden im Bereich der demokratischen Bildung gemeinsam mit Außenpartnern (Vereine, Referent/innen, Zeitzeug/innen) durchgeführt? Bitte beschränke Dich auf die* ***drei Wichtigsten****.*

6. *Mit welchen Vereine und Initiativen (Mit wem?) arbeitet die Schule regelmäßig zusammen (****Max. 3 Nennungen****)?*

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil II: Mitwirkungsmöglichkeiten und Gremien an unserer Schule

7. *Der Schüler/innenrat unserer Schule arbeitet alles in allem . (Bitte **Schulnote** analog deren Bedeutung eintragen)*

8. *Zur Verbesserung der Arbeit des Schüler/innenrats setzen wir an unserer Schule folgendes um.*
   - ☐ Workshops zur Vermittlung wichtiger Grundkenntnisse und Fähigkeiten nach der Wahl zum Klassensprecher
   - ☐ Schulungsangebote von Vereinen und Initiativen (bspw. MitWirkung Seminare)
   - ☐ regelmäßige Schülerratssitzungen mit Unterstützung durch Lehrer/innen
   - ☐ gemeinsame Jahresplanung und die Vereinbarung konkreter Ziele und Termine
   - ☐ keine spezifischen Angebote, der Schülerrat arbeitet selbständig
   - ☐ sonstiges, und zwar

9. *Wir Schülervertreter/innen werden regelmäßig bei folgenden Frage- und Problemstellungen bzw. Tätigkeiten durch Lehrkräfte oder andere Erwachsene unterstützt (**max. drei Nennungen**).*

10. *In der Ausgestaltung des Schulalltags ist der Schülerrat regelmäßig an folgenden Themen- und Fragestellungen beteiligt und erarbeitet Lösungsvorschläge etc. (**max. drei Nennungen**).*

11. *Zur Unterstützung unserer Arbeit als Schülerrat wünschen wir uns! (bspw. von den Lehrer/innen, durch Außenpartner, die Stadt Leipzig, Vereine, …) (**max. drei Nennungen**).*

12. **Gemeinsam** mit Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern wurden in den letzten drei Jahren folgende wichtige Aktivitäten und Projekte an der Schule geplant und umgesetzt (**max. drei Nennungen**).

13. *Wie sieht für Schüler/innen eine demokratische Schulkultur aus? Benenne bitte aus deiner Sicht die wichtigsten Kennzeichen einer demokratischen Schule (**max. drei Nennungen**)!*

Befragung: Demokratische Bildung in Leipzig

Teil III: Schule im sozialen Raum

14. *Werden im Rahmen des Unterrichts oder der Ganztagsangebote regelmäßig Einrichtungen (Jugendzentrum, Theater, Museum, …) und Angebote (Ausstellungen, …) in der Umgebung der Schule bzw. in der Stadt Leipzig aufgesucht?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar:

15. *Siehst Du an bzw. im Umfeld der Schule Probleme und Schwierigkeiten, auf die im Sinne einer demokratischen Bildung reagiert werden muss (Rechtsextremismus, Mobbing, Cybermobbing, Gewaltphänomene, Medienerziehung, …)?*

    ☐ Nein ☐ Ja, und zwar hinsichtlich folgender Themen:

16. *Für die demokratische Entwicklung an unserer Schule wünschen wir uns (**max. drei Nennungen**)!*

17. *Wenn wir uns zu Demokratie informieren wollen, dann sind folgende Einrichtungen/ Organisationen die wichtigsten Anlaufstellen in Leipzig – hier bekommen wir Hilfe und/oder Informationen (**max. drei Nennungen**)!*

18. *Aus unserer/meiner Sicht möchten wir noch die folgenden Anregungen, Ausführungen, Wünsche, Potentiale bzw. Probleme zu benennen!*

Vielen Dank für Deine Unterstützung und Mitwirkung!

Schülervertretung

Gefördert von:

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland

EUROPÄISCHE UNION

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
und aus dem Europäischen Sozialfond der Europäischen Union gefördert.